

Rheinland-Pfalz



Statistische Monatshefte

1996

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Mikrozensus 1996	175	Das neue Mikrozensusgesetz, das im wesentlichen an die in den vergangenen Jahren bewährten Modalitäten anknüpft, regelt die Durchführung des Mikrozensus bis zum Jahr 2004.
Getreideerträge und -qualitäten - Ergebnisse der Besonderen Ernteterminnung -	182	Der Beitrag geht auf die 1995 vorgenommenen Verfahrensänderungen bei der BEE in Rheinland - Pfalz sowie auf die Qualitätsuntersuchungen ein. Daneben werden Ergebnisse zur langjährigen und voraussichtlichen Entwicklung der Getreideerträge zur Qualität und zum Sortenspektrum dargestellt.
Der Wohnungsbau im Jahre 1995	190	Auch der rheinland-pfälzische Wohnungsbau blieb von dem Konjunkturrückgang im Hochbau nicht verschont. Die schwächere Nachfrage nach neuem Wohnraum ließ die Wohnbauinvestitionen von 9,2 auf 7,4 Mrd. DM absinken. Die genehmigte Bauleistung ging um 24 % zurück.
Handel im Kammerbezirk Koblenz - Einzelhandelsverkaufsfläche über dem Landesdurchschnitt -	201	Struktur und Entwicklung des Handels in regionaler und fachlicher Untergliederung werden für den Kammerbezirk Koblenz erörtert. Diese Ergebnisse des Handelszensus 1993 wurden anlässlich der Handelsausschußsitzung der IHK Koblenz am 12. Juni 1996 vorgestellt.
Anhang	57*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	63*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Wachstum im Wohnungsbau vorerst beendet

In den Jahren 1988 bis 1994 war im rheinland-pfälzischen Wohnungsbau ein stetiges Wachstum zu verzeichnen. 1994 schraubte sich die Anzahl der Baugenehmigungen für Wohnungen auf die Rekordmarke von 42 656 Wohnungen. Ein vergleichbar hoher Wert war letztmalig 1972 (44 905) registriert worden.

Das Genehmigungsergebnis von 1994 wurde nicht mehr erreicht: Im Jahre 1995 kamen Bauanträge für insgesamt 32 766 Wohnungen zur Baufreigabe, das sind rund 23 % weniger. Im Neubausektor werden 28 817 Einheiten entstehen, 9 300 weniger (- 25 %) als im Vorjahr (38 152).

Die reinen Baukosten für alle genehmigten Baumaßnahmen im Wohnbau beziffern sich auf 7,4 Mrd. DM. Davon waren rund 1 Mrd. DM für Um-, Aus- und Erweiterungsbaumaßnahmen vorgesehen, in den Bau neuer Wohngebäude fließen 6,4 Mrd. DM. Im Jahre 1994 hatten die Gesamtinvestitionen noch bei 9,2 Mrd. DM gelegen. hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 190.

Neues Mikrozensusgesetz regelt Erhebung bis zum Jahr 2004

Das neue Mikrozensusgesetz knüpft grundsätzlich an die in der Vergangenheit bewährten Verfahren an und stellt die Durchführung des Mikrozensus bis zum Jahr 2004 sicher.

Die Neugestaltung des Mikrozensusgesetzes stand unter der strikten Auflage der Kostenneutralität. Davon war das Fragenprogramm in besonderem Maße betroffen. So mußten zahlreiche an den Mikrozensus herangetragene Wünsche insbesondere aus Kostengründen verworfen werden. Schließlich wurde das Fragenprogramm der vergangenen Mikrozensuserhebungen im wesentlichen übernommen, Fragen zur Pflegeversicherung und -bedürftigkeit wurden neu aufgenommen, Fragen zur Wohnsituation wieder aufgenommen.

Als wesentliche Änderung ist eine Beschränkung der Auswahlsätze und der unterschiedlichen Erhebungszeiträume auf jeweils zwei Varianten festzustellen, was große erhebungstechnische Vorteile bringt. Darüber hinaus wurde eine Harmonisierung der Merkmale mit denen der EU-Arbeitskräftestichprobe vorgenommen, die alljährlich im gleichen Zuge durchgeführt wird.

Für den weitaus größten Teil des Fragenprogramms besteht Auskunftspflicht. Durch mehrere Untersuchungen wurde nachgewiesen, daß bei freiwilliger Auskunftserteilung erhebliche Ergebnisverzerrungen auftreten, die sich nicht ausgleichen lassen, da es für Art

und Größe der erforderlichen Korrekturfaktoren keine hinreichenden Anhaltspunkte gibt.

Durch das neue Mikrozensusgesetz wird die Fortführung dieser zentralen amtlichen Statistik sichergestellt, die bereits seit 1957 umfassende, aktuelle und zuverlässige Ergebnisse über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, Familien und Haushalte, die Erwerbstätigkeit, Arbeitsuche, Ausbildung und Wohnverhältnisse bereitstellt. Die durch den Mikrozensus gelieferten Informationen sind als Entscheidungsgrundlage für eine sozialstaatliche Politik in Bund, Ländern und Gemeinden zugunsten aller Bürger unentbehrlich. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 175.

Handel im Kammerbezirk Koblenz – Einzelhandelsverkaufsfläche liegt über dem Landesdurchschnitt –

Der Geschäftsbereich der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz, dieser Kammerbezirk ist identisch mit dem Regierungsbezirk Koblenz, vereinigt heute fast 1,5 Millionen Einwohner auf sich. Mit 183 Einwohnern je Quadratkilometer Fläche liegt die Bevölkerungsdichte knapp unter dem Landesdurchschnitt von 199 Einwohnern je Quadratkilometer. Von den 1 111 Gemeinden im Regierungsbezirk Koblenz haben drei Viertel weniger als 1 000 Einwohner. 17 Gemeinden haben 10 000 Einwohner und mehr. Vier von zehn Einwohnern leben in einer Gemeinde mit weniger als 2 000 Einwohnern.

Im Frühjahr 1993 wurden im Kammerbezirk Koblenz 15 098 Handelsbetriebe mit zusammen 87 798 Beschäftigten gezählt. Im Einzel- und Großhandel, im Kfz-Handel und an Tankstellen sowie in der Handelsvermittlung wurde im Geschäftsjahr 1992 ein Umsatz in Höhe von 30,3 Mrd. DM erzielt. Die Zahl der Arbeitsstätten im Handel lag um annähernd 1 650 über dem Stand von 1985, was einer Zunahme von 12 % entspricht. Die Zahl der tätigen Personen konnte von 1985 auf 1993 um fast 17 000 erhöht werden, was einem Zuwachs um 24 % gleichkommt. Die Umsätze expandierten in diesem Zeitraum nominal um 10,7 Mrd. DM (+ 54 %).

In den 1 111 Gemeinden gibt es 9 749 Einzelhandelsgeschäfte. 95 % der Einwohner leben in einer Gemeinde mit mindestens einem Einzelhandelsgeschäft. Mit insgesamt 51 147 Beschäftigten im Einzelhandel wurde ein Umsatz in Höhe von 11,6 Mrd. DM getätigt. Während in der Stadt Koblenz die Einzelhandelsumsätze seit Mitte der 80er Jahre um 37 % wuchsen, erzielten die Landkreise ein Umsatzplus von 44 %. Die Landkreise weisen eine sehr viel günstigere Beschäftigtenentwicklung auf als das Oberzentrum Koblenz. Während im gesamten Kammerbezirk je Einwohner ein Einzelhandelsumsatz von annähernd 8 100 DM erzielt wurde, weist die Stadt Koblenz mit 16 661 DM je Einwohner mehr als das Dop-

kurz + aktuell

pelte aus. In den Verbandsgemeinden Weißenthurm, Simmern und Betzdorf läßt sich ebenfalls ein hoher Umsatz je Einwohner erkennen.

Mit 1 287 Quadratmetern Verkaufsfläche pro 1 000 Einwohner liegt die Versorgung der Verbraucher im Einzelhandel im Kammerbezirk Koblenz über dem Landesdurchschnitt. Von allen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern haben Mülheim-Kärlich, Diez und Mayen die höchsten Versorgungsgrade. Bei solchen Kennziffern ist immer zu berücksichtigen, daß in den großen Zentren und attraktiven Einkaufsgebieten auch die Bevölkerung der umliegenden Regionen einkauft, die in der Berechnung nicht berücksichtigt werden konnte. kl

Mehr über dieses Thema auf Seite 201.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - Juni		Ver- ände- rung
	1995	1996	
	Mill. DM		%
Landessteuern	762,2	895,3	17,5
Vermögensteuer	153,4	191,3	24,7
Erbschaftsteuer	66,0	148,8	125,7
Kraftfahrzeugsteuer	399,3	396,8	- 0,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	83,0	83,6	0,7
Feuerschutzsteuer	10,1	29,7	193,6
Biersteuer	50,4	45,0	- 10,7
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen ¹⁾	3 533,3	3 202,6	- 9,4
Lohnsteuer	2 742,2	2 459,3	- 10,3
Veranlagte Einkommensteuer	68,6	20,1	- 70,7
Kapitalertragsteuer	210,7	170,9	- 18,9
Zinsabschlag	155,1	160,3	3,4
Körperschaftsteuer	356,7	392,0	9,9
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	1 903,4	2 236,7	17,5
Umsatzsteuer	1 498,2	1 812,2	21,0
Einfuhrumsatzsteuer	405,2	424,4	4,7
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	26,7	30,6	14,6
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	18,8	19,0	1,3
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	31,3	46,6	49,1
Insgesamt	6 275,6	6 430,8	2,5

1) Lohnsteuereinnahmen ab 1996 nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes.

Über 1,1 Mill. Fahrzeuge auf dem Prüfstand 1 074 PKW aus dem Verkehr gezogen

Im Jahre 1995 wurden von den Überwachungsstellen für den Kraftfahrzeugverkehr in Rheinland-Pfalz mehr als 1 Mill. Kraftfahrzeuge und rund 83 000 Fahrzeuganhänger auf ihre Verkehrssicherheit überprüft. Das sind 4,0 % mehr bzw. 10 % weniger als im Vorjahr.

Bei 76 % der untersuchten Fahrzeuge handelte es sich um Personenkraftwagen. Von diesen wiesen 53 % Mängel auf. 1 074 PKW mußten aufgrund des Prüfberichtes aus dem Verkehr gezogen werden. Wie auch in den Jahren zuvor schnitten die Krafträder am besten ab, von denen zwei Drittel ohne Mängel waren. schm

Führerscheinprüfungen Rheinland-Pfälzer am besten vorbereitet

Im Jahre 1995 wurden in Rheinland-Pfalz von den technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr insgesamt 192 837 theoretische und praktische Führerscheinprüfungen abgehalten. Das sind 1,7 % mehr als im Vorjahr.

Über 80 % der theoretischen Prüfungen wurden von den rheinland-pfälzischen Bewerbern bestanden, anteilmäßig so viele wie in keinem anderen Bundesland. Auch für die praktische Prüfung waren die Rheinland-Pfälzer bestens vorbereitet. 77 % der Führerscheinkanwärter haben diese erfolgreich abgelegt (Bundesdurchschnitt: 74 %). Drei Viertel der Prüfungen betrafen die Klasse 3 (Personenkraftwagen). Rund 18 % entfielen auf die Klassen 1a und 1b (Krafträder und Leichtkrafträder) und 4,7 % auf die Klasse 2 (Lastkraftwagen). schm

Blüte der Reben ließ zu wünschen übrig

Wie bereits der Austrieb der Reben verlief in diesem Jahr auch die Blüte, an die durchaus schon Ertragserwartungen geknüpft werden, uneinheitlich. Bei hochsommerlicher Witterung Anfang Juni setzte sie zwar in den meisten Lagen bis Mitte Juni und damit größtenteils eine Woche früher ein als 1995; die nachfolgende feuchte und zu kühle Witterung wirkte sich jedoch nachteilig auf ihren Verlauf aus. Ein Drittel (1995: 2 %) der Weinbauberichterstatte des Statistischen Landesamtes sah ihn als schlecht an. Auch der Gescheinsatz präsentierte sich in diesem Jahr deutlich ungünstiger als 1995. Der allgemeine Wachstumsstand der Reben hat sich Ende Juni gegenüber dem Vormonat geringfügig verbessert. Im Vergleich zum Vorjahr und zum langjährigen Durchschnitt schnitt er nicht zuletzt wegen der bisher ungünstigen Witterungsverhältnisse schlechter ab. hü

Mikrozensus 1996

Neues Mikrozensusgesetz

Wie bereits in den vergangenen Jahren wurde auch jetzt wieder in der gesamten Bundesrepublik Deutschland der Mikrozensus durchgeführt. Berichtswoche ist jeweils die letzte Aprilwoche, der Schwerpunkt der Feldarbeit liegt in den Monaten Mai und Juni. Durch den Mikrozensus werden grundlegende Daten über die Struktur der Bevölkerung, die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Art der Erwerbsbeteiligung ermittelt. Die Erhebung wird durch das neue Mikrozensusgesetz vom 17. Januar 1996 (BGBl. I S. 34) geregelt. Das Gesetz sieht die Durchführung dieser Stichproben bis zum Jahr 2004 vor.

Der Mikrozensus wird als laufende Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt bereits seit 1957 durchgeführt. Die jährliche Realisierung ermöglicht eine kontinuierliche Bereitstellung aktueller Daten über die Erwerbs- und Sozialstruktur der Bevölkerung. Die Erhebung umfaßt ähnliche Merkmale wie die nur in größeren Zeitabständen durchgeführten Volks- und Berufszählungen, das Fragenprogramm geht jedoch wesentlich über das der Großzählungen hinaus. Insoweit dient der Mikrozensus nicht nur der zeitlichen Überbrückung, sondern gestattet einen wesentlich differenzierteren Ergebnisausweis. Als einzige laufende Haushalts- und Familienstatistik nimmt der Mikrozensus im Gesamtsystem der amtlichen Statistik eine zentrale Stellung ein.

Die Gestaltung des Mikrozensus als repräsentative Mehrzweckstichprobe ermöglicht eine vielfältige Kombination seiner einzelnen Erhebungsteile und die Erfüllung komplexer Informationsanforderungen. Die regelmäßige Erhebung und seine Anlage als Verlaufsstatistik erlauben, Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse schnell festzustellen und auch längerfristige Entwicklungen zu untersuchen.

Aufgrund der zahlreichen Auswertungsmöglichkeiten, die der Mikrozensus bietet, wird nicht nur eine größere Zahl spezieller Stichproben entbehrlich und auf diese Weise die Befragten entlastet, sondern es werden auch die Kosten reduziert, ein Aspekt, der in Zeiten knapper Haushaltsmittel von besonderer Bedeutung ist.

Gleichzeitig mit dem Mikrozensus wird in jedem Jahr auch eine Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union durchgeführt. Fragenprogramm und Erhebungs-

technik beider Erhebungen stimmen weitgehend überein, so daß sich aus Kostengründen und aus Gründen einer möglichst geringen Belastung der Befragten die simultane Durchführung anbietet.

Auswahlplan unverändert

Das bisherige Konzept des Mikrozensus hat sich in seinen inhaltlichen, stichprobenmethodischen und organisatorischen Elementen grundsätzlich bewährt und wird auch durch das neue Gesetz weitgehend beibehalten.

Der Mikrozensus kann als Stichprobenerhebung mit einem Auswahlatz von einem Prozent vergleichsweise schnell und kostengünstig durchgeführt werden. Die durch die Stichprobe ermittelten Ergebnisse werden auf die Gesamtheit aller – also auch der nichtbefragten Haushalte – hochgerechnet. Vor der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an die durch die laufende Bevölkerungsstatistik ermittelten Bevölkerungszahlen.

Auch mit dem neuen Gesetz wird der Mikrozensus unverändert als einstufige Flächenstichprobe durchgeführt. Als Baustein für die Bildung der auszuwählenden Flächen (Auswahlbezirke) werden ganze Gebäude oder – bei großen Gebäuden – Gebäudeteile herangezogen. Zur Steigerung der Hochrechnungsgenauigkeit erfolgt eine Einteilung der Gebäude in 4 Schichten. In Abhängigkeit von der Größe der Gebäude wird ein Auswahlbezirk dann aus mehreren – im allgemeinen benachbarten – Gebäuden, aus einem einzelnen Gebäude oder aus einem Gebäudeteil gebildet.

Die auf die Gesamtheit aller Haushalte hochgerechneten Stichprobenergebnisse sind ceteris paribus umso genauer, je kleiner die Auswahlbezirke sind. Der Idealfall in diesem Sinne wäre die Auswahl einzelner Haushalte, also statistisch gesehen das Ziehen einer reinen Zufallsstichprobe. Andererseits sind zu kleine Auswahlbezirke relativ schwierig abzugrenzen und erfordern wegen der bei gleichem Stichprobenumfang größeren Zahl von Auswahlbezirken einen höheren Erreichbarkeitsaufwand. Seit der Einführung des neuen Stichprobenplans im Jahr 1990 liegt die durchschnittliche Größe eines Auswahlbezirks bei etwa 9 Haushalten. Diese Lösung ist ein Kompromiß zwischen einer hinreichenden Ergebnisqualität und pragmatischen Gesichtspunkten.

Mikrozensus-Erhebungsprogramm 1996 - 2004

(1) Jährliches Grundprogramm (Auswahlsatz 1 %)

Merkmale der Person, Familien- und Haushaltszusammenhang, Lebensgemeinschaft,
Staatsangehörigkeit, Haupt- und Nebenwohnung
Gesetzliche Rentenversicherung
Pflegeversicherung (1996 - 1998), siehe auch unter (3)
Quellen des Lebensunterhalts, Höhe des Einkommens
Allgemeine und berufliche Ausbildung, Besuch von Kindergarten, Schule, Hochschule
Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und -suche, Nichterwerbspersonen

(2) Jährliches Ergänzungsprogramm (Auswahlsatz 0,55 %)

Berufliche und allgemeine Aus- und Fortbildung
Ergänzende Angaben zur Erwerbstätigkeit
Frühere Erwerbstätigkeit
Situation ein Jahr vor der Erhebung
Pflegebedürftigkeit, Leistungen einer Pflegeversicherung (1996 - 1998), siehe auch unter (3)

(3) Vierjährliche Ergänzungsprogramme (Auswahlsatz 1 bzw. 0,55 %)

1996, 2000 und 2004	1997 und 2001	1998 und 2002	1999 und 2003
Zusatzangaben zur beruflichen Ausbildung Pendlereigenschaft, -merkmale Zusatzangaben für Ausländer Zusatzangaben zur Erwerbstätigkeit	Altersvorsorge Zusatzangaben zur Erwerbstätigkeit	Wohnsituation	Krankenversicherung Pflegeversicherung/ Pflegebedürftigkeit siehe auch unter (1) Gesundheit

Die Hochrechnung der Ergebnisse einer Stichprobe auf die Gesamtbevölkerung beinhaltet stets gewisse Unschärfen. Diese fallen naturgemäß umso stärker ins Gewicht, je feiner die Ausprägungen eines Merkmals gegliedert werden oder je tiefer die regionale Einheit untergliedert wird. Die gewählte Auswahlbezirksgröße läßt bei noch vertretbaren Fehlertoleranzen für einige Merkmale auch einen Nachweis von regional gegliederten Ergebnissen zu (siehe unten).

Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten usw. durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das Ziehen der Stichproben erfolgt nach dem Rotationsprinzip. Danach sind alle ausgewählten Auswahlbezirke grundsätzlich über einen Zeitraum von 4 Jahren hinweg in der Erhebung, wobei jährlich ein Viertel der Erhebungseinheiten durch neue ersetzt wird. Dieses Verfahren ermöglicht noch aussagekräftige Auswertungen im Zeitvergleich bei vertretbarer Belastung der Befragten.

Befragung durch Interviewer

Die Erhebung der Daten im Rahmen des Mikrozensus erfolgt grundsätzlich durch persönliche Befragungen. Dieses Verfahren bietet sich in Anbetracht der erheblichen Komplexität des Fragenprogramms an und hat sich bewährt.

In Rheinland - Pfalz werden etwa 450 Interviewerinnen und Interviewer, die nach dem neuen Gesetz auch als Erhebungsbeauftragte bezeichnet werden, zur Befragung der rund 18000 Haushalte eingesetzt. Wichtigste Aufgabe dieser Erhebungsbeauftragten ist es, die ausgewählten Haushalte zur Mitarbeit zu gewinnen und eventuell bestehende Hemmnisse durch zusätzliche Informationen abzubauen.

Die Unterweisung der Interviewerinnen und Interviewer erfolgt jährlich im Rahmen von Schulungsveranstaltungen des Statistischen Landesamtes. Zahlreiche Erhebungsbeauftragte sind schon viele Jahre für den Mikrozensus tätig. Die Erfahrungsberichte und die äußerst geringe Zahl von Bürgerbeschwerden zeigen, daß sie überwiegend freundlich von der Bevölkerung aufgenommen werden.

Der Einsatz von Interviewerinnen und Interviewern ist nicht nur für die organisatorische Durchführung des Mikrozensus von Bedeutung, sondern hat auch für die Befragten Vorteile. Die geschulten Erhebungsbeauftragten können schnell und korrekt die erteilten Antworten aufnehmen und den Befragten, soweit erforderlich, beim Umgang mit den Erhebungsunterlagen Hilfestellung leisten. Dadurch können Mißverständnisse ausgeräumt und ungenaue Angaben vermieden werden.

Die Kontaktaufnahme der Interviewer ist in der Regel bei der ersten der im Rotationsverfahren vorgesehenen vier aufeinanderfolgenden Befragungen am schwierigsten. Bei den folgenden Wiederholungsbefragungen sind den befragten Haushalten die Modalitäten schon bekannt, so daß das einführende Gespräch und das folgende Interview normalerweise wesentlich zügiger vonstatten gehen.

Schriftliche und telefonische Befragung

Neben der persönlichen Befragung besteht für die Haushalte auch die Möglichkeit, die Antworten selbst schriftlich zu erteilen. Das Gesetz sieht diese Wahlmöglichkeit ausdrücklich vor, um die durch die Heranziehung zum Mikrozensus ohnehin schon belasteten Haushalte nicht auf eine Auskunftsförm festzulegen. Für die schriftliche Auskunftserteilung werden besondere für diesen Zweck erstellte Fragebogen verwendet, die der Haushalt dem Statistischen Landesamt übersendet oder dem zuständigen Interviewer aushändigt. Diese Selbstausfüllerbogen weisen allerdings eine wesentlich höhere Fehlerquote als die von den Interviewerinnen und Interviewern ausgefüllten Erhebungspapiere auf, so daß hier in zahlreichen Fällen die Haushalte noch einmal angeschrieben werden müssen. So gesehen und auch, wenn man bedenkt, daß eine persönliche Befragung durch geschulte Erhebungsbeauftragte einen wesentlich kürzeren Zeitaufwand als das schriftliche Ausfüllen der Papiere erfordert, ist die persönliche Befragung sicherlich als das moderatere, den Auskunftspflichtigen weniger belastende Mittel anzusehen.

Haushalte, die weder dem Interviewer gegenüber noch schriftlich die Auskunft erteilt hatten, da sie nicht angetroffen werden konnten oder die Auskünfte verweigerten, werden vom Statistischen Landesamt angeschrieben und um Erteilung der erforderlichen Auskünfte gebeten. In vielen Fällen nehmen die Haushalte dann telefonisch Kontakt mit dem Statistischen Landesamt auf und äußern den Wunsch nach unmittelbarer telefonischer Übermittlung der Angaben. Der Zeitaufwand für ein derartiges von den besonders ausgebildeten und erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführte Interview ist ausgesprochen gering. Selbst bei größeren Haushalten sind hier maximal 10 Minuten zu veranschlagen.

Die Durchführung des Mikrozensus allein im Wege der telefonischen Befragung erscheint aus heutiger Sicht jedoch nicht möglich. Die Einrichtung von Telefonstudios, wie sie auch in der privaten Markt- und Meinungsforschung vorzufinden sind, wäre zwar kostengünstiger als der hohe Kosten verursachende Interviewereinsatz. Der Auswahlplan des Mikrozensus ist

jedoch an regionalen Kriterien orientiert und ermöglicht keine auf Telefonanschlüssen basierende Auswahl. Daher ist eine Vorabbegehung der Auswahlbezirke sowie die Einteilung von Großgebäudebezirken in jedem Fall erforderlich, um festzustellen, welche Haushalte überhaupt zu befragen sind. Diese Arbeiten müßten weiterhin von nebenberuflichen Mitarbeitern bei entsprechender Vergütung durchgeführt werden. Außerdem wird stets eine nicht telefonisch zu befragende Restgruppe verbleiben, deren persönliche Befragung deutlich höhere Kosten verursacht. Darüber hinaus sind Akzeptanzprobleme und gegebenenfalls datenschutzrechtliche Probleme gegenüber einer generellen Telefonbefragung zu beachten. Die telefonische Befragung als ergänzendes Erhebungsinstrument hat sich aber bewährt und sollte aufrechterhalten werden.

Laptopeinsatz

Im Zuge der technischen Weiterentwicklung wird auch der Einsatz computergestützter Erhebungsverfahren diskutiert. Der Einsatz tragbarer Kleincomputer, sogenannter Laptops, hat sich in Feldversuchen bereits bewährt. Die verwendeten Computerprogramme schließen durch eine entsprechende Filterführung für bestimmte Personen nicht zutreffende Fragen von vornherein aus und ermöglichen unmittelbare Plausibilitätskontrollen. Als nachteilig sind – zumindest bei den gegenwärtigen Hard- und Softwarekonstellationen – der größere Zeitaufwand für das Interview und die erheblichen Umstellungskosten zu sehen. Akzeptanzprobleme bei den Haushalten scheint es hingegen kaum noch zu geben. Eine Änderung des Bundesstatistikgesetzes, die den Einsatz computergestützter Erhebungsverfahren regelt, wurde gleichzeitig mit dem neuen Mikrozensusgesetz vorgenommen.

Harmonisierung mit der europäischen Arbeitskräftestichprobe

Zwischen dem Mikrozensus und der alljährlich im gleichen Zuge durchgeführten EU-Arbeitskräftestichprobe gab es immer wieder Abstimmungsprobleme. Eine grundlegende Harmonisierung konnte durch die Angleichung der Auswahlsätze erreicht werden. Darüber hinaus konnten kleinere durch die verschiedenen Rechtsgrundlagen bedingten Diskrepanzen zwischen beiden Erhebungen – beispielsweise bei den Antwortkategorien – mit dem neuen Mikrozensusgesetz beseitigt werden.

Während der weitaus größte Teil der Fragen des Mikrozensus schon bisher mit einem Auswahlatz von 1 % erhoben wurde, gab es für die einzelnen Zusatzprogramme mehrere unterschiedliche Auswahlätze. Für die EU-Arbeitskräftestichprobe, die bis 1989 bei 0,4 % der Bevölkerung erfragt wurde, gibt es seit 1990 regierungsbezirksspezifische Auswahlätze, die von gewissen Genauigkeitsanforderungen bei der Hochrechnung her resultieren. In Rheinland-Pfalz führte dies in den Regierungsbezirken Koblenz, Trier und Rheinhessen-Pfalz zu Auswahlätzen von 0,6 %, 1,0 % und 0,4 %, was

einem Landesdurchschnitt von 0,55 % entspricht. Der Durchschnitt für das gesamte Bundesgebiet liegt bei etwa 0,5 %.

Mit dem neuen Mikrozensusgesetz wurden die Auswahlsätze der Zusatzprogramme auf die der Arbeitskräftestichprobe abgestimmt. Das bedeutet, es gibt generell nur noch zwei Auswahlsätze, was große erhebungstechnische Vorteile bringt. Die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken bleiben jedoch bestehen.

Die vorgenommene Harmonisierung kann durch zukünftige Änderungen bei der Arbeitskräftestichprobe allerdings wieder beeinträchtigt werden, da EU-Recht stets bindend ist, die über Jahre hinweg festgeschriebenen Erhebungsinhalte des Mikrozensus aber nicht kurzfristig geändert werden könnten.

Eine derzeit diskutierte Änderung der Arbeitskräfteerhebung betrifft die unterjährige Durchführung, die aus organisatorischen Gründen auch auf den Mikrozensus zu übernehmen wäre. Eine Änderung des Mikrozensusgesetzes ist hierzu jedoch nicht erforderlich; Abstimmungsprobleme zwischen Mikrozensus und Arbeitskräftestichprobe sind dennoch zu erwarten.

Das Fragenprogramm

Die Neugestaltung des Mikrozensusgesetzes stand unter der strikten Auflage der Kostenneutralität. Davon war das Fragenprogramm in besonderem Maße betroffen. So mußten zahlreiche an den Mikrozensus herangetragene Wünsche insbesondere aus Kostengründen verworfen werden. Dies betraf in erster Linie zwei große Komplexe.

Die Fragen nach Urlaubs- und Erholungsreisen, die bereits in früheren Mikrozensus mit einem Auswahlatz von lediglich 0,1 % erhoben wurden, sollten nach den Vorstellungen der Nutzer deutlich – unter anderem um den Themenkomplex „Geschäftsreisen“ – erweitert werden, mußten aber schließlich aus Kostengründen ganz geopfert werden.

Auch bei den Fragen zur Gesundheit gab es zunächst Forderungen nach einer erheblichen Ausweitung, die jedoch schon den Rahmen einer eigenständigen Erhebung angenommen hätten. Die enormen Kosten, aber auch die Tatsache, daß es sich hier um für den Mikrozensus großteils wesensfremde Fragen handelte, führte schließlich auf eine Beschränkung der bereits in der Vergangenheit gestellten Fragen. Danach werden im Abstand von vier Jahren insbesondere Fragen zur Dauer einer Krankheit, zur Behinderteneigenschaft und zu den Rauchgewohnheiten gestellt.

Die Diskussion über das Fragenprogramm unter der Forderung der Kostenneutralität führte schließlich zur

Rückbesinnung auf die ursprüngliche Zielsetzung des Mikrozensus als Haushalts- und Familienstatistik einerseits und als Erwerbstätigkeitsstatistik andererseits. Die nach dem neuen Mikrozensusgesetz zu erfragenden Sachverhalte entsprechen im wesentlichen dem Erhebungsprogramm der vergangenen Jahre.

Den Schwerpunkt des Fragenprogramms bilden die Fragen zur Erwerbstätigkeit. Das jährliche Grundprogramm beinhaltet mit einem Auswahlatz von 1 % unter anderem Fragen zur Arbeitszeit, zum ausgeübten Beruf, der Stellung im Beruf und dem Wirtschaftszweig des Betriebes, zu Teilzeittätigkeiten und zu befristeten Arbeitsverträgen. Außerdem gibt es einige an Arbeitslose bzw. Arbeitsuchende gerichtete Fragen.

Darüber hinaus werden in dem jährlichen Ergänzungsprogramm mit reduziertem Auswahlatz Angaben zur Schicht- sowie Samstags-, Sonntags- und Nachtarbeit erfragt. Außerdem gibt es für Nichterwerbstätige Fragen zur früheren Erwerbstätigkeit.

Nur alle vier Jahre werden Fragen zur ausgeübten Tätigkeit sowie zur Zuordnung und Stellung im Betrieb (1%, ab 1996) und darüber hinaus Fragen zur Art der geleisteten Schichtarbeit und der betrieblichen Altersversorgung (0,55%, ab 1997) gestellt.

Weitere Hinweise zu den Erhebungstatbeständen können dem nebenstehenden Schema entnommen werden.

Neu: Fragen zur Pflegeversicherung

Als grundlegend neuer Komplex sind die Fragen zur Pflegeversicherung und zur Pflegebedürftigkeit in den Mikrozensus aufgenommen worden. Dieses gegenwärtig besonders interessierende Thema ist bis 1998 jährlich und danach nur noch in vierjährigen Abständen Gegenstand des Erhebungsprogramms.

Die Fragen betreffen die Zugehörigkeit zu einer sozialen oder privaten Pflegeversicherung und sonstigen Anspruch auf Versorgung mit Pflegeleistungen sowie zusätzlichen privaten Pflegeversicherungsschutz. Darüber hinaus wird – ohne Auskunftspflicht – nach Art und Umfang einer Pflegebedürftigkeit sowie Leistungen einer Pflegeversicherung gefragt.

Fragen zur Wohnsituation

Angaben zur Wohnsituation waren bereits Gegenstand früherer Mikrozensus. So sind in den Jahren 1985 und 1987 Fragen gestellt worden, die in ähnlicher Weise auch mit dem neuen Mikrozensusgesetz gefordert werden. Mit der Gebäude- und Wohnungsstichprobe des Jahres 1993 wurde dieser Themenkomplex durch eine eigenständige Erhebung wesentlich breiter abgedeckt, als dies mit einer primär anderen Zwecken dienenden Statistik wie dem Mikrozensus möglich ist.

Pflegeversicherung/Pflegebedürftigkeit (an alle Personen)

Sind Sie pflege- ver- sichert, oder besteht ein son- stiger An- spruch auf Pflege- leistun- gen?	Wenn 1 in 7/33		Brauchen Sie bei den Aufgaben des täglichen Lebens - Körperpflege, Ernährung, Beweglichkeit/ Mobilität, hauswirt- schaftliche Versorgung - Hilfe?	Wenn 1 in 7/36				Wenn Sie die anfal- lenden Auf- gaben des täglichen Lebens einmal zusammen betrachten, wie oft benötigen Sie insgesamt Hilfe?	Erhalten Sie Leistungen aus einer Pflegever- sicherung?	Wenn 1 in 7/42
	Sind Sie in der sozialen oder in einer privaten Pflegever- sicherung ver- sichert, oder besteht ein sonstiger Anspruch auf Versorgung mit Pflege- leistungen?	Sind Sie zusätzlich zur spzialen Pflegever- sicherung in einer privaten Pflegever- sicherung versichert?		Bei welcher Aufgabe, welchen Aufgaben des täglichen Lebens brauchen Sie Hilfe?						
				Mehrfachangabe möglich						
				1.	2.	3.	4.			
7/33	7/34	7/35	7/36	7/37	7/38	7/39	7/40	7/41	7/42	7/43
Ja 1 Nein ... 8	Soziale Pflege- versicherung ... 1 Private Pflege- versicherung ... 2 Sonstiger Anspruch auf Versorgung mit Pflege- leistungen 3	Ja 1 Nein ... 8	Ja 1 Nein, bei keiner der genannten Aufgaben ... 2 Keine Angabe 3	Körperpflege 1 Ernährung 2 Beweglichkeit/ Mobilität 3 Hauswirtschaftliche Versorgung 4 Keine Angabe 9				Nicht jeden Tag, aber mehrmals in der Woche 1 Einmal am Tag 2 Zweimal am Tag 3 Dreimal am Tag oder öfter 4 Den ganzen Tag, rund um die Uhr 5 Keine Angabe 9	Ja 1 Nein 8 Keine Angabe ... 9	Pflege- stufe I 1 Pflege- stufe II 2 Pflege- stufe III 3 Keine Angabe 9

In der Laufzeit des neuen Mikrozensusgesetzes sind Fragen zur Wohnsituation für die Jahre 1998 und 2002 vorgesehen. Mit einem Auswahlatz von 1 % werden folgende Tatbestände erfragt: Art und Größe des Gebäudes, Baualter, Fläche der Wohnung, Nutzung als Eigentümer, Hauptmieter oder Untermieter, Einzugsjahr des Haushalts, Ausstattung der Wohnung mit Heiz- und Warmwasserbereitungsanlagen nach einzelnen Energieträgersystemen. Außerdem wird bei vermieteten Wohnungen nach der Höhe der monatlichen Mieten und der Nebenkosten gefragt.

Weiterhin Auskunftspflicht

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit verlangt. Die Ergebnisse sollen in tiefer fachlicher Gliederung und bedingt auch regional gegliedert darstellbar sein,

sie sollen keine Verzerrungen aufweisen und ihre Zuverlässigkeit muß durch eine Fehlerrechnung nachprüfbar sein. Dazu ist – wie bei allen Zufallsstichproben – die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d.h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Die Nichtbeteiligung einzelner Haushalte führt zu Ergebnisverzerrungen, da Ausfälle stets nicht-repräsentativ sind. In keinem Fall können ausgewählte Haushalte (beliebig) durch andere Haushalte ausgetauscht werden.

Der Ausfall einzelner Haushalte wird sich beispielsweise aus Gründen längerer Abwesenheit oder schwerer Krankheit nie ganz vermeiden lassen. Um die Zahl der Ausfälle aber so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen. Der wissenschaftliche Beirat für Mikrozensus und Volkszählung hat sich bereits aufgrund von Untersuchungen zur freiwilligen Auskunftserteilung im

Rahmen dreier Testerhebungen in den Jahren 1985 bis 1987 in seinem Bericht „Mikrozensus im Wandel“ eindeutig für die Auskunftspflicht im Mikrozensus ausgesprochen. Neuere Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes bestätigen, daß die von den Datennutzern üblicherweise an den Mikrozensus gestellten Anforderungen bei freiwilliger Auskunftserteilung nicht erfüllt werden können. Ausfälle lassen sich nicht ausgleichen, da es für Art und Größe der erforderlichen Korrekturfaktoren keine hinreichenden Anhaltspunkte gibt.

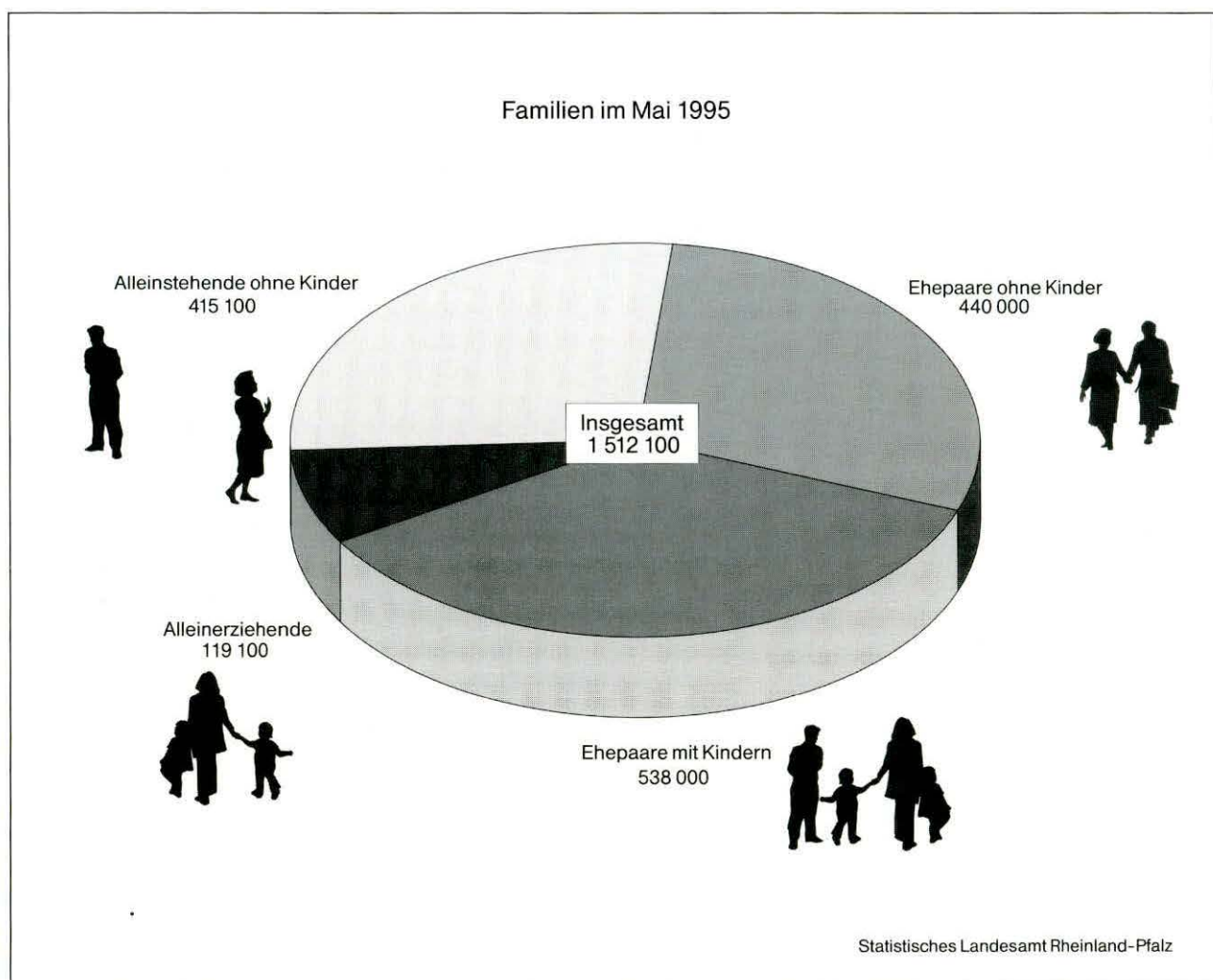
Der Gesetzgeber hat nach ausführlicher Beratung auch im neuen Mikrozensusgesetz grundsätzlich an der Auskunftspflicht bei fast allen Erhebungsmerkmalen festgehalten. Bis auf die Angabe zum Eheschließungsjahr, zur Wohn- und Lebensgemeinschaft und die Aufenthaltsdauer bei Ausländern besteht bei allen Fragen des vergleichsweise umfangreichen Grundprogramms Auskunftspflicht. Darüber hinaus sind die Fragen zur Pflegebedürftigkeit und zu den Leistungen einer Pflegeversicherung sowie aus dem jährlichen Ergänzungsprogramm die Angaben zur Situation ein Jahr vor der Erhebung freiwillig. Im Rahmen der vierjährigen Ergänzungsprogramme besteht keine Auskunftspflicht bei der Beantwortung folgender Fragen: Zusatzangaben zur beruflichen Ausbildung, Pendlereigenschaft

und -merkmale, Zusatzangaben für Ausländer, Altersvorsorge, Zusatzangaben zur Erwerbstätigkeit, Gesundheit.

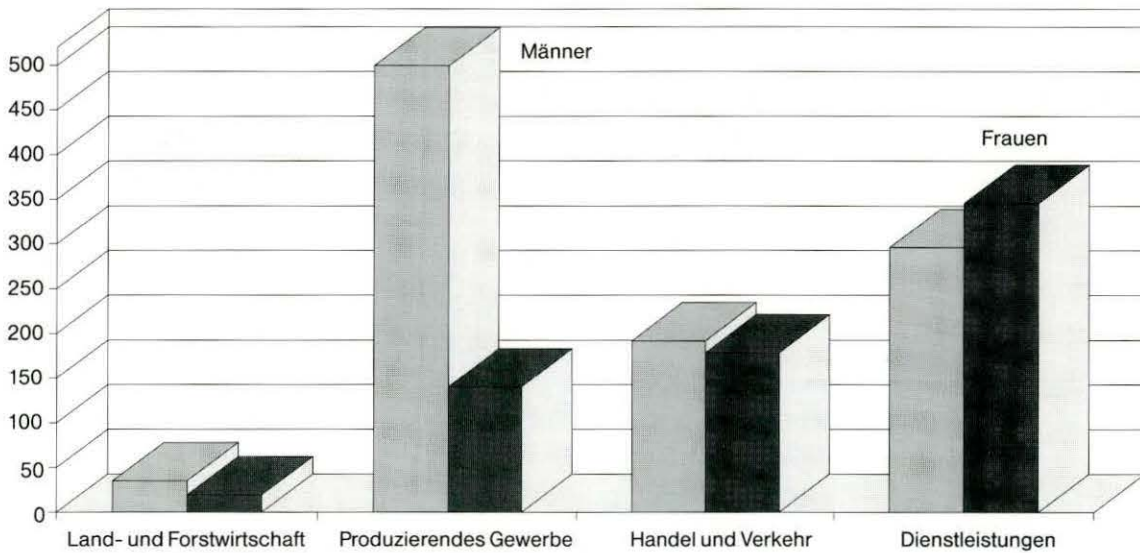
Haushalte, die ihrer gesetzlich geforderten Auskunftspflicht weder dem Interviewer gegenüber noch als Selbstausfüller nachkommen, werden vom Statistischen Landesamt aus angeschrieben und um die Erteilung der benötigten Auskünfte gebeten. Bei fortbestehender Verweigerungshaltung kann ein Zwangsgeldverfahren eingeleitet werden.

Verwendungszwecke

Aufgabe des bereits seit 1957 durchgeführten Mikrozensus ist es, umfassende, aktuelle und zuverlässige Ergebnisse über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien und Haushalte, die Erwerbstätigkeit, Arbeitsuche, Ausbildung und Wohnverhältnisse für Parlamente, Regierungen, Verwaltung und Wissenschaft bereitzustellen. Die Ergebnisse stehen darüber hinaus aber auch allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung, deren Interesse durch eine Vielzahl von Anfragen bei den statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt zum Ausdruck kommt. Die durch den Mikrozensus gelieferten Informa-



Erwerbstätige 1995
(in 1 000)



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

tionen sind als Entscheidungsgrundlage für eine sozial-staatliche Politik in Bund, Ländern und Gemeinden zugunsten aller Bürger unentbehrlich.

Die Verwendungsmöglichkeiten ergeben sich unmittelbar aus dem Fragenprogramm. Aus dem sehr breiten Anwendungsspektrum sollen hier stellvertretend für die zahlreichen und vielfältigen Ergebnisse zwei typische Resultate herausgegriffen und zugleich grafisch veranschaulicht werden.

Jährlich ermittelt der Mikrozensus die verschiedenen Familientypen. Danach gab es 1995 439 900 Ehepaare ohne Kinder und 415 100 Alleinstehende ohne Kinder (ohne ledige Alleinstehende, die nicht zu den Familien rechnen), beides seit Jahren deutlich steigende Zahlen. Die Zahl der Alleinerziehenden lag bei 119 300, auch dies bedeutet eine Zunahme gegenüber den vergangenen Jahren. Tendenziell rückläufig ist hingegen die Zahl der vollständigen Familien; 1995 gab es 538 000 Ehepaare mit Kindern.

Ein weiteres Ergebnis betrifft die Erwerbstätigkeit. 1995 ermittelte der Mikrozensus 1 707 300 Erwerbstätige, die zum überwiegenden Teil dem Dienstleistungsbereich (641 900) und dem produzierenden Gewerbe (640 000) zuzuordnen waren. Eine geschlechtsspezifische Betrachtung zeigt, daß nahezu die Hälfte der Männer, jedoch nur ein Fünftel der Frauen im produzierenden Gewerbe beschäftigt ist, während das Verhältnis im Dienstleistungsbereich – wenn auch nicht ganz im gleichen Ausmaß – umgekehrt ist.

Ausführlichere Ergebnisse enthält im übrigen ein statistischer Bericht, der beim Statistischen Landesamt angefordert werden kann. Darüber hinaus werden

Ergebnisse zu ausgewählten Themen in Form von Pressemitteilungen und Aufsätzen in den Statistischen Monatsheften veröffentlicht.

Regionalergebnisse

Die Einführung des neuen Auswahlplans im Jahr 1990 brachte eine höhere Ergebnisgenauigkeit, die in erster Linie auf die Bildung kleinerer Auswahlbezirke zurückzuführen war. Damit wurden auch Möglichkeiten zur Ermittlung regional gegliederter Ergebnisse eröffnet. Bei einem Stichprobenumfang von einem Prozent sind hier jedoch naturgemäß relativ enge Grenzen gesetzt. Daher können nach wie vor Ergebnisse auf Kreisebene in aller Regel nicht nachgewiesen werden.

Mikrozensussergebnisse für das Land Rheinland-Pfalz werden auf der Ebene von 8 regionalen Einheiten ausgewiesen. Dabei handelt es sich jeweils um mehrere benachbarte Landkreise und kreisfreie Städte. Durch Zusammenfassungen sind auch Angaben für die 3 Regierungsbezirke und die 5 Planungsregionen des Landes darstellbar. Der Merkmalskatalog auf Regionalebene ist natürlich bei weitem nicht so umfangreich wie der für das Land.

Zusammenfassung

Mit dem neuen Mikrozensusgesetz wird an denen in der Vergangenheit bewährten Verfahren angeknüpft. Auswahlplan und Methodik bleiben erhalten, die Befragung erfolgt weiterhin im wesentlichen durch Interview-

werinnen und Interviewer und es besteht weiterhin Auskunftspflicht für die ausgewählten Haushalte. Das Fragenprogramm der vergangenen Mikrozensuserhebungen wurde im wesentlichen übernommen, Fragen zur Pflegeversicherung und -bedürftigkeit wurden neu, Fragen zur Wohnsituation wieder aufgenommen.

Als wesentliche Änderung ist die Reduzierung der Erhebungszeiträume und Auswahlsätze auf jeweils zwei Varianten festzustellen. Darüber hinaus wurden ver-

schiedene Befragungsteile mit dem Erhebungsprogramm der EU-Arbeitskräftestichprobe harmonisiert.

Eine gleichzeitig vorgenommene Ergänzung des Bundesstatistikgesetzes regelt den Einsatz computergestützter Verfahren bei Bundesstatistiken. Mit dem neuen Gesetz wird die Fortführung des Mikrozensus bis zum Jahr 2004 sichergestellt.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

Getreideerträge und -qualitäten

– Ergebnisse der Besonderen Erntermittlung (BEE) –

Die Besondere Erntermittlung (BEE) wurde in Westdeutschland erstmals 1948 als objektives Stichprobenverfahren zur Ertragsmessung bei wichtigen Getreidearten und bei Kartoffeln durchgeführt. Die damalige Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgte damit einer Anregung der amerikanischen Besatzungsmacht, vor dem Hintergrund der knappen Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln genauere Daten über die Ernteerträge zu erhalten als sie alleine auf der Basis der subjektiven Schätzungen von Berichtserstattern gewonnen werden konnten. Auch das Verfahren wurde seinerzeit in Anlehnung an Erntermittlungsmethoden in den USA entwickelt.

Die Ernährungssicherstellung ist zwischenzeitlich in den Hintergrund gerückt. Heute werden zuverlässige Daten primär zur Verwaltung der Agrarmärkte im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) benötigt. Mit den Beschlüssen der Agrarminister zur Reform der GAP vom Mai 1992 wurden als Ausgleich für eine Absenkung der Marktordnungspreise direkte Einkommensstützungen eingeführt. Für die Festlegung der Höhe dieser Transferzahlungen spielte auch die Ertragslage im Getreideanbau eine Rolle. Durch knapper werdende Vorratsbestände in der EU und weltweit geringere Ernten erhält die Erntermittlung in jüngster Zeit aber auch wieder Bedeutung für die Erzeugungsplanung. So wird alljährlich zu Beginn des Wirtschaftsjahres der Umfang der Stilllegungsverpflichtung anhand der vorhandenen Getreidebestände in der EU und damit auch des vorangegangenen Ernteaufkommens festgelegt.

Trotz aller Kritik, die sich gegen den finanziellen und personellen Aufwand für die Erntermittlungen richtet, wurde anlässlich der jüngsten Überprüfung des Programms der Bundesstatistik die Notwendigkeit der BEE bestätigt. Im übrigen schreibt eine EG - Verordnung Mindestgenauigkeiten für die Ermittlung der Getreideerträge vor, die allein durch die subjektiven Berichterstatterschätzungen nicht sichergestellt werden können.

Für die Vermarktung der Ernte sind nicht nur das Produktionsvolumen, sondern auch die erzielten Qualitäten von Bedeutung. Neben der Ertragsermittlung als vorrangigem Ziel liefert die BEE auch Informationen über die

angebauten Sorten und die Beschaffenheit der Brotgetreideernte im Hinblick auf Qualität und Schadstoffbelastung.

Der vorliegende Beitrag geht auf die 1995 in Rheinland - Pfalz vorgenommene Verfahrensänderung bei der Ertragsermittlung sowie auf die Verfahren zur Qualitätsuntersuchung ein. Daneben werden Ergebnisse zur langjährigen und voraussichtlichen Entwicklung der Getreideerträge, zur Qualität und zum Sortenspektrum dargestellt.

Seit 1995 zur Ertragsermittlung ausschließlich Volldrusche

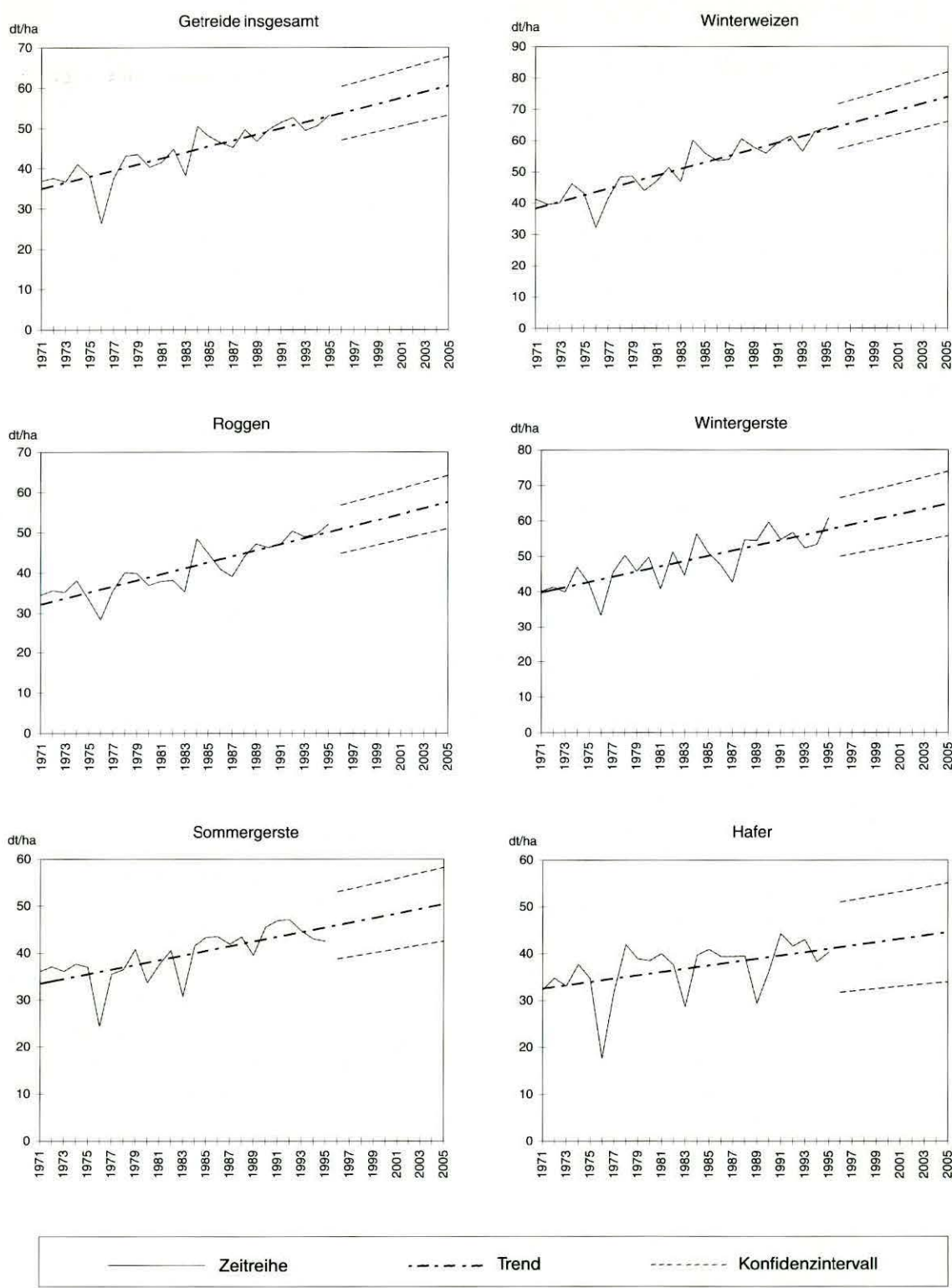
Die Methode der BEE zur Ertragsmessung als Kombination von Probeschnitten und Volldruschen auf zufällig ausgewählten Probefeldern wurde über Jahrzehnte hinweg im wesentlichen beibehalten¹⁾. Daneben liegen seit jeher aus der Ernteberichterstattung subjektive Schätzungen für regionale Einheiten vor. Erst in jüngerer Zeit hat der mit der BEE verbundene Aufwand einzelne Bundesländer veranlaßt, auf die ausschließliche Erhebung von Volldruschergebnissen überzugehen.

1) Eine Beschreibung der Methode der Besonderen Erntermittlung enthält der Beitrag „Verfahren der Erntermittlung für Getreide“ in den Statistischen Monatsheften 6/94.

Probefelder der Besonderen Erntermittlung in Rheinland-Pfalz

Getreideart	Alte Methode		Neue Methode
	Probefelder insgesamt	davon mit Volldrusch	Probefelder mit Volldrusch
Winterweizen	200	35	106
Roggen	150	25	96
Wintergerste	150	30	96
Sommergerste	160	25	106
Hafer	150	–	96
Insgesamt	810	115	500

Lineare Trendschätzungen für die Hektarerträge in Rheinland-Pfalz 1971 bis 2005 nach Getreidearten



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz mußten ab 1995 die Organisation der BEE und damit verbunden Art und Umfang der Erntemessungen nicht zuletzt als Folge der Agrarverwaltungsreform geändert werden. Die bis dahin zur Durchführung der Erntermittlungen gebildeten Kreiskommissionen aus Vertretern der landwirtschaftlichen Fachstellen und der Kreisverwaltungen wurden aufgelöst. Mit der organisatorischen Umstellung konnte das arbeitsintensive zweiphasige Verfahren von Probeschnitten (Entnahme einer Getreideprobe von $5 \times 1 \text{ m}^2$) und anschließender Verwiegung der gesamten Erntemenge (Volldrusch) von einer Unterstichprobe der Probefelder zur Ermittlung eines Korrekturfaktors nicht aufrecht erhalten werden. Man ging dazu über, von allen Probefeldern ausschließlich das Volldruschergebnis zu erheben. Gleichzeitig wurde die Ertragsfeststellung weitgehend in die Verantwortung der auskunftspflichtigen Betriebsinhaber gegeben. Sie sind für die ordnungsgemäße Verwiegung und Meldung des Erntergebnisses einschließlich der angebauten Sorte zuständig und erhalten dafür eine angemessene Aufwandsentschädigung. Die Durchführung der Felderauswahl nach stichprobenmethodischen Grundsätzen nehmen im Vorfeld der Ernte Mitarbeiter der landwirtschaftlichen Fachstellen vor. Sie stehen wie auch das Statistische Landesamt als Ansprechpartner für die auskunftspflichtigen Landwirte zur Verfügung.

Der Verzicht auf Probeschnitte im Rahmen der BEE wurde bislang auf Bundesebene kontrovers diskutiert. Hinsichtlich der Anfälligkeit für systematische Fehler kann jedoch wie bereits an anderer Stelle erörtert¹⁾ weder dem zweiphasigen (Probeschnitt/Volldrusch) noch dem einphasigen (nur Volldrusch) Verfahren ein eindeutiger Vorzug gegeben werden. Eines der wesentlichen Probleme, das in früheren Jahren gegen eine Ertragsermittlung ausschließlich durch Volldrusche sprach, war die Notwendigkeit, im Gegensatz zum Probeschnitt neben der Erntemenge auch die Erntefläche exakt festzustellen. Heute kann vorausgesetzt werden, daß die Größe der Probefelder durch die als Voraussetzung für den Erhalt der Ausgleichszahlungen entsprechend der Agrarreform zu führenden Flächennachweise und deren Abgleich mit dem Liegenschaftskataster hinreichend bekannt ist.

Als Vorteil ist dem neuen Verfahren die Möglichkeit einer Reduzierung des Stichprobenumfangs anzurechnen, ohne daß Zugeständnisse an die durch den Standardfehler ausgedrückte Genauigkeit der Stichprobe für die Ertragsschätzung gemacht werden müssen. In Rheinland-Pfalz konnte die Zahl der Probefelder von seinerzeit insgesamt rund 800 auf 500 reduziert werden. Die Verteilung der Probefelder auf die einzelnen Getreidearten geht aus der nachstehenden Übersicht hervor. Im gesamten Bundesgebiet sind zur Zeit über 8 000 Felder in die BEE einbezogen.

Die Umstellung des Verfahrens bindet nach wie vor die Untersuchung des Brotgetreides auf seine Beschaffenheit ein. Hierzu entnehmen die Betriebsinhaber bzw. -leiter während der Ernte von jedem Probefeld eine Getreideprobe. Sie geht an die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA) in Speyer bzw. an die Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung (BAGKF) in Detmold.

Geschätzte Trendfunktionen für die Entwicklung der Hektarerträge nach Getreidearten in Rheinland-Pfalz

Getreideart	Lineare Trendfunktion $Y(t)$ für $t = 1, \dots, 25$ ¹⁾
Getreide insgesamt	$Y(t) = 34,24 + 0,7502 \text{ t}$
Winterweizen	$Y(t) = 37,24 + 1,0485 \text{ t}$
Roggen	$Y(t) = 31,41 + 0,7474 \text{ t}$
Wintergerste	$Y(t) = 39,02 + 0,7373 \text{ t}$
Sommergerste	$Y(t) = 33,02 + 0,4960 \text{ t}$
Hafer	$Y(t) = 32,21 + 0,3522 \text{ t}$

1) Berechnet auf der Basis der Erträge der Jahre 1971 - 1995.

Bevor auf die begleitend zu den Ertragsfeststellungen stattfindenden Qualitätsuntersuchungen eingegangen wird, werden die als Information aus der BEE im Vordergrund stehenden Erträge dargestellt. Bei der über Jahrzehnte hinweg abgestimmten Methodik stehen langjährige vergleichbare Daten zur Verfügung, die eine zuverlässige Grundlage für eine Analyse der bisherigen Ertragsentwicklung bieten.

Nahezu linearer Anstieg der Hektarerträge

Die in den letzten Jahrzehnten erzielte Ertragsentwicklung bei Getreide ist zum einen durch die mehr oder weniger ausgeprägten und in erster Linie witterungsbedingten jährlichen Ertragsschwankungen gekennzeichnet, zum anderen durch längerfristig wirkende Faktoren. Hierzu zählen technischer und biologischer Fortschritt, aber auch strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft, die u. a. durch das Ausscheiden von Grenzertragsböden einen Einfluß auf die Ertragshöhe haben können. Daneben bot sicherlich in früheren Jahren auch die Preisgarantie der Europäischen Gemeinschaft für Züchter und Landwirte einen Anreiz, die Erträge zu steigern.

Zeitreihen der Hektarerträge stellen die Entwicklung plastisch dar und sind Grundlage einer groben Extrapolation in die Zukunft. Das einfachste Verfahren der Trendermittlung einer Zeitreihe ist die Bestimmung gleitender Durchschnitte. Typisch für diese Art der Trendermittlung ist, daß der errechnete Trend je nach der Zahl der einbezogenen Zeitreihenwerte noch mehr oder weniger starken Schwankungen unterworfen ist und man für die Randbereiche der Zeitreihe, für die keine gleitenden Durchschnitte berechnet werden können, einen Informationsverlust in Kauf nehmen muß.

Aber schon die Berechnung gleitender Sechsjahresdurchschnitte führt bei Getreide zu einer weitgehenden Bereinigung um die witterungsbedingten Ertragschwankungen und gibt Aufschluß über die für die weitere Analyse der Hektarerträge in Betracht zu ziehende Trendfunktion. Diese kann nach dem Kriterium der kleinsten Quadrate bestimmt werden. Die Parameter a und b einer vorgegebenen, z. B. linearen Trendfunktion $Y(t) = a + b \text{ t}$, werden dabei so berechnet, daß die Summe der quadratischen Abweichungen der tatsächlichen Zeitreihenwerte von der Trendfunktion möglichst

klein wird. Die graphische Darstellung der gleitenden Sechsjahresdurchschnitte läßt für die Entwicklung der Flächenleistungen einen näherungsweise linearen Trend erkennen, wobei die Ertragssteigerungen nach Getreidearten unterschiedlich ausfallen.

Aus den linearen Trendschätzungen ergibt sich der mittlere jährliche Zuwachs der Hektarertragsleistung. Danach wurde im Betrachtungszeitraum 1971 – 1995 bei Getreide in Rheinland-Pfalz eine jährliche Ertragssteigerung von 0,75 dt/ha realisiert. Würde man die Differenz zwischen 1971 und 1995 als Ergebnis eines Entwicklungsprozesses mit konstanter Zuwachsrate interpretieren, so entspräche dies einer jährlichen Zunahme von 1,7 %. Dies muß natürlich auch vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit wechselnden Anbauverschiebungen zwischen den Getreidearten gewertet werden.

Die im Betrachtungszeitraum 1971 bis 1995 erreichten mittleren Ertragszuwächse bei den einzelnen Getreidearten sind sehr unterschiedlich. Hervorzuheben sind die überdurchschnittliche Zunahme beim Weizen (+ 1 dt/ha) und der weit unterdurchschnittliche Wert bei Sommergerste (+ 0,50 dt/ha). In konstanten Zuwachsraten ausgedrückt entspräche dies + 2 % bzw. + 1,2 %. Hierfür ist einerseits ein den einzelnen Arten eigenes genetisches Ertragspotential verantwortlich, zum anderen wirkt sich die unterschiedliche Stickstoffverträglichkeit beider Getreidearten aus. Winterweizen verträgt auch hinsichtlich der gewünschten Backqualität hohe Stickstoffgaben, während bei Sommergerste, vor allem, wenn sie als Braugerste Verwendung findet, einer ertragsfördernden Stickstoffdüngung Grenzen gesetzt sind.

Ausgehend von einem vergleichbaren Ertragsniveau zu Beginn der siebziger Jahre hatte die Wintergerste einen deutlich geringeren Ertragszuwachs (+ 0,74 dt/ha) als der Winterweizen, der sie mittlerweile hinsichtlich der durchschnittlichen Flächenleistung deutlich übertrifft. Ein Grund liegt sicherlich darin, daß die Wintergerste im Zuge ihrer Expansion mehr als der Weizen auch auf weniger guten Standorten angebaut wurde und anteilmäßig weniger in spezialisierten Marktfrochtbetrieben als in Futterbaubetrieben anzutreffen ist.

Ähnliche absolute mittlere Ertragszunahmen wie bei der Wintergerste wurden in Rheinland-Pfalz seit Beginn der siebziger Jahre beim Roggenanbau erzielt. Aufgrund des unterschiedlichen Ertragsniveaus schlagen sich die Ertragssteigerungen in mittleren Wachstumsraten nieder, die sich mit 1,8 % beim Roggen und 1,5 % bei der Wintergerste leicht unterscheiden. Bemerkenswert ist allerdings, daß die tatsächlich erzielten Roggenerträge seit 1989 durchweg über den errechneten Trendwerten liegen. Dies kann bei keiner anderen Getreideart beobachtet werden. Das Auftreten dieser Erträge gleichzeitig mit dem verstärkten Einsatz ertragreicherer Hybridsorten legt den Verdacht auf einen Trendbruch nahe. Für eine genauere Analyse bietet sich hier die Berechnung eines eigenen Trends ab 1989 an. Dies wird jedoch aufgrund der wenigen bislang vorliegenden Zeitreihenwerte an dieser Stelle zunächst nicht weiter verfolgt.

Als extensive Fruchtart mit kontinuierlich rückläufiger Anbauentwicklung weist der Hafer die bei weitem schwächste positive Ertragsentwicklung auf. Zum einen hat es beim Hafer weniger Anreize zu einer intensiven züchterischen Bearbeitung gegeben, andererseits wird er häufig in den Höhengebieten angebaut und ist als späträumende Fruchtart sowie wegen seines hohen Wasserbedarfs zur Zeit der Blüte äußerst anfällig für Ertragsdepressionen und witterungsbedingte Ernteverluste. Somit zeigen sich beim Hafer auch die stärksten jährlichen Schwankungen der Hektarerträge.

Um das Ausmaß der größtenteils witterungsbedingten Ertragsbewegungen zwischen den Getreidearten vergleichen zu können, wurde die mittlere absolute prozentuale Abweichung relativ zum geschätzten Trend und relativ zum gleitenden Sechsjahresdurchschnitt berechnet. Hierbei wurden die einzelnen Abweichungen der jährlichen Hektarerträge von den zugehörigen Trendwerten als absoluter Prozentsatz des Trendwertes ausgedrückt und anschließend über die gesamte Zeitreihe gemittelt. Im ersten Fall wurde als „Trend“ die lineare Funktion verwendet; im zweiten Fall wurden die Abweichungen von den jeweiligen gleitenden Durchschnittswerten berechnet.

Beide Parameter belegen die herausragende Ertragsunsicherheit beim Hafer. Weniger deutliche Unterschiede treten zwischen den übrigen Getreidearten zu Tage. Hier scheinen lediglich Winterweizen und Roggen etwas mehr Ertragsstabilität aufzuweisen als Winter- und Sommergerste.

Durchschnittlicher Hektarertrag bis zum Jahr 2005 mehr als 10 % höher

Unter der Voraussetzung, daß sich der bei der Ist-Analyse der Hektarerträge unterstellte lineare Trend auch in der Zukunft fortsetzt, läßt sich durch Trendextrapolation die künftige Entwicklung abschätzen. Da es hierbei nur darauf ankommt, in die berechnete Trendfunktion einen Zahlenwert für die Zeit einzusetzen, versteht es sich von selbst, daß bei einer solchen sogenannten unbedingten Prognose andere in der Zukunft wirksam werdende Einflüsse, denen die Zeitreihenwerte in der Vergangenheit nicht unterlagen, in ihrer möglichen und ggf. sogar völlig entgegengesetzten Wirkung unberücksichtigt bleiben.

Durchschnitt der absoluten prozentualen Abweichungen vom trendmäßigen Hektarertrag 1971 – 1995 nach Getreidearten in Rheinland-Pfalz

Getreideart	Durchschnittliche Abweichung	
	relativ zum geschätzten linearen Trend	relativ zum gleitenden 6-Jahres-durchschnitt
	%	
Winterweizen	5,5	6,9
Roggen	6,2	6,8
Wintergerste	6,9	7,8
Sommergerste	7,2	7,7
Hafer	9,6	11,4

Voraussichtliche¹⁾ Ertragsentwicklung bis zum Jahr 2005 nach Getreidearten in Rheinland-Pfalz

Getreideart	Trendwert für den Hektarertrag			Konfidenzintervall ²⁾ für den Trendwert des Jahres 2005	
	1995	2005	Ver- änderung 1995/2005		
	dt/ha		%	dt/ha	‰ ³⁾
Getreide insgesamt	53,0	60,5	14,0	53,2-67,8	± 12,1
Winterweizen	63,5	73,9	16,5	66,0-81,9	± 10,7
Roggen	50,1	57,6	14,9	51,0-64,2	± 11,4
Wintergerste	57,5	64,8	12,7	55,8-73,9	± 14,0
Sommergerste	45,4	50,4	11,0	42,5-58,3	± 15,6
Hafer	41,0	44,5	8,5	34,0-55,1	± 23,7

1) Unter der Annahme eines linearen Trendverlaufs. – 2) 90 % - Konfidenzintervall unter der Annahme normalverteilter Störvariablen. – 3) ± - Abweichung vom geschätzten Trendwert.

Hinzu kommt, daß die Erträge im Einzeljahr von den errechneten Trendwerten u.a. durch ihre Abhängigkeit vom Witterungsverlauf in unterschiedlichem Ausmaß abweichen können. Diesen möglichen Schwankungsbereich beschreibt das zu jedem Prognosewert angegebene Konfidenzintervall. Es beruht auf dem Modell eines linearen Trends mit normalverteilten Störvariablen, die die Abweichungen vom Trend hervorrufen. Für dieses Modell definiert das Konfidenzintervall eine Bandbreite, in die der realisierte Hektarertrag mit 90 prozentiger Wahrscheinlichkeit fällt.

Die Ergebnisse der Berechnungen lassen für das Jahr 2005 – ähnliche Anbauverhältnisse wie in der Vergangenheit vorausgesetzt – ein um etwa 14 % höheres Ertragsniveau für die Getreideernte insgesamt erwarten. Damit wäre ein mittlerer Hektarertrag von gut 60 dt erzielbar. Die möglichen zufallsbedingten Abweichungen liegen bei ± 12 % des Schätzwertes. In Relation zu ihrem derzeitigen Ertragsniveau bewegen sich außer beim Hafer die trendmäßigen Ertragszuwächse der einzelnen Getreidearten zwischen 11 und gut 16 %. Beim Hafer kommt aufgrund seiner Ertragsunsicherheit hinzu, daß der untere Rand des Konfidenzintervalls für das Jahr 2005 deutlich unter dem 1995er Trendwert liegt. Dies ist bei Weizen und Roggen nicht der Fall, so daß bei diesen beiden Arten selbst unter ungünstigen Bedingungen die Realisierung einer weiteren Ertragssteigerung anzunehmen ist.

Eine abschließende Antwort auf die Frage, zu welchem Grad das Erzeugungspotential in Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Ertragsleistung aber auch der Fläche letztlich ausgeschöpft wird, kann angesichts der vielfältigen möglichen Einflußfaktoren im Rahmen dieser Darstellung nicht gegeben werden. Unterstellt man eine unbeeinträchtigte Realisierung der Trendschätzung, könnte bei der anzunehmenden künftigen Ertragsentwicklung die heutige Erntemenge von rund 1,35 Mio. t theoretisch auf nur noch 223 000 ha erzeugt werden. Diese überschlägige Kalkulation für die Getreideerzeugung insgesamt vernachlässigt selbstverständlich auch Veränderungen in den Anbauverhältnissen der einzelnen Getreidearten untereinander. Unter den

sehr vereinfachten Annahmen würden bis zum Jahr 2005 gut 30 000 ha weniger zur Erzeugung der bisherigen Jahresproduktion benötigt.

Für die weitere Entwicklung der Ertragsleistung je Hektar geht man zumindest vorläufig nicht davon aus, daß einem fortgesetzten Ertragszuwachs seitens des genetischen Potentials Grenzen gesetzt sind. Dagegen können die Auswirkungen politischer Rahmenbedingungen oder wirtschaftlicher Zwänge durchaus zu einer Anpassung des Intensitätsgrades führen, die die prognostizierte Entwicklung in Frage stellt. Eine Veränderung der Intensität im Getreidebau als Folge der Agrarreform dürfte sich aufgrund des kurzen Zeitraumes seit ihrer Einführung in der allein auf Zeitreihenwerten beruhenden Vorhersage noch nicht niedergeschlagen haben. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß sich angesichts des eingeleiteten Weges der Produktpreissenkung und zunehmender Bedeutung der Ausgleichszahlungen für die Gewinnsituation in den Betrieben Verschiebungen hinsichtlich des Ertragsoptimums ergeben können. Bislang wird nach Expertenbefragung lediglich tendenziell eine weniger intensive und damit ertragsdämpfende Wirtschaftsweise beobachtet. In jüngerer Zeit spricht die positive Preisentwicklung wieder für eine Intensivierung der Bestandsführung, der jedoch auf der anderen Seite eine Verteuerung ertragssteigernder Produktionsmittel entgegensteht.

Eine abschließende Einschätzung der künftigen Einflußfaktoren bleibt umfassenden fachlich fundierten Untersuchungen überlassen. Unabhängig von allen kalkulierbaren Wirtschaftlichkeitskriterien werden jedoch jeglicher Bewertung nicht zuletzt aufgrund spezifischer einzelbetrieblicher Gegebenheiten Grenzen gesetzt sein.

Veränderungen in der Anbauintensität würden sicherlich auch Folgen für die Qualität der Getreideernte und das angebaute Sortenspektrum haben. Auch wenn das der BEE zugrundeliegende Auswahlverfahren für die Probefelder vorrangig auf die Ertragsermittlung abgestellt ist, wird sie als eine umfassende Quelle zur Feststellung der Qualität der Brotgetreideernte und der

Geschätzte und tatsächliche Entwicklung der Getreideerträge 1971 - 1995 in Rheinland-Pfalz sowie prognostizierter Trendwert für das Jahr 2005

Jahr	Anbaufläche	Hektarertrag	Erntemenge
	ha	dt/ha	t
Tatsächliche Entwicklung			
1971	373 362	36,9	1,38
1991	280 349	51,5	1,44
1995	254 137	53,3	1,35
Berechnungen auf der Basis des Trendwertes für den Hektarertrag			
1971	373 362	35,0	1,31 ¹⁾
1991	280 349	50,0	1,40 ¹⁾
1995	254 137	53,0	1,35 ¹⁾
2005	222 632 ¹⁾	60,5	1,35 ¹⁾

1) Auf der Basis der für den Hektarertrag geschätzten Trendwerte berechnet (Zielvorgabe für das Jahr 2005: 1,35 t Getreideerzeugung).

Schadstoffbelastung angesehen, deren Untersuchungsumfang und -ergebnisse Gegenstand der weiteren Ausführungen sind.

Untersuchungen zur Beschaffenheit der Getreideernte

Weizen- und Roggenproben aus der BEE werden seit 1964 in der Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung (BAGKF) hinsichtlich der Qualität untersucht. 1982 sind Untersuchungen auf Schadstoffe und später auf Mykotoxine hinzugekommen. Der auf Bundesebene regelmäßig tagende Sachverständigenausschuß zur Vorbereitung und Auswertung der BEE hat sich noch in jüngerer Zeit wiederholt dafür ausgesprochen, die Untersuchungen von deutschem Brotgetreide auf Beschaffenheitsmerkmale weiterhin bundeseinheitlich von einer staatlichen Stelle vornehmen zu lassen. Durch die zentrale Untersuchung sollen objektive, unabhängige Analysen von hohem Standard mit für alle Bundesländer vergleichbaren Ergebnissen garantiert werden. Die Qualitätsanalysen durch die Bundesforschungsanstalt sind bislang auf Weizen und Roggen beschränkt. Eine Ausweitung auf andere Getreidearten wird seitens des Sachverständigenausschusses in Betracht gezogen. Ihr müßte jedoch eine Erweiterung des gesetzlichen Auftrags im Rahmen des Agrarstatistikgesetzes vorausgehen.

Die Getreideproben werden mit dem Ziel ausgewertet, möglichst rasch einen Überblick über die Qualität der Getreideernte zu erhalten. Erste Ergebnisse liegen daher schon zum vorläufigen Ergebnis der Getreideernte Ende August vor. Sie werden zunächst im Rahmen einer Presseverlautbarung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für das Bundesgebiet bekanntgegeben. Darüber hinaus stellt die BAGKF detailliertere Ergebnisse alljährlich auf der Ende September stattfindenden Tagung für Müllereitechnologie vor und veröffentlicht sie in der Fachzeitschrift „Die Mühle und Mischfuttertechnik“. Unter anderem mit dem Ziel der Stützung des deutschen Exports erstellt die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrar-

wirtschaft mbH (CMA) mit diesen Daten Broschüren zur Qualität des deutschen Roggens und Weizens. Die statistischen Landesämter geben in der Regel keine gesonderten Berichte zur Getreidequalität heraus.

Untersuchungen zur Weizenqualität auf breiterer Basis

Aus zeitlichen und ökonomischen Gründen muß der Aufwand für die Untersuchung der Getreidequalität, die durch vielfältige Faktoren und Komponenten bestimmt wird, in Grenzen gehalten werden. Beim Weizen stehen die Analyse des Proteingehalts und der -qualität als Merkmale der Backqualität im Vordergrund. Sie werden auf breiter Basis anhand der Getreidemuster aller Probefelder analysiert.

Die Proteine bestimmen durch ihr Wasserbindungsvermögen die Quelfähigkeit und Elastizität des Teiges. Da der speziell hierfür beim Weizen verantwortliche Feuchtklebergehalt sehr stark mit dem Proteingehalt insgesamt korreliert, können die Untersuchungen auf letzteren beschränkt werden. Die ebenso für die Backfähigkeit entscheidende Proteinqualität wird durch den Sedimentationswert charakterisiert. Er kann trotz eines hohen Proteingehaltes und der bis zu einem gewissen Grad positiven Beziehung beider Merkmale dennoch eine unzureichende Qualität anzeigen.

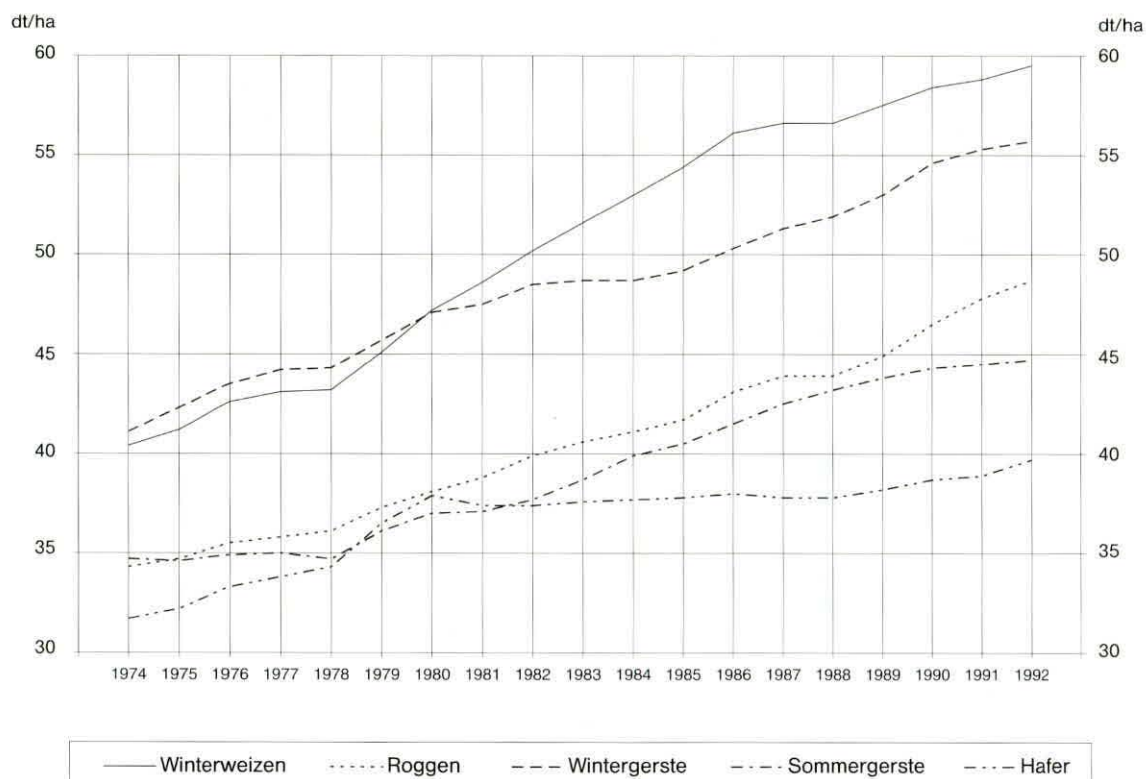
Daneben liefert der ebenfalls bei allen Weizenproben vorgenommene Brötchenbackversuch (sog. Rapid-Mix-Test (RMT)) eine direkte Information über die Backqualität. Das Backergebnis wird hierbei in ml-Volumenausbeute pro 100 g ausgedrückt und korreliert positiv mit der Höhe des Proteingehalts und Sedimentationswertes.

Angeichts der vielfach genetisch bedingten Qualitätsmerkmale, deren Ausprägung somit auch durch die Sorte bestimmt wird, bietet die Sortenverteilung bzw. der Anteil an hochwertigen qualitätsbetonten Sorten unter den untersuchten Proben eine weitere wichtige

Weizenqualität und -ertrag 1995 nach Bundesländern

Land	Qualitätsgruppe			Ertrag	Protein- gehalt	Sedimen- tationswert	Backvolumen (RMT)
	E-Weizen	A-Weizen	zusammen				
	%						
Mecklenburg-Vorpommern	59	18	77	70	13,2	54	710
Sachsen-Anhalt	56	28	84	72	13,5	52	710
Thüringen	56	26	82	66	13,7	50	710
Brandenburg	52	22	74	60	12,4	44	670
Sachsen	43	35	78	61	12,8	41	670
Rheinland-Pfalz	28	36	64	64	12,8	37	660
Saarland	25	50	75	56	12,3	40	660
Niedersachsen	17	23	40	80	12,9	40	655
Schleswig-Holstein	15	30	45	85	12,3	39	645
Baden-Württemberg	25	16	41	56	13,0	39	640
Bayern	12	26	38	60	12,6	35	640
Hessen	16	22	38	70	12,4	33	625
Nordrhein-Westfalen	6	9	15	81	12,2	29	605
Deutschland	31	23	54	69	12,9	41	660

Gleitender Sechsjahresdurchschnitt des Hektarertrages 1971 - 1995 nach ausgewählten Getreidearten in Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Information über die Qualitätsweizenproduktion. Seit 1995 allerdings ist die Vergleichbarkeit dieser Auswertung mit den Vorjahren aufgrund eines neuen Qualitätsgruppenschemas für die Sorteneinstufung eingeschränkt. Ebenso dürfte mit der Verfahrensumstellung der BEE durch die Reduktion der Zahl der Probefelder in der Repräsentanz und Aussagekraft gegenüber früheren Jahren ein Bruch entstanden sein.

Das neue Qualitätsschema verzichtet auf die starke Differenzierung von A9- bis C1-Sorten innerhalb der bisherigen 3 Gruppen A, B und C. Dafür gibt es nur noch 5 Gruppen E, A, B, C und K. Im wesentlichen umfaßt die neue Gruppe E-Weizen (Eliteweizen) einen Teil der früheren A-Sorten.

Insgesamt belegen die Auswertungen der Sortenverteilung in den letzten Jahren ein durchweg hohes Qualitätsniveau der rheinland-pfälzischen Weizenernte. Über 50 % der jährlich untersuchten 200 Proben entfielen 1992, 1993 und 1994 auf A-Weizen. Wenn auch nicht direkt vergleichbar, macht der 1995 hohe Anteil an E- und A-Weizen von zusammen 64 % unter den 100 Probefeldern deutlich, daß der Qualitätsweizenproduktion in Rheinland-Pfalz nach wie vor eine große Bedeutung zukommt. Vor allem im Vergleich zu den Nachbarländern Hessen und Nordrhein-Westfalen heben sich die rheinland-pfälzischen Erzeuger ab. Hierzu trugen

die bislang günstigen Vermarktungsbedingungen bei. Allerdings gehen auch in Rheinland-Pfalz die Empfehlungen hin zu ertragreicheren Sorten der A-Gruppe, da die für Eliteweizen unzureichenden Preisaufschläge den geringeren Ertrag und den Mehraufwand kaum ausgleichen. Aufgrund seines hohen Proteingehalts hatte zur Ernte 1995 unter den A-Sorten vor allem der Anbau der Sorte Toronto deutlich zugenommen.

Bei dem vergleichsweise hohen Anteil an Qualitätsweizensorten wies Rheinland-Pfalz in der Regel über dem Bundesdurchschnitt liegende Werte der untersuchten Qualitätsparameter auf. Auffällig war für das Erntejahr 1995 der im Vergleich zum Bundesmittel deutlichere Abfall des Proteingehalts und Sedimentationswertes. Hierfür werden zum einen die für rheinland-pfälzische Verhältnisse hohen Erträge verantwortlich gemacht, zum anderen wird in diesem Zusammenhang auf den zunehmenden Einsatz von hinsichtlich dieser Merkmale schwächeren Sorten verwiesen.

Neben den Proteinwerten spielt vor allem in Jahren mit ungünstigem Erntewetter die Auswuchsfestigkeit eine Rolle für die Qualitäts- und Ertragssicherheit. Schädigungen durch Auswuchs werden bei Weizen mit Hilfe der Fallzahl anhand einer Unterstichprobe aus den 100 Getreideproben ermittelt. Verschiedene Untersuchungsmethoden werden beim Roggen angewendet, der nach wie vor als besonders auswuchsfgefährdet gilt.

Backqualität der Weizenernte 1992 - 1995 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Jahr	Proteingehalt	Sedimentationswert	Backvolumen (RMT)
	% i. Tr.	Eh	ml/ 100 g
Rheinland-Pfalz			
1992	13,7	42	680
1993	13,9	47	700
1994	13,8	43	680
1995	12,8	37	670
Deutschland			
1992	13,0	39	650
1993	13,3 ¹⁾	47 ¹⁾	680 ¹⁾
1994	13,3 ¹⁾	42 ¹⁾	670 ¹⁾
1995	12,9 ¹⁾	41 ¹⁾	660 ¹⁾

1) Einschl. neue Bundesländer.

Fallzahl und Amylogramm belegen Auswuchsschäden beim Roggen

Beim Roggen sind für Qualitätseinbußen in erster Linie Schädigungen durch Auswuchs maßgeblich. Er ist letztlich sichtbar als das vorzeitige Auskeimen von Körnern auf dem Halm. Bereits bei noch nicht sichtbarem Auswuchs sind erhöhte Enzymaktivitäten feststellbar, die zu einem Abbau von Korninhaltsstoffen führen. Im Vordergrund steht dabei die Schädigung der Stärke durch stärkeabbauende Enzyme (Amylasen). Die Bedeutung der Stärke, die die Ausbildung der Krumenstruktur und -elastizität fordert, kommt vor allem im Backprozeß, nachdem sie gequollen und verkleistert worden ist, zum Tragen. Mit der Schnellmethode „Fallzahl“ wird die Viskosität des Stärkekleisters als ein Indikator der enzymatischen Aktivität erfaßt. Eine niedrige Fallzahl beschreibt eine niedrige Kleisterviskosität und eine hohe Amylaseaktivität. Aber auch eiweißabbauende Enzyme werden zu Beginn der Keimung wirksam und können ein Absinken der Fallzahl verstärken.

Die Fallzahl wird sowohl beim Weizen als auch beim Roggen anhand von jeweils 25 bis 30 Proben festgestellt. Bei den Roggenproben liefert zusätzlich das Amylogramm als wichtigere, aber auch zeitlich aufwendigere Methode ebenfalls auf viskosimetrischem Weg eine Information über die Quellungs- und Verkleisterungseigenschaften der Roggenstärke. Hierbei wird die

Sortenverteilung unter den Winterweizenproben 1992 - 1995 in Rheinland-Pfalz

Sorte	Qualitätsgruppe		1992	1993	1994	1995
	1992 - 1994	1995				
	%					
Contra	B 4	C	·	1,5	6,2	10,6
Greif	B 4	B	5,5	8,5	9,2	10,6
Toronto	A 6	A	2,0	7,0	4,6	10,6
Bussard	A 9	E	2,0	5,5	5,1	9,6
Alidos	A 9	E	·	0,5	3,1	7,7
Herzog	A 6	A	9,0	9,0	7,2	7,7
Astron	A 6	A	3,0	4,0	8,2	6,7
sonstige ¹⁾	·	·	78,5	64,0	56,4	36,5

1) Einschl. Proben ohne Sortenangabe.

Ofenphase des Brotherstellungsprozesses nachgeahmt. Qualitätsindikator für das Backverhalten der Probe ist die Viskosität (Amylogramm Maxima (AE)) und in erster Linie die dazugehörige Temperatur im Verkleisterungsmaximum. Eine niedrige Viskosität und Temperatur im Verkleisterungsmaximum sind die Folge einer hohen Alpha-Amylaseaktivität und deuten auf eine unelastische Krume sowie ein insgesamt schlechtes Backverhalten hin.

Obwohl Rheinland-Pfalz mit einer Beteiligung an der Gesamternte in Deutschland von unter 3 % zu den kleinen Roggenerzeugern zählt, werden im Bundesvergleich gute Qualitäten erzielt. Vor allem 1993 als regional unterschiedlich hohe Auswuchsschäden auftraten, lagen die rheinland-pfälzischen Werte über dem Bundesdurchschnitt. In den beiden letzten Erntejahren wurden bundesweit hervorragende Qualitäten geerntet. Die Partien waren weitgehend frei von sichtbarem Auswuchs. Die Proben der letzten beiden Jahre fielen in die Qualitätsklassen oberhalb von 63 °C und 200 AE im Amylogramm und konnten oberhalb von 100 s hinsichtlich der Fallzahl eingestuft werden. Damit stand ein enzymarmer Roggen mit einem hohen Wasserbindever-

Roggenqualität¹⁾ und -ertrag 1995 nach Bundesländern

Land	Ertrag	Proteingehalt	Fallzahl	Amylogramm	t°-VK-Max.
	dt/ha	% i. Tr.	s	AE	°C
Mecklenburg-Vorpommern	50,2	10,6	264	830	71,5
Sachsen-Anhalt	54,6	10,4	288	840	73,0
Thüringen	62,2	10,6	250	655	70,5
Brandenburg	44,0	9,7	275	745	72,5
Sachsen	51,2	10,3	257	655	71,5
Rheinland-Pfalz	52,8	10,0	279	820	73,5
Saarland	54,3	9,9	279	795	73,5
Niedersachsen	57,9	10,5	275	925	73,0
Schleswig-Holstein	59,6	10,0	276	1 020	73,0
Bayern	48,8	9,7	264	640	71,0
Hessen	56,1	10,1	256	785	72,0
Nordrhein-Westfalen	63,6	10,0	296	915	72,5
Deutschland	52,0	10,2	273	810	72,5

1) Ohne Baden-Württemberg.

mögen zur Verfügung, der der Qualitätsklasse Brotroggen zuzuordnen war. Allerdings war 1995 im zweiten Jahr nacheinander aufgrund der kühlen und feuchten Witterung während der Blüte ein erhöhter Mutterkornbefall zu beobachten.

Produktionsvolumen und Qualität stehen auch beim Roggen im Zusammenhang mit den angebauten Sorten. Dies um so mehr, seit zunehmend ertragreichere Hybridsorten eingesetzt werden. Abgesehen von ungünstigen Witterungsbedingungen werden Probleme mit Mutterkornbefall auch auf einen hohen Anteil an Hybridroggen zurückgeführt. Einen deutlichen Anstieg des Hybridroggenanteils auf gut 40 % hat es 1993 gegeben. Der für 1995 ausgewiesene etwas höhere Anteil kann aufgrund der Reduktion des Stichprobenumfangs im Zuge der Verfahrensumstellung der BEE nur unter Vorbehalt als Veränderung gegenüber dem Vorjahr interpretiert werden.

Roggenqualität 1992 - 1995 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Jahr	Protein- gehalt	Fallzahl	Amylo- gramm	t°-VK-Max.
	% i. Tr.	s	AE	°C
Rheinland-Pfalz				
1992	10,9	220	795	68,4
1993	10,6	150	565	65,0
1994	11,5	287	940	72,0
1995	10,0	279	820	73,5
Deutschland				
1992	11,8	202	785	69,0
1993	10,9	94	305	61,5
1994	10,9	294	965	73,0
1995	10,2	273	810	72,5

In Rheinland-Pfalz war 1995 unter den Roggenproben der BEE Rapid die dominierende Hybridsorte. Sie hat die Konkurrenzsorte Marder auf Platz zwei verdrängt und scheint mittlerweile eine größere Verbreitung zu finden als die beiden Populationssorten Danko und Halo.

Der Vollständigkeit halber bleibt zu erwähnen, daß neben den vorgestellten Ergebnissen zu Sorten und Backqualität sowohl beim Weizen als auch beim Roggen weitere unter anderem die Mahlfähigkeit charakte-

Sortenverteilung unter den Roggenproben der Besonderen Ernteermittlung 1992 - 1995 in Rheinland-Pfalz

Sorte	Zucht- richtung ¹⁾	1992	1993	1994	1995
		%			
Rapid	H	4,1	11,5	15,6	25,0
Danko	P	36,5	30,4	34,0	19,8
Halo	P	23,0	16,2	12,2	14,6
Marder	H	11,5	18,9	20,4	13,5
Locarno	H	—	—	—	5,2
sonstige ²⁾		24,9	23,2	17,7	21,8
Populationssorten zusammen		60,8	48,7	51,0	43,7
Hybridsorten zusammen		29,1	43,3	40,1	52,0

1) H = Hybridsorte, P = Populationssorte. — 2) Einschl. Proben ohne Sorten-
angabe.

risierende Merkmale untersucht werden. Ferner werden auch Analysen des Schadstoffgehaltes vorgenommen. Die Proben werden unter anderem auf ihren Gehalt an Mykotoxinen (Ochratoxin A), Rückstände von Pflanzenschutzmitteln sowie Schwermetalle untersucht. Den dem Sachverständigenausschuß vorgelegten Ergebnissen zufolge ist der Schadstoffgehalt insgesamt sehr gering und unbedenklich.

Dr. Birgit Hübbbers
Dr. Matthias Hauk

Der Wohnungsbau im Jahre 1995

Erhebungsgegenstand der Bautätigkeitsstatistik sind alle genehmigungs- bzw. zustimmungsbedürftigen sowie kenntnisgabe- oder anzeigespflichtigen oder einem Genehmigungsverfahren unterliegenden Baumaßnahmen, bei denen Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird. Vereinfacht gesagt, handelt es sich um alle größeren Baumaßnahmen des Neu- oder Umbaus bzw. der Erweiterung bestehender Bausubstanz. Die Bautätigkeitsstatistik spiegelt demnach nicht die gesamte Hochbautätigkeit wider (Bagatellobaumaßnahmen werden nicht statistisch erfaßt), sondern im wesentlichen den Teil, der quantitative Bestandwirksamkeit erlangt. Bau-reparaturen, Modernisierungen und ähnliches finden keine Berücksichtigung in der Baustatistik.

Zur Bedeutung des Wohnungsbaus

Legt man die Wohnungsbauentwicklung der letzten Jahre zugrunde, so kann der Wohnungsbau zu Recht als der den Hochbau maßgeblich prägende Bereich gekennzeichnet werden. Das besondere Interesse, das dem Wohnungsbau entgegengebracht wird, begründet sich nicht allein aus seinen quantitativen Dimensionen (Gebäude, Wohnungen, geschaffene Wohnfläche, Rauminhalt usw.) und der daraus abgeleiteten Bedeutung speziell für das Baugewerbe und die Zulieferindustrie. Wegen der Doppelfunktion der Wohnung als

Sozial- und Wirtschaftsgut hat der Wohnungsbau immer auch sozialpolitische Auswirkungen und stellt ein wesentliches Element der Wohnungspolitik dar.

In den letzten 10 Jahren hat der Wohnungsbau im Vergleich zum Nichtwohnungsbau kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Dieses Übergewicht wurde in den Jahren 1993 bis 1995 eklatant. Gemessen an den veranschlagten reinen Baukosten ergab sich für 1994 ein Investitionsverhältnis im Neubaubereich von 78 zu 22 zugunsten des Wohnungsbaus. Das bedeutet, daß rund 80 Pfennige jeder im Hochbau investierten Mark in den Bau von Wohngebäuden und Wohnungen flossen, nur etwa 20 Pfennige in den Bau von Verwaltungs-, Firmen- oder Öffentlichkeitsbauten aller Art.

Im Jahre 1995 schnitt der Nichtwohnungsbau – bedingt durch den Rückgang der Wohnungsbaukonjunktur – verhältnismäßig besser ab. So standen Wohnungsbauinvestitionen (Errichtung neuer Gebäude) von gut 6,4 Mrd.DM Nichtwohnungsbauinvestitionen von rund 2,1 Mrd.DM gegenüber. Es errechnet sich verglichen mit 1994 ein etwas positiveres Investitionsverhältnis von 75 zu 25. Auch die Berücksichtigung der Baumaßnahmen an bestehenden Wohn- und Nichtwohngebäuden ändert an der bestehenden Kluft nichts. Fast 7,4 Mrd.DM (72 %) fließen in den Wohnungsbau, 2,9 Mrd.DM waren für alle geplanten Baumaßnahmen im Sektor Nichtwohnungsbau vorgesehen.

Wachstumszyklus beendet

In den Jahren 1988 bis 1994 war im Wohnungsbau ein stetiges Wachstum zu verzeichnen. Mit von Jahr zu Jahr fast durchweg zweistelligen Zuwachsraten, schraubte sich die Zahl der pro Jahr insgesamt zum Bau freigegebenen Wohnungen von 13 301 (1987) über 24 426 (1990) und 29 271 (1992) auf die Rekordmarke von 42 656 Wohnungen im Jahre 1994. Ein vergleichbar hoher Wert war letztmals 1972 (44 905) registriert worden.

Daß das bemerkenswerte Ergebnis von 1994 für Rheinland-Pfalz 1995 nicht mehr zu erreichen sein würde, war bereits zu Jahresanfang an den eingehenden Monatsmeldungen des 1. Quartals ablesbar. Im Laufe des Jahres setzte sich der Abwärtstrend vehement fort. Die kumulierten Monatsergebnisse des Jahres 1995 weisen insgesamt Bauanträge für 32 766 Wohnungen nach, wobei Bauausführungen an bestehenden Gebäuden mitberücksichtigt sind. Gegenüber 1994 (42 656) errechnet sich für die genehmigten Wohnungen ein Rückgang von gut 23 %.

Im Neubausektor sollten 28 817 Einheiten entstehen, das sind rund 9 300 bzw. 24,5 % weniger als im Vorjahr (38 152). In neuen Wohngebäuden liegen 28 272 Wohnungen (- 24,8 %), in Nichtwohngebäuden befinden sich weitere 545 Einheiten.

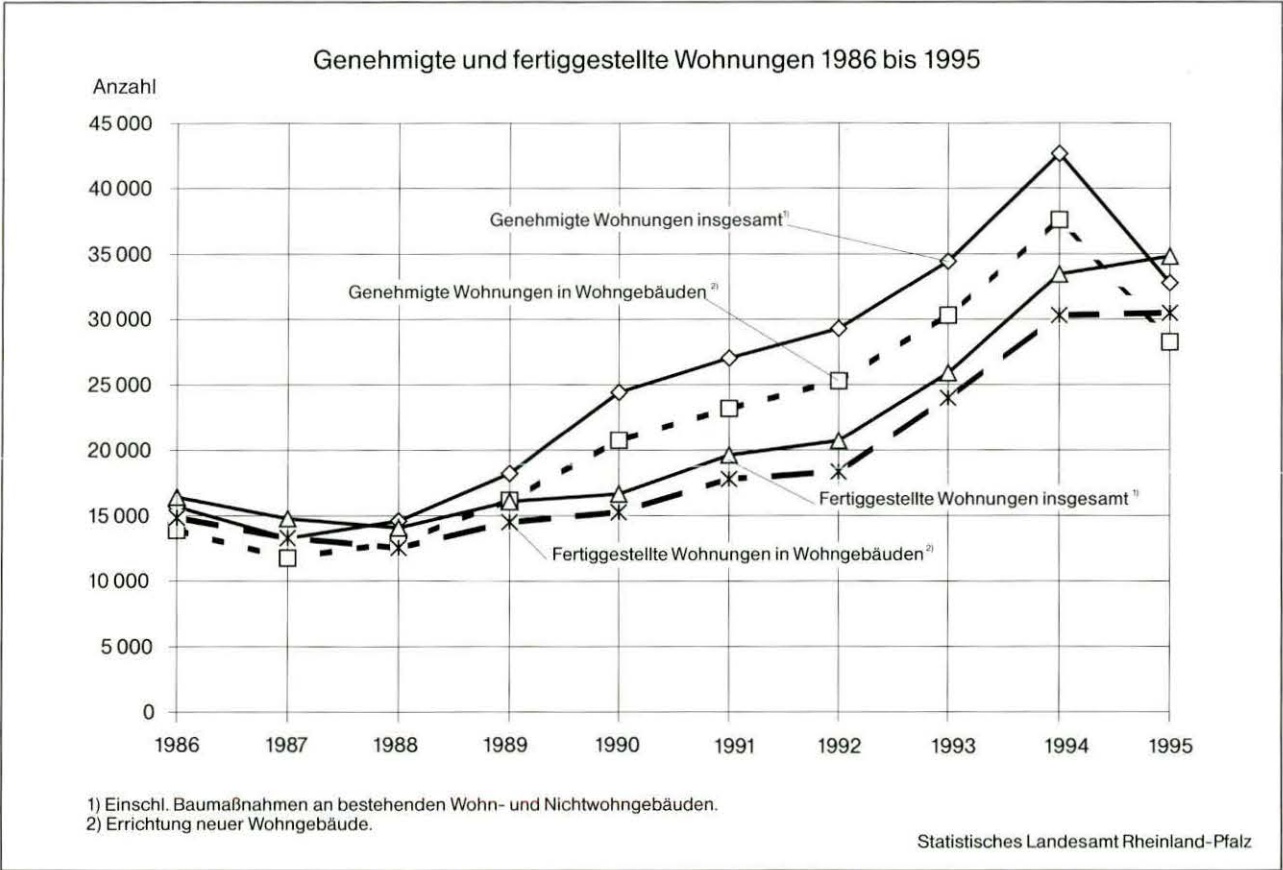
Die Einbußen im Wohnungsbau des Jahres 1995 sind beträchtlich, wobei nicht nur das Vorjahresniveau (42 656), sondern auch das Genehmigungsergebnis

des Jahres 1993 (34 448 Wohnungen) nicht erreicht wurde. Bei den reinen Neubaumaßnahmen ist die Entwicklung analog. Im Jahre 1993 wurden mit 30 277 Einheiten 2 000 Wohnungen mehr genehmigt als 1995.

Die im Jahresvergleich sichtbar werdende Negativentwicklung stellt sich mittelfristig betrachtet jedoch anders dar. So wurden in den letzten 10 Jahren pro Jahr im Schnitt 25 300 Wohnungen genehmigt, davon waren 22 000 Neubauwohnungen. Gemessen an diesem 10-Jahresdurchschnitt ist das Ergebnis des Jahres 1995 mit insgesamt 32 766 Wohnungen – davon 28 817 Neubauwohnungen – immer noch überdurchschnittlich.

Dieser Tatbestand dürfte für die Bauwirtschaft nur ein schwacher Trost sein, denn viele Unternehmen sind angesichts der rückläufigen Auftragseingänge gezwungen, einen Konsolidierungsprozeß einzuleiten und die während der siebenjährigen Wachstumsphase aufgebauten Personal- und Fertigungskapazitäten der konjunkturellen Lage anzupassen.

Eine zumindest partielle Kompensation der nachlassenden Wohnungsbaunachfrage durch den vermehrten Bau von Nichtwohngebäuden war 1995 nicht feststellbar. Zwar legte der Nichtwohnbau gegenüber 1994 (2 014 Gebäude) mit 2 065 neuen Bauvorhaben zahlenmäßig etwas zu (+ 2,5 %), die Gesamtvolumina an geplanter Bauproduktion stagnierten mit 9,7 Mill. m³ Rauminhalt und 1,6 Mill. m² Nutzfläche und können den Produktionsverlust im Wohnungsbau nicht einmal teilweise auffangen.



Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1986 bis 1995

Jahr	Wohnungen insgesamt ¹⁾	Davon					
		Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	Wohnungen in neu zu errichtenden				
			Nichtwohngebäuden	Wohngebäuden	davon in		
					Einfamilienhäusern	Zweifamilienhäusern	Mehrfamilienhäusern ²⁾
1986	15 694	1 499	310	13 885	6 435	3 868	3 582
1987	13 301	1 280	239	11 782	7 013	2 348	2 421
1988	14 614	1 411	242	12 961	7 550	2 500	2 911
1989	18 235	1 692	344	16 199	7 843	3 010	5 346
1990	24 426	3 325	357	20 744	8 052	3 940	8 752
1991	27 046	3 384	475	23 187	7 393	3 714	12 080
1992	29 271	3 368	609	25 294	7 281	4 862	13 151
1993	34 448	3 748	423	30 277	7 666	5 304	17 307
1994	42 656	4 504	542	37 610	8 634	7 116	21 860
1995	32 776	3 959	545	28 272	6 488	4 880	16 904

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 2) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

Nachfragerückgang bei allen Gebäudearten

Eine differenzierte Untersuchung der genehmigten Gebäudearten läßt erkennen, daß sich der Konjunkturrückgang im Wohnbau auf alle Gebäudearten erstreckt. Erstmals seit vielen Jahren zeigte auch der bis dato so konjunkturunabhängige Eigenheimbereich „Wirkung“. Mit 6 488 neuen Einfamilienhäusern genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden fast 25 % weniger Gebäude als 1994 (8 634). Selbst am Tiefpunkt der Bautätigkeit im Jahre 1987 mit insgesamt nur 13 301 genehmigten Wohnungen, wurden mehr Eigenheime (7 013) zum Bau freigegeben als im abgelaufenen Berichtsjahr. Im Zweifamilienhausbau ließen sich die Bauherren 2 440 Neubauten genehmigen, das sind rund 1 100 bzw. 31 % weniger als in der Vorperiode (3 558).

Ein Grund für den starken Nachfragerückgang nach Eigenheimen sind die knappen Baulandreserven in den Gebieten der kreisfreien Städte. Dies hat zur Folge, daß die Baulandpreise in den Oberzentren und unmittelbar angrenzenden Gebieten ein sehr hohes Niveau erreicht haben, insbesondere dann, wenn es sich um Baugebiete von gehobener Wohnattraktivität handelt. Darüber hinaus wirken gesunkene Realeinkommen und gestiegene Arbeitslosigkeit dämpfend auf die Wohnkauftkraft und schüren Verunsicherung bei den Bauwilligen.

In den Gebieten der kreisfreien Städte wurden 1995 nur noch 781 Ein- und Zweifamilienhäuser genehmigt, ein Rückgang um 25,5 % gegenüber 1994 (1 048). Der auf die Gebiete der kreisfreien Städte entfallende Eigenheimanteil an Genehmigungen betrug 1995 nur noch rund 9 %, mehr als 90 % der Gebäude (8 147) wird in den Landkreisgebieten entstehen.

Aber auch im ländlich strukturierten Raum hat die Baukonjunktur ihren Zenit überschritten. Gerade hier wurden in den letzten Jahren in starkem Maße Eigenheime errichtet, was zu einer weiteren Verbesserung der Eigentümerquote an Wohnraum sowie der Wohnungsversorgung im allgemeinen geführt hat. Insgesamt sollen in den Landkreisen 5 897 Ein- und 2 250 Zweifamilienhäuser gebaut werden. Das sind zusam-

men 8 147 Bauwerke, 27 % weniger als die Bauaufsichtsbehörden im Rekordjahr 1994 genehmigt hatten (11 144).

Zuwachsraten im Eigenheimbereich waren 1995 lediglich im Landkreis Germersheim (+ 8 %) zu verzeichnen, in allen anderen Kreisen gingen die Baugenehmigungen für Eigenheime zurück. Dabei sind die höchsten negativen Veränderungsraten erwartungsgemäß dort zu verzeichnen, wo in den letzten Jahren besonders viele Ein- und Zweifamilienhäuser errichtet wurden. Stellvertretend seien hier die Landkreise Bad Dürkheim (– 42,5 %), Bad Kreuznach (– 51,3 %), der Westerwaldkreis (– 28,3 %), der Kreis Alzey-Worms (– 32,5 %) und der Landkreis Mainz-Bingen (– 27,3 %) genannt.

Im ländlichen Raum spielen weniger Flächenengpässe und überproportional hohe Grundstückskosten eine für den Rückgang der Nachfrage entscheidende Rolle. Hier dürften die schwächere gesamtkonjunkturelle Lage sowie die angespannte Arbeitsmarktlage zu einer stärkeren Zurückhaltung bei potentiell Bauwilligen geführt und die private Investitionsneigung negativ beeinflusst haben.

Zum anderen sind in den Landkreisen in den neunziger Jahren so viele Eigenheime entstanden, daß diese Gebäudearten den vorhandenen Gebäudebestand bereits total dominieren. So weist der Wohngebäudebestand der Kreise Ende 1995 insgesamt 808 797 Wohngebäude nach, davon sind 588 068 (73 %) Einfamilienhäuser und 163 070 (20 %) Zweifamilienhäuser. Auf mehrgeschossige Bauwerke mit drei und mehr Wohnungen (57 659) entfallen nur rund 7 % des Bestandes. Es war daher absehbar, daß das Wachstum auf hohem Niveau nicht unbegrenzt anhalten würde, zumal strukturschwache Landkreise mit größeren Arbeitsmarktproblemen weniger Bauwillige anziehen als ballungsraumnahe Kreise und kreisfreie Städte. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß die vollzogene Truppenreduzierung in Rheinland-Pfalz die regionale Gebäude- und Wohnungsnachfrage zusätzlich geschwächt und Investitionsentscheidungen privater Bauherren negativ beeinflusst hat.

Mietwohnungsbau ebenfalls rückläufig

Zu Beginn des Jahrzehnts war insbesondere der Mietwohnungsbau (Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen) die Lokomotive für die anhaltend gute Baukonjunktur. Der durch die Wiedervereinigung und die Öffnung der Grenzen nach Osten bedingte starke Zuzug von Personen auch nach Rheinland-Pfalz, löste binnen kurzer Zeit eine starke Nachfrage nach Wohnraum aus, die möglichst rasch befriedigt werden mußte.

Die Baugenehmigungsergebnisse der Jahre 1991 (12 080 neue Geschößwohnungen), 1992 (13 151), 1993 (17 307) und 1994 (21 860) belegen die Anstrengungen vorwiegend privater und gewerblicher Investoren beim Bau neuer Mietwohnungen. Im Jahre 1995 wurden noch 16 904 neue Geschößwohnungen (ohne Wohnheimwohnungen) genehmigt, gegenüber 1994 ein Rückgang von 23 %. Auch hier klingt die negative Veränderungsrate im Jahresvergleich dramatisch.

Dieser Nachfrageeinbruch relativiert sich jedoch durch den mittelfristigen Vergleich der letzten fünf Berichtsjahre, in denen beim Bau von Mietwohnungen Hochkonjunktur herrschte. So wurden von 1991 bis 1995 insgesamt 81 300 neue Geschößwohnungen genehmigt. Im Fünfjahresdurchschnitt sind dies rund 16 300 Einheiten pro Jahr, so daß das Ergebnis von 1995 in einem anderen Licht erscheint. Von einem Sturz ins Bodenlose kann beim Bau von rund 17 000 neuen Mietwohnungen nicht die Rede sein, insbesondere dann nicht, wenn man sich die Anzahl der genehmigten Mietwohneinheiten in 1987 (2 421), 1988 (2 911) und 1989 (5 346) nochmals in Erinnerung ruft.

Offenkundig befindet sich auch der Mietwohnungsbau in einem Konsolidierungsprozeß. Hauptgründe für das Nachlassen der Konjunktur dürften das Abebben des starken Zuzugs nach Rheinland-Pfalz sein und die durch die erreichte Zahl der Baufertigstellungen sowie durch den Truppenabzug spürbar verbesserte Wohnungsverorgung der Bevölkerung (428 Wohnungen je 1 000 Einwohner). So zeigt die Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz, daß im Jahresvergleich (jeweils zum 30.6. des Jahres) zwischen Mitte 1994 und 1995 ein Bevölkerungszuwachs von rund 24 000 Personen zu verzeichnen war. Zwischen 1991 und 1992 (+ 67 100), 1992 und 1993 (+ 51 500) und 1993 und 1994 (+ 33 900) war der Nachfrage nach Wohnraum auslösende Zuwachs jeweils höher gewesen.

Weniger quantitative Bauproduktion

Die rückläufigen Wohnungsbaugenehmigungen des Jahres 1995 führen dazu, daß die an der Bauausführung beteiligten Bauunternehmen eine geringere quantitative Neubauleistung zu erbringen haben. So sank der im Wohnbau geplante Rauminhalt der zu errichtenden Wohngebäude von 19,7 Mill. m³ im Jahre 1994 auf eine veranschlagte Leistung von 15 Mill. m³ umbauten Raumes (- 24 %). Hinsichtlich der zu schaffenden Wohnfläche ist eine identische negative Veränderungsrate von 24 % zu verzeichnen. Insgesamt verfügen die neuen Wohnhäuser über 2,7 Mill. m² Wohnfläche. Im Vorjahr waren noch knapp über 3,5 Mill. m² in die genehmigten Gebäude eingeplant gewesen.

In Einfamilienhäusern soll eine Wohnfläche von 940 000 m² produziert werden, fast 24 % weniger als 1994 (1,24 Mill. m²). In Wohngebäuden mit zwei Woh-

Quantitative Neubauleistung und Baukosten im Wohn- und Nichtwohnbau (Errichtung neuer Gebäude) 1986 bis 1995

Jahr	Rauminhalt			Wohn-/Nutzfläche			Veranschlagte reine Baukosten		
	Insgesamt	Wohnbau	Nichtwohnbau	Insgesamt	Wohnbau	Nichtwohnbau	Insgesamt	Wohnbau	Nichtwohnbau
	1 000 m³			100 m²			1 000 DM		
1986	16 304	8 645	7 659	2 739,5	1 426,2	1 313,3	4 543 352	2 782 019	1 761 333
1987	15 943	8 030	7 913	2 622,5	1 307,8	1 314,7	4 190 321	2 593 069	1 597 252
1988	17 422	8 717	8 705	2 913,2	1 422,5	1 490,7	4 464 300	2 828 323	1 635 977
1989	20 024	10 076	9 948	3 318,4	1 670,8	1 647,6	5 065 013	3 287 806	1 777 207
1990	23 293	12 318	10 975	3 837,2	2 096,1	1 741,1	6 282 362	4 147 987	2 134 375
1991	24 604	12 540	12 064	4 087,3	2 180,9	1 906,4	6 967 116	4 454 789	2 512 327
1992	25 756	13 917	11 839	4 255,1	2 409,7	1 845,4	7 837 981	5 243 058	2 594 923
1993	25 501	15 907	9 594	4 315,4	2 815,9	1 499,5	8 724 837	6 395 622	2 329 215
1994	29 567	19 699	9 868	5 078,0	3 537,5	1 540,5	10 495 253	8 175 894	2 319 359
1995	24 776	15 027	9 749	4 284,0	2 695,1	1 588,9	8 530 448	6 424 113	2 106 335
%									
1986	100	53,0	47,0	100	52,1	47,9	100	61,2	38,8
1987	100	50,4	49,6	100	49,9	50,1	100	61,9	38,1
1988	100	50,0	50,0	100	48,8	51,2	100	63,4	36,6
1989	100	50,3	49,7	100	50,3	49,7	100	64,9	35,1
1990	100	52,9	47,1	100	54,6	45,4	100	66,0	34,0
1991	100	51,0	49,0	100	53,4	46,6	100	63,9	36,1
1992	100	54,0	46,0	100	56,6	43,4	100	66,9	33,1
1993	100	62,4	37,6	100	65,3	34,7	100	73,2	26,8
1994	100	66,6	33,4	100	69,7	30,3	100	77,9	22,1
1995	100	60,7	39,3	100	62,9	37,1	100	75,3	24,7

Verwaltungsbezirk	Insgesamt (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)						Errichtung		
	Gebäude/ Bau- maß- nahmen	Nutz- fläche	Wohnungen		Wohn- räume	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke	Gebäude ins- gesamt	darunter mit	
			ins- gesamt	Wohn- fläche				1 Wohnung	2 Wohn- ungen
	Anzahl	1 000 m ²	Anzahl	1 000 m ²	Anzahl	1 000 DM	Anzahl		
Kreisfreie Stadt Koblenz	311	7,6	705	65,0	3 036	147 025	209	100	50
Landkreise									
Ahrweiler	673	10,1	1 278	129,2	5 813	282 062	554	340	95
Altenkirchen (Ww.)	855	27,6	1 277	135,9	6 121	288 679	591	359	143
Bad Kreuznach	696	18,4	1 511	137,8	6 414	300 393	527	301	116
Bad Kreuznach, St	144	7,3	455	37,9	1 776	82 973	123	68	27
Birkenfeld	358	8,3	547	54,6	2 705	137 674	239	155	47
Idar-Oberstein, St	98	5,3	201	20,2	1 038	51 654	68	33	17
Cochem-Zell	404	10,4	617	61,9	2 777	139 986	290	191	60
Mayen-Koblenz	990	23,5	2 080	203,6	9 272	439 833	823	411	168
Andernach, St	68	2,3	200	17,8	878	36 973	46	25	7
Mayen, St	66	2,0	158	14,7	658	31 572	56	24	7
Neuwied	1 033	36,8	1 793	181,5	8 690	386 908	818	469	198
Neuwied, St	259	5,6	511	47,2	2 220	101 993	173	87	39
Rhein-Hunsrück-Kreis	460	14,9	884	86,7	4 102	186 246	365	216	77
Rhein-Lahn-Kreis	686	19,0	1 171	118,5	5 373	264 985	444	237	111
Lahnstein, St	75	3,1	163	16,3	745	36 123	54	23	12
Westerwaldkreis	1 133	46,2	1 936	200,9	9 125	442 964	888	553	191
RB Koblenz	7 599	222,7	13 799	1 375,4	63 428	3 016 755	5 748	3 332	1 256
Kreisfreie Stadt Trier	189	8,6	841	53,3	2 486	117 741	124	41	24
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	515	-2,6	770	78,6	3 500	176 131	350	231	68
Bitburg-Prüm	495	5,3	596	72,1	3 137	166 040	340	256	64
Daun	491	9,9	683	71,9	3 367	156 344	308	201	71
Trier-Saarburg	736	14,5	1 112	113,0	5 584	224 261	602	412	118
RB Trier	2 426	35,8	4 002	388,8	18 074	840 517	1 724	1 141	345
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	67	3,2	305	22,6	1 094	47 576	38	14	6
Kaiserslautern	90	2,2	352	19,5	807	46 966	59	42	11
Landau i. d. Pfalz	192	3,5	451	34,6	1 638	85 568	111	68	18
Ludwigshafen a. Rhein	273	4,5	782	62,0	2 820	163 024	163	70	15
Mainz	292	12,7	1 042	69,6	3 464	175 411	168	66	37
Neustadt a. d. Weinstr.	138	6,0	244	24,6	1 097	61 872	95	58	22
Pirmasens	72	0,6	121	12,5	564	27 540	44	29	7
Speyer	118	4,7	348	28,8	1 351	60 590	74	51	11
Worms	176	8,5	777	59,4	2 817	134 650	156	75	23
Zweibrücken	57	2,3	102	10,7	484	26 182	46	27	11
Landkreise									
Alzey-Worms	1 270	22,8	2 092	210,5	9 403	491 562	828	472	224
Bad Dürkheim	554	19,9	1 192	116,9	5 331	282 376	386	218	82
Donnersbergkreis	420	0,3	703	71,8	3 183	163 434	257	145	68
Germersheim	596	12,2	1 017	102,0	4 552	246 414	359	197	75
Kaiserslautern	584	8,1	870	98,1	4 305	217 025	411	221	140
Kusel	360	5,5	503	55,2	2 450	117 640	200	127	37
Südliche Weinstraße	458	21,1	810	83,8	3 792	210 523	358	239	64
Ludwigshafen	822	10,8	1 519	147,4	6 599	348 919	514	282	100
Mainz-Bingen	1 071	27,7	2 492	224,1	10 550	490 127	779	343	207
Bingen am Rhein, St	77	4,2	222	18,1	846	40 851	41	15	5
Ingelheim am Rhein, St	121	8,5	463	38,1	1 818	89 095	88	22	16
Pirmasens	505	11,2	645	74,9	3 323	168 323	327	223	61
RB Rheinhessen-Pfalz	8 115	188,1	16 367	1 528,9	69 624	3 565 722	5 373	2 967	1 219
Kammerbezirke									
Rheinhessen	2 809	71,7	6 403	563,6	26 234	1 291 750	1 931	956	491
Pfalz	5 306	116,4	9 964	965,3	43 390	2 273 972	3 442	2 011	728
Rheinland-Pfalz	18 140	446,6	34 168	3 293,2	151 126	7 422 994	12 845	7 440	2 820
Grenzregion Trier/Westpfalz ¹⁾	4 872	74,4	7 845	786,0	35 895	1 745 301	3 307	2 110	727
Kreisfreie Städte	1 975	64,6	6 070	462,5	21 658	1 094 145	1 287	641	235
Landkreise	16 165	382,0	28 098	2 830,6	129 468	6 328 849	11 558	6 799	2 585

1) des Grenzraumes Saarland-Lothringen-Luxemburg-Trier/Westpfalz.

1995 nach Verwaltungsbezirken

neuer Gebäude										Verwaltungsbezirk
Raum- inhalt	Grund- stücks- fläche	Grund- fläche	Geschoß- fläche	Nutz- fläche	Wohnungen		Eigen- genutzte Wohn- ungen	Wohn- räume	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke	
					ins- gesamt	Wohn- fläche				
1 000 m³	1 000 m²				Anzahl	1 000 m²	Anzahl		1 000 DM	
310	203,0	34,6	73,8	7,7	665	59,0	145	2 733	127 618	Kreisfreie Stadt Koblenz
649	475,0	79,6	149,8	11,9	1 212	120,5	476	5 447	264 796	Landkreise
644	595,1	96,1	156,1	30,0	1 114	115,6	495	5 292	255 116	Ahrweiler
673	514,3	87,5	158,3	22,6	1 405	125,2	349	5 920	272 732	Altenkirchen (Ww.)
200	167,3	24,2	47,9	8,0	438	36,2	55	1 715	79 160	Bad Kreuznach
295	246,2	37,9	68,3	10,7	470	45,4	214	2 300	119 298	Bad Kreuznach, St
110	81,4	12,5	29,1	5,6	183	17,7	61	930	47 476	Birkenfeld
318	235,5	40,5	78,0	13,0	517	53,9	269	2 390	124 689	Idar-Oberstein, St
1 023	615,6	124,9	252,7	24,3	1 987	192,5	609	8 766	416 559	Cochem-Zell
84	35,8	8,8	21,5	2,6	184	16,4	37	802	34 280	Mayen-Koblenz
75	54,0	8,8	18,2	2,1	154	14,2	37	638	30 593	Andernach, St
899	696,1	124,6	215,1	39,7	1 654	165,1	664	7 979	356 256	Mayen, St
228	137,4	27,4	51,3	6,4	443	40,5	100	1 917	88 397	Neuwied
438	336,0	57,2	100,5	18,6	795	78,1	318	3 702	172 974	Neuwied, St
560	395,5	72,6	131,9	23,7	1 001	97,4	398	4 445	223 091	Rhein-Hunsrück-Kreis
86	66,7	9,3	21,5	3,2	159	15,5	32	707	34 401	Rhein-Lahn-Kreis
1 000	810,0	137,7	236,7	50,2	1 757	179,3	773	8 245	402 856	Lahnstein, St
										Westerwaldkreis
6 809	5 122,3	893,1	1 621,3	252,4	12 577	1 232,1	4 710	57 219	2 735 985	RB Koblenz
257	201,8	26,9	63,3	9,8	797	49,4	96	2 242	103 293	Kreisfreie Stadt Trier
379	328,7	50,9	83,4	2,7	609	63,1	286	2 826	145 872	Landkreise
363	369,4	53,4	81,5	11,6	465	57,7	341	2 578	134 726	Bernkastel-Wittlich
340	313,1	49,6	78,0	13,4	549	58,4	270	2 742	132 237	Bitburg-Prüm
570	461,6	86,8	137,8	18,5	1 000	101,8	381	5 081	203 681	Daun
										Trier-Saarburg
1 909	1 674,6	267,7	443,9	56,0	3 420	330,4	1 374	15 469	719 809	RB Trier
114	54,0	9,7	26,3	3,8	285	20,3	22	993	42 630	Kreisfreie Städte
84	80,0	10,0	20,8	3,1	311	16,0	36	708	37 181	Frankenthal (Pfalz)
159	89,8	15,5	36,5	6,3	347	28,6	69	1 357	69 218	Kaiserslautern
295	166,0	27,2	71,0	4,7	717	54,8	72	2 543	142 378	Landau i. d. Pfalz
345	152,6	35,3	76,3	14,8	917	59,0	80	3 007	150 539	Ludwigshafen a. Rhein
125	103,5	16,3	29,5	7,2	218	21,4	69	963	53 919	Mainz
55	49,9	7,8	12,9	1,8	96	9,9	29	433	22 840	Neustadt a. d. Weinstr.
172	67,4	13,6	34,6	4,3	335	26,6	66	1 268	54 774	Pirmasens
311	163,8	33,7	74,2	9,9	734	56,1	105	2 650	130 111	Speyer
59	48,9	7,9	14,0	2,6	97	9,8	39	455	24 742	Worms
										Zweibrücken
961	732,8	139,2	211,8	34,5	1 763	171,0	662	7 732	406 403	Landkreise
587	314,5	67,4	130,6	20,7	1 123	106,6	280	4 911	255 364	Alzey-Worms
324	266,0	42,7	73,1	3,3	576	57,4	212	2 598	133 975	Bad Dürkheim
498	328,5	60,1	107,1	14,7	878	85,6	242	3 922	210 075	Donnersbergkreis
467	354,7	65,1	105,9	10,1	760	84,1	331	3 743	188 912	Germersheim
236	208,1	34,6	54,8	8,7	403	42,6	164	1 940	92 812	Kaiserslautern
427	285,4	55,6	110,1	23,1	739	74,7	290	3 395	187 898	Kusel
742	403,3	81,5	157,3	11,9	1 378	128,2	426	5 889	305 136	Südliche Weinstraße
1 040	645,7	127,7	238,8	32,9	2 241	197,2	595	9 415	436 426	Ludwigshafen
81	46,7	9,1	20,7	4,2	195	15,9	20	739	35 474	Mainz-Bingen
180	104,7	20,5	40,9	8,3	426	34,1	48	1 652	79 615	Bingen am Rhein, St
363	308,6	52,4	84,7	13,8	552	61,7	292	2 772	140 819	Ingelheim am Rhein, St
										Pirmasens
7 364	4 823,5	903,1	1 670,3	232,0	14 470	1 311,5	4 081	60 694	3 086 152	RB Rheinhessen-Pfalz
2 657	1 695,0	335,9	601,1	92,0	5 655	483,3	1 442	22 804	1 123 479	Kammerbezirke
4 707	3 128,5	567,2	1 069,2	140,0	8 815	828,2	2 639	37 890	1 962 673	Rheinhessen Pfalz
16 082	11 620,4	2 063,9	3 735,5	540,4	30 467	2 874,0	10 165	133 382	6 541 946	Rheinland-Pfalz
3 792	3 237,0	526,1	878,4	110,0	6 685	657,3	2 691	30 418	1 480 388	Grenzregion Trier/Westpfalz ¹⁾
2 286	1 380,6	238,4	533,2	75,9	5 519	410,9	828	19 352	959 243	Kreisfreie Städte
13 796	10 239,8	1 825,5	3 202,3	464,5	24 948	2 463,1	9 337	114 030	5 582 703	Landkreise

Genehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Gebiet	Wohn- und Nichtwohnbau						Wohn-	
	Einschl. Baumaßnahmen						Errichtung	
	Gebäude/ Baumaßnahmen		Ver- änderung in %	Wohnungen insgesamt		Ver- änderung in %	Wohngebäude	
	1994	1995		1994	1995		1994	1995
Kreisfreie Stadt Koblenz	307	310	1,0	652	720	10,4	183	140
Landkreise								
Ahrweiler	881	641	-27,2	1 569	986	-37,2	709	444
Altenkirchen (Ww.)	1 046	843	-19,4	1 526	1 133	-25,8	687	499
Bad Kreuznach	1 176	693	-41,1	2 427	956	-60,6	844	364
Birkenfeld	473	435	-8,0	599	518	-13,5	251	215
Cochem-Zell	608	531	-12,7	733	616	-16,0	372	279
Mayen-Koblenz	1 328	1 197	-9,9	2 420	2 048	-15,4	928	721
Neuwied	1 218	1 010	-17,1	1 956	1 581	-19,2	865	672
Rhein-Hunsrück-Kreis	850	683	-19,6	1 306	1 028	-21,3	556	404
Rhein-Lahn-Kreis	915	840	-8,2	1 453	1 014	-30,2	542	422
Westerwaldkreis	1 766	1 219	-31,0	2 849	1 766	-38,0	1 186	812
RB Koblenz	10 568	8 402	-20,5	17 490	12 366	-29,3	7 123	4 972
Kreisfreie Stadt Trier	264	291	10,2	1 128	629	-44,2	127	154
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	818	669	-18,2	1 102	960	-12,9	460	437
Bitburg-Prüm	701	701	0,0	599	549	-8,3	360	289
Daun	644	572	-11,2	836	659	-21,2	340	298
Trier-Saarburg	997	681	-31,7	1 529	1 102	-27,9	748	437
RB Trier	3 424	2 914	-14,9	5 194	3 899	-24,9	2 035	1 615
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	124	101	-18,5	313	201	-35,8	61	28
Kaiserslautern	218	146	-33,0	496	260	-47,6	122	63
Landau i. d. Pfalz	256	243	-5,1	513	507	-1,2	116	102
Ludwigshafen a. Rhein	334	387	15,9	1 102	934	-15,2	166	182
Mainz	430	428	-0,5	1 064	1 578	48,3	208	214
Neustadt a. d. Weinstr.	307	286	-6,8	548	928	69,3	180	134
Pirmasens	110	123	11,8	135	180	33,3	54	50
Speyer	179	162	-9,5	507	309	-39,1	86	62
Worms	173	171	-1,2	1 003	544	-45,8	139	118
Zweibrücken	128	70	-45,3	200	73	-63,5	87	31
Landkreise								
Alzey-Worms	1 146	889	-22,4	1 961	1 388	-29,2	699	508
Bad Dürkheim	1 041	847	-18,6	1 766	1 338	-24,2	601	371
Donnersbergkreis	643	479	-25,5	997	698	-30,0	354	222
Germersheim	794	895	12,7	1 312	1 297	-1,1	432	447
Kaiserslautern	817	667	-18,4	1 126	962	-14,6	532	415
Kusel	571	449	-21,4	656	550	-16,2	278	219
Südliche Weinstraße	795	675	-15,1	1 341	993	-26,0	480	394
Ludwigshafen	939	789	-16,0	1 559	1 200	-23,0	506	368
Mainz-Bingen	1 090	829	-23,9	2 523	1 738	-31,1	644	445
Pirmasens	707	645	-8,8	850	833	-2,0	419	361
RB Rheinhessen-Pfalz	10 802	9 281	-14,1	19 972	16 511	-17,3	6 164	4 734
Rheinland-Pfalz	24 794	20 597	-16,9	42 656	32 776	-23,2	15 322	11 321
Kreisfreie Städte	2 830	2 718	-4,0	7 661	6 863	-10,4	1 529	1 278
Landkreise	21 964	17 879	-18,6	34 995	25 913	-26,0	13 793	10 043

1994 und 1995 nach Verwaltungsbezirken

bau							Gebiet
neuer Gebäude							
Ver- änderung in %	Wohnungen		Ver- änderung in %	Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen		Ver- änderung in %	
	1994	1995		1994	1995		
- 23,5	601	605	0,7	125	76	- 39,2	Kreisfreie Stadt Koblenz
- 37,4	1 483	904	- 39,0	574	361	- 37,1	Landkreise
- 27,4	1 359	957	- 29,6	572	423	- 26,0	Ahrweiler
- 56,9	2 288	784	- 65,7	638	311	- 51,3	Altenkirchen (Ww.)
- 14,3	511	448	- 12,3	212	174	- 17,9	Bad Kreuznach
- 25,0	636	472	- 25,8	331	243	- 26,6	Birkenfeld
- 22,3	2 295	1 890	- 17,6	665	514	- 22,7	Cochem-Zell
- 22,3	1 756	1 404	- 20,0	695	559	- 19,6	Mayen-Koblenz
- 27,3	1 128	878	- 22,2	461	316	- 31,5	Neuwied
- 22,1	1 250	824	- 34,1	424	363	- 14,4	Rhein-Hunsrück-Kreis
- 31,5	2 528	1 621	- 35,9	967	693	- 28,3	Rhein-Lahn-Kreis
							Westerwaldkreis
- 30,2	15 835	10 787	- 31,9	5 664	4 033	- 28,8	RB Koblenz
21,3	1 042	569	- 45,4	74	98	32,4	Kreisfreie Stadt Trier
- 5,0	893	836	- 6,4	393	373	- 5,1	Landkreise
- 19,7	475	418	- 12,0	344	269	- 21,8	Bernkastel-Wittlich
- 12,4	621	527	- 15,1	292	253	- 13,4	Bitburg-Prüm
- 41,6	1 362	873	- 35,9	656	364	- 44,5	Daun
							Trier-Saarburg
- 20,6	4 393	3 223	- 26,6	1 759	1 357	- 22,9	RB Trier
- 54,1	290	169	- 41,7	44	16	- 63,6	Kreisfreie Städte
- 48,4	428	216	- 49,5	101	45	- 55,4	Frankenthal (Pfalz)
- 12,1	433	416	- 3,9	89	69	- 22,5	Kaiserslautern
9,6	1 024	846	- 17,4	62	99	59,7	Landau i. d. Pfalz
2,9	901	1 439	59,7	136	102	- 25,0	Ludwigshafen a. Rhein
- 25,6	497	800	61,0	149	93	- 37,6	Mainz
- 7,4	115	160	39,1	43	27	- 37,2	Neustadt a. d. Weinstr.
- 27,9	463	272	- 41,3	65	47	- 27,7	Pirmasens
- 15,1	967	496	- 48,7	87	83	- 4,6	Speyer
- 64,4	185	65	- 64,9	73	26	- 64,4	Worms
							Zweibrücken
- 27,3	1 612	1 223	- 24,1	579	391	- 32,5	Landkreise
- 38,3	1 574	1 127	- 28,4	475	273	- 42,5	Alzey-Worms
- 37,3	830	576	- 30,6	289	175	- 39,4	Bad Dürkheim
3,5	1 132	1 067	- 5,7	335	362	8,1	Donnersbergkreis
- 22,0	969	831	- 14,2	457	342	- 25,2	Germersheim
- 21,2	528	440	- 16,7	239	177	- 25,9	Kaiserslautern
- 17,9	1 149	852	- 25,8	391	324	- 17,1	Kusel
- 27,3	1 362	1 053	- 22,7	370	266	- 28,1	Südliche Weinstraße
- 30,9	2 198	1 487	- 32,3	418	304	- 27,3	Ludwigshafen
- 13,8	725	727	0,3	367	317	- 13,6	Mainz-Bingen
							Pirmasens
- 23,2	17 382	14 262	- 17,9	4 769	3 538	- 25,8	RB Rheinhessen-Pfalz
- 26,1	37 610	28 272	- 24,8	12 192	8 928	- 26,8	Rheinland-Pfalz
- 16,4	6 946	6 053	- 12,9	1 048	781	- 25,5	Kreisfreie Städte
- 27,2	30 664	22 219	- 27,5	11 144	8 147	- 26,9	Landkreise

nungen haben die Bauherren 518 000 m² an Fläche vorgesehen, das sind fast 30 % weniger als die Vorjahresplanungen aufwiesen (737 000 m²). Etwas geringer fällt der Produktionsverlust im Geschößwohnungsbau aus. Hier stehen für 1995 Bauleistungen von 1,23 Mill. m² zu Buche, das ist rund ein Fünftel weniger als 1994 (1,54 Mill. m²).

Durchschnittlich weist jede in 1995 genehmigte Einfamilienhauswohnung eine Wohnfläche von 145 m² auf, was auf einen hohen Komfortanspruch der Bauherren hindeutet. Je Wohnung in Zweifamilienhäusern errechnet sich ein Wert von 106 Quadratmetern. Weitaus geringer ist das durchschnittliche Raumangebot in Mietwohnungen (74 m²). Insgesamt weisen die zum Bau freigegebenen neuen Wohngebäude 123 349 Wohnräume mit mindestens sechs Quadratmetern Wohnfläche auf. 1994 waren rund 40 000 Räume mehr geplant gewesen (161 359).

Das Gesamtvolumen an zu erbringender Bauleistung für alle 16 964 Baumaßnahmen beziffert sich für 1995 im Wohnbau auf gut 3,1 Mill. m² Wohnfläche (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden). An Nutzfläche haben die Planer zusätzlich 449 000 m² in den Bauwerken vorgesehen, die zusammen 141 919 Räume aufweisen werden. In der Vorperiode wiesen die zu errichtenden Häuser einschließlich der geplanten Aus- und Umbauten 183 388 Räume mit knapp über 4 Mill. m² Wohn- und 566 000 m² Nutzfläche auf.

6,4 Mrd. DM für neue Wohngebäude, 1 Mrd. DM für Baumaßnahmen

Die veranschlagten reinen Baukosten für alle Baumaßnahmen im Wohnbau des Jahres 1995 beziffern sich auf fast 7,4 Mrd. DM, davon waren fast 1 Mrd. DM für die 5 643 vorgesehenen Um-, Aus- und Erweiterungsbaumaßnahmen vorgesehen. Im Vorjahr hatten die Gesamtinvestitionen noch bei 9,2 Mrd. DM gelegen.

Für die Errichtung neuer Wohngebäude hatten die zukünftigen Eigentümer Baukosten von knapp über 6,4 Mrd. DM veranschlagt, gut 21 % weniger als 1994 (8,2 Mrd. DM). Davon fließen 2,4 Mrd. DM in den Bau neuer Einfamilienhäuser, für Wohngebäude mit zwei Wohneinheiten waren 1,2 Mrd. DM an Finanzmitteln veranschlagt. Für die Errichtung neuer Mietwohngebäude waren 1995 Gelder in Höhe von gut 2,7 Mrd. DM vorgesehen, auf den Bau von Wohnheimgebäuden entfielen nur rund 35 Mill. DM. Die Unterteilung der Baukosten nach Gebäudearten zeigt im Vorjahresvergleich, daß der Mietwohnbau weniger stark von dem Investitionsrückgang betroffen war als der Eigenheimbau. So errechnet sich im Geschößwohnungsbau – hier wurden 1994 noch gut 3,3 Mrd. DM investiert – eine negative Veränderungsrate von 18 %. Bei Vorjahreskosten von 3,1 Mrd. DM für Einfamilienhäuser und fast 1,7 Mrd. DM für Zweifamilienhäuser beträgt die Veränderungsrate bei diesen Gebäudearten – 21 % bzw. – 27 %. Dies läßt

Baugenehmigungen und Baufertigstellungen im Wohnbau 1995 nach Gebäudearten, Wohnungen und Bauherren

Bauherr	Errichtung neuer Gebäude					Wohnungen insgesamt ²⁾
	Wohn- gebäude insgesamt	davon Wohngebäude mit ...				
		1 Wohnung	2 Wohnungen	3 und mehr Wohnungen	Wohnungen ¹⁾	
Baugenehmigungen						
Öffentliche Bauherren	9	3	–	5	40	51
Wohnungsunternehmen	1 445	612	142	688	8 431	8 767
Private Bauherren	9 846	5 870	2 294	1 681	19 599	22 952
Selbständige	2 293	996	504	792	6 964	8 072
Beamte und Angestellte	5 249	3 399	1 220	630	8 822	10 136
Arbeiter	1 614	1 083	421	110	2 346	2 900
Rentner und Pensionäre	211	124	46	41	388	535
Sonstige private Haushalte	479	268	103	108	1 079	1 309
Organisationen ohne Erwerbscharakter	21	3	4	13	202	192
Insgesamt	11 321	6 488	2 440	2 387	28 272	31 962
Baufertigstellungen						
Öffentliche Bauherren	15	6	1	7	92	105
Wohnungsunternehmen	1 616	694	218	699	8 421	8 734
Private Bauherren	11 202	6 736	2 600	1 864	21 847	25 194
Selbständige	2 376	1 037	485	853	7 272	8 279
Beamte und Angestellte	6 186	4 020	1 444	721	10 258	11 663
Arbeiter	1 856	1 257	473	126	2 675	3 240
Rentner und Pensionäre	219	132	47	40	394	529
Sonstige Private Haushalte	565	290	151	124	1 248	1 483
Organisationen ohne Erwerbscharakter	12	4	1	3	107	135
Insgesamt	12 845	7 440	2 820	2 573	30 467	34 168

1) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. – 2) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

darauf schließen, daß sich insbesondere die vorwiegend im Eigenheimbau engagierten privaten Investoren 1995 stärker zurückgehalten haben, als die gewerblichen Wohnungsbauunternehmen im Mietwohnsektor.

Eine Untergliederung der veranschlagten reinen Baukosten nach Bauherren untermauert diese These. Zwar lagen die privaten Bauherren 1995 mit Investitionen von über 4,9 Mrd. DM wie in den vergangenen Jahren absolut klar an der Spitze, investierten aber nach fast 6,5 Mrd. DM (1994) nahezu 24 % weniger in den Bau neuer Wohngebäude. Die Investitionen der Wohnungsbauunternehmen sahen 1995 gut 1,4 Mrd. DM vor, 14 % weniger als im Vorjahr, in dem sie knapp 1,7 Mrd. DM für Neubauten zu finanzieren hatten. Öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck waren mit nur 41 Mill. DM kaum (0,6 %) am Bau neuer Wohnungen beteiligt.

Unter den privaten Bauherren übten Beamte und Angestellte 1995 als stärkste Gruppe der Investoren die größte Zurückhaltung. Nach 3,3 Mrd. DM veranschlagten Baukosten im Jahre 1994 sahen ihre Bauplanungen 1995 Gebäude für 2,4 Mrd. DM vor (– 27,5 %). Auf die Berufsgruppe der Selbständigen entfielen reine Baukosten von gut 1,5 Mrd. DM, das sind 19 % weniger als 1994 (1,9 Mrd. DM). Die Wohnbauten der Arbeiter kosten 657 Mill. DM, die der Rentner und Pensionäre rund 100 Mill. DM. Für sonstige Bauherren errechnen sich Baukosten in Höhe von knapp 250 Mill. DM.

Die meisten Wohnungen im Kreis Mayen-Koblenz genehmigt

Die meisten Wohnungsbaugenehmigungen (einschl. Baumaßnahmen) wurden 1995 im Landkreis Mayen-Koblenz ausgesprochen. Hier sollen 2 048 Wohnungen entstehen. Es folgen der Westerwaldkreis (1 766 Wohnungen) knapp vor dem Landkreis Mainz-Bingen (1 738). Auf den weiteren Plätzen rangieren die Kreise Neuwied (1 581), Alzey - Worms (1 388) und Bad Dürkheim (1 338.)

Unter den kreisfreien Städten lag die Stadt Mainz mit 1 578 genehmigten Wohnungen an der Spitze. In Ludwigshafen wurde der Bau von 934 Wohnungen genehmigt, in Neustadt an der Weinstraße waren es fast ebensoviele (928). In der weiteren Folge rangieren die Städte Koblenz (720) und Trier (629) vor Worms (544) und Landau (507).

Während die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen für Wohnungen im Land um rund 23 % zurückging, sind regional sehr unterschiedliche Veränderungsraten zu beobachten. So stieg die Zahl der Baufreigaben für Wohnungen in Mainz von 1 064 im Vorjahr auf 1 578 (+ 48 %). Für Neustadt (928) wurde gegenüber 1994 (548) mit nahezu 70 % die höchste positive Veränderungsrate festgestellt.

Andernorts waren gegenüber den errechneten Einbußen für das Land noch weit höhere negative Veränderungen zu verzeichnen. Im Landkreis Bad Kreuznach (1994: 2 427 Wohnungen) wurden 1995 nur noch 956

Wohnungen genehmigt (– 61 %). Auch in dem Kreis Ahrweiler (– 37 %), dem Westerwaldkreis (– 38 %) und dem Kreis Mainz-Bingen (– 31 %) war der Rückgang der Wohnungsbautätigkeit überdurchschnittlich hoch. In den Städten Kaiserslautern (– 48 %), Trier (– 44 %) und Worms (– 46 %) war der prozentuale Rückgang der Genehmigungen etwa doppelt so hoch wie auf Landesebene.

Insgesamt wurden in den kreisfreien Städten 6 863 Wohnungen zum Bau freigegeben, rund 10 % weniger als 1994 (7 661). In den Landkreisen waren es 25 913 Einheiten, womit das Ergebnis um 26 % hinter dem des Vorjahres zurückblieb (34 995). Dem geplanten Bau aller Wohnungen lagen 20 597 Bauanträge zugrunde, 4 200 weniger als 1994 (– 17 %).

Fertighaushersteller büßten überproportional ein

Auch die Hersteller von vorgefertigten Wohnbauten konnten ihre Auftragsbücher 1995 nicht so füllen wie im Vorjahr. Insgesamt genehmigten die Aufsichtsbehörden den Bau von 920 Wohngebäuden, fast 37 % weniger als 1994 (1 456). In den neuen Gebäuden befinden sich 1 139 Wohneinheiten, das Ergebnis lag um 38 % unter dem der Vorperiode (1 828). Der Anteil der vorfabrizierten Gebäude an allen Wohngebäuden ging 1995 auf 8 % zurück, bei den Wohnungen beziffert sich der Fertigbauanteil nur noch auf 4 %.

Traditionell konzentrierten sich die Aktivitäten der Hersteller von Fertighäusern auf die Produktion von Eigenheimen. Im Jahre 1995 wurden 752 Ein- (1994: 1 148) und 142 (276) Zweifamilienhäuser genehmigt, nur 26 Gebäude wiesen eine mehrgeschossige Bauweise mit drei oder mehr Wohneinheiten auf. Es verwundert daher nicht, daß in der Sparte Fertigteilbau im Jahresvergleich noch höhere negative Veränderungsraten zu beobachten waren, als im übrigen Wohnungsbau, da dort der Geschößwohnungsbau geringere Einbußen zu verzeichnen hatte als der Eigenheimbau. So errechnet sich für vorgefertigte Einfamilienhäuser im Vergleich zum Vorjahr ein kräftiger Nachfragerückgang von fast 35 %, bei Zweifamilienhäusern hat sich das Interesse der Kunden halbiert.

Die geplante Bauproduktion der Hersteller verringerte sich 1995 von 1,1 Mill. (1994) auf 750 000 m³ Rauminhalt (– 32 %). Die neu genehmigten Wohngebäude weisen eine Wohnfläche von 131 000 m² auf, gut 33 % weniger als 1994 (197 000 m²). Die von den Bauherren veranschlagten reinen Baukosten lagen 1995 bei gut 321 Mill. DM und sanken gegenüber 1994 (457 Mill. DM) um 30 %. Je Einfamilienhaus hatten die zukünftigen Gebäudeeigentümer im Schnitt 323 100 DM an Baukosten zu tragen, vorproduzierte Zweifamilienhäuser kosteten durchschnittlich 409 100 DM. Im konventionellen Wohnbau waren die Baupreise vergleichsweise höher. Hier waren je Gebäude mit einer Wohnung 376 600 DM und je Zweifamilienhaus 495 400 DM aufzubringen. Gemessen an den veranschlagten Baukosten im Wohnneubau (6,4 Mrd. DM) sank der Marktanteil der Fertighausanbieter auf nur noch 5 % (321 Mill. DM) nachdem er 1994 bei weit höheren Genehmigungsziffern noch 5,6 % betragen hatte.

Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1986 bis 1995

Jahr	Wohnungen insgesamt ¹⁾	Davon					
		Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	Wohnungen in neu zu errichtenden				
			Nichtwohngebäuden	Wohngebäuden	davon in		
					Einfamilienhäusern	Zweifamilienhäusern	Mehrfamilienhäusern ²⁾
1986	16 421	1 230	348	14 843	6 170	4 548	4 125
1987	14 796	1 280	205	13 311	6 080	3 560	3 671
1988	14 068	1 213	290	12 565	6 728	2 654	3 183
1989	16 062	1 315	250	14 497	8 144	2 954	3 399
1990	16 650	1 064	336	15 250	7 062	2 870	5 318
1991	19 603	1 550	281	17 772	7 043	3 222	7 507
1992	20 705	1 967	389	18 349	6 820	3 146	8 383
1993	25 901	1 515	402	23 984	7 335	4 134	12 515
1994	33 447	2 773	377	30 297	8 830	5 818	15 649
1995	34 822	3 896	459	30 467	7 440	5 640	17 387

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 2) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

Geringfügig mehr Baufertigstellungen

Die überdurchschnittlichen Baugenehmigungsergebnisse der Jahre 1993 und 1994 insbesondere beim Bau neuer Mietwohnungen haben zeitversetzt in 1995 (Abwicklungsdauer zwischen erteilter Baugenehmigung und Bezugsfertigstellung) zu insgesamt mehr Baufertigstellungen geführt. So wurden 34 822 Wohnungen bezugsreif, rund 4 % mehr als 1994 (33 447). In neuen Wohngebäuden konnten 30 467 Einheiten bezogen werden, kaum mehr (+ 0,6 %) als im Vorjahr (30 297). Die übrigen Wohnungsfertigstellungen verteilen sich auf die realisierten Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (3 896 Wohnungen) und auf neue Wohnungen in Nichtwohngebäuden (459).

Die meisten bezugsreifen Einheiten waren Mietwohnungen (17 387), hinzu kommen 7 440 Einfamilienhauswohnungen und 5 640 Wohnungen in Zweifamilienhäusern. Der Vorjahresvergleich ergibt bei den Geschößwohnungen (1994: 15 649) ein Plus von gut 11 %, während die Zahl der bezugsreifen Einfamilienhäuser mit – 15,7 % stark und die der Zweifamilienhauswohnungen mit – 3 % moderat zurückging. Insgesamt konnten 12 845 Wohngebäude an die Eigentümer übergeben werden, das sind rund 1 100 Gebäude bzw. 7,6 % weniger als 1994 (13 907).

Die höchste Zahl an Baufertigstellungen seit dem Jahr 1973 (35 538 Wohnungen) hat sich positiv auf die Wohnungsversorgung der Rheinland-Pfälzer ausgewirkt. Sie stieg binnen Jahresfrist von 422 Wohnungen je 1 000 Einwohner auf 428 Wohnungen. Der gesamte Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz erhöhte sich zum 31.12.1995 auf 1 695 062 Wohnungen. Zum Bestand zählen 986 747 Wohngebäude, darunter sind 683 288 Einfamilienhäuser (69 %).

Der Wohnflächenzuwachs in neuen Wohngebäuden betrug 1995 fast 2,9 Mill. m², einschließlich der Um-, Aus- und Erweiterungsbaumaßnahmen wurden rund 3,3 Mill. m² in 151 126 Räumen bezugsreif. Den Fertigstellungen des Jahres 1995 lagen zum Zeitpunkt der erteilten Baugenehmigungen kalkulierte Baukosten von insgesamt 7,4 Mrd. DM zugrunde, davon entfielen gut 6,5 Mrd. DM auf die Errichtung neuer Wohngebäude.

Die meisten bezugsreifen Wohnungen wurden 1995 im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz gemeldet (16 704), es folgen der Bezirk Koblenz (14 052) und Trier (4 066). Gegenüber 1994 war nur im Regierungsbezirk Koblenz ein Zuwachs (+ 9 %) festzustellen, in Rheinhessen-Pfalz (– 2,3 %) und Trier (– 1,5 %) ging die Zahl der fertiggestellten Wohnungen leicht zurück. Ebenfalls unterschiedlich war die kurzfristige Entwicklung in Stadt und Land. In den kreisfreien Städten wurden 1995 insgesamt 6 168 Wohnungen bezugsreif, 17 % weniger als 1994 (7 448). Hingegen konnten in den Gebieten der Landkreise 28 654 Wohnungen ihrer zukünftigen Nutzung zugeführt werden, 2 000 Wohnungen bzw. 7 % mehr als im Vorjahr (26 672).

Fast 56 000 Wohnungen in der Bauabwicklung

Ende 1995 befanden sich in Rheinland-Pfalz 55 626 Wohnungen in der Bauabwicklung. Das sind rund 6 % weniger als am Jahresende 1994 (59 121). In neu zu errichtenden Wohngebäuden liegen 47 461 Wohneinheiten, davon waren 22 067 (47 %) bereits rohbaufertig. Mit der Errichtung von weiteren 9 875 Wohnungen war zum Jahresende bereits begonnen worden, bei 15 519 genehmigten Einheiten hatte die Bauphase noch nicht eingesetzt.

Im Überhang des Jahres 1995 befanden sich insgesamt 10 337 Einfamilienhäuser (davon 5 521 bereits unter Dach stehend) und 4 225 Zweifamilienhäuser (2 212 unter Dach). Auf Geschößwohnbauten mit drei und mehr Wohneinheiten entfielen 3 758 Meldungen mit zusammen 27 743 Wohnungen. Ende 1995 waren darunter 1 702 Gebäude mit 11 807 Wohnungen rohbaufertig. Am 31.12.1995 wurden insgesamt 18 341 geplante Wohngebäude registriert, die jedoch noch nicht bezugsreif waren.

Konjunkturverlauf zeigt nach unten, Erholung möglich

Bereits heute ist abzusehen, daß sich der Abwärtstrend des Jahres 1995 auch im Jahr 1996 – wenn auch in abgeschwächter Form – manifestieren wird. Die der-

zeitige Wohnungsbausituation ist von gegenläufigen Tendenzen der wichtigsten Einflußfaktoren geprägt. Zur Zeit überwiegen dabei in Rheinland-Pfalz wie auch im gesamten westdeutschen Wohnungsmarkt generell die kontraproduktiv wirkenden Kräfte.

Zu nennen ist der bereits erwähnte fast schlagartig verringerte Außenwanderungssaldo, der den Zusatzbedarf an Wohnraum langsamer steigen läßt und es dank der hohen Zahl der Baufertigstellungen ermöglicht, daß der Versorgungsindikator „Wohnungen je 1 000 der Bevölkerung“ (binnen Jahresfrist von 422 auf 428) wieder steigt.

Des weiteren führen gesunkene Realeinkommen und gestiegene Arbeitslosigkeit zu einer spürbaren Verringerung der Wohnkaufkraft und zu weit verbreiteter Verunsicherung bei Wohnungsinteressenten. Derzeit hohe und „nach unten“ wenig flexible fast „prohibitiv“ wirkende Grundstücks- und Immobilienpreise wirken zusätzlich als Bremsklotz für die Baukonjunktur. Ein übriges tragen verminderte Haushaltsansätze und auslaufende staatliche Förderprogramme bei, die das aggregierte Subventionsvolumen absinken lassen.

Wenig förderlich für den Wohnungsbau sind die abrupt und einseitig verringerten Abschreibungsmöglichkeiten (degressive AfA) für Mietwohnungen, bei verringertem aber weiterhin hohem Abstand zu den neuen Bundesländern. Ein weiterer Dämpfer für die Baukonjunktur ist die verschlechterte Wohneigentumsförderung (Zulage statt 10 e EStG) für Besserverdienende mit einem verringerten Vorkostenabzug. Der Katalog der Hemmnisse wird vervollständigt durch die Grundgesetzwidrigkeit der Einheitswerte für Grundbesitz, und die dadurch entstandene Unsicherheit über die künftige Besteuerung von (Grund-) Vermögen sowie Erbschaften und (zweckgebundenen) Schenkungen.

Andererseits deuten eine ganze Reihe von positiven Wohnungsbauparametern auf eine kurz- und mittelfristige Erholung der Konjunktur hin. So dürften weiter steigende Einwohnerzahlen und überproportional steigende Haushaltszahlen positiv auf die Konjunktur im Wohnbau auswirken. Niedrige Nominalzinsen für Baugeld in Erwartung realer Mietsteigerungen und eine ver-

Einflüsse auf den Wohnungsbau in der zweiten Hälfte der 90er Jahre

„Stimulierende“ Einflüsse

- ▲ Weiterhin steigende Einwohner- und überproportional steigende Haushaltszahlen
- ▲ Anhaltend starke Präferenzen für Wohnen und Wohneigentum
- ▲ Niedrige Nominalzinsen und Erwartung realer Mietsteigerungen, damit höhere Rendite- und Wertsteigerungsaussichten
- ▲ Erwartung steigender Inflationsraten
- ▲ Verbesserte Wohneigentumsförderung für „Schwellenhaushalte“ (Baukindergeld, Bausparförderung)
- ▲ Zunehmende Sparfähigkeit und hohe Vermögensübertragungen (Schenkung, Vererbung)
- ▲ Einführung der EWWU (Europäische Wirtschafts- und Währungsunion) und damit verbundenes Stabilitätsrisiko der Währung (Abwertung der Geldvermögen)
- ▲ Notwendigkeit und Bereitschaft zu zusätzlichen Alterssicherungsmaßnahmen

„Dämpfende“ Einflüsse

- ▼ Hohes Niveau der Immobilien- und Grundstückspreise insbesondere in Ballungsräumen und angrenzenden Gebieten
- ▼ Fehlende Baulandreserven
- ▼ Verringerte Abschreibungsmöglichkeiten (degressive AfA) für Mietwohnungen
- ▼ Verschlechterte Wohneigentumsförderung (Zulage statt § 10 e EStG, verringerter Vorkostenabzug, Subventionskürzungen)
- ▼ Grundgesetzwidrigkeit der Einheitswerte für Grundbesitz sowie Unsicherheit über die künftige Besteuerung von Grundvermögen

besserte Wohneigentumsförderung für „Schwellenhaushalte“ bieten zusätzliche Bauanreize.

Schließlich wird die Notwendigkeit und die Bereitschaft zu zusätzlichen Alterssicherungsmaßnahmen die Bildung von Wohneigentum zu erneutem Wachstum beitragen. Die vorgesehene Einführung der Europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion (EWWU) und das damit verbundene Stabilitätsrisiko für den Geldwert wird die Schaffung von Sachwerten und damit den Wohnungsbau begünstigen.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Handel im Kammerbezirk Koblenz

Einzelhandelsverkaufsfläche über dem Landesdurchschnitt – Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 –

Anläßlich der konstituierenden Sitzung des Handelausschusses der Industrie- und Handelskammer Koblenz am 12. Juni 1996 referierte der Autor über Struktur und Entwicklung des Handels im Kammerbezirk Koblenz. Dem Vortrag, der hier abgedruckt wird, liegen Arbeitsergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung (HGZ) 1993 zugrunde, die sich auf den Einzelhandel, den Kraftfahrzeughandel, den Tankstellensektor sowie den Großhandel und die Handelsvermittlung beziehen.

Totalzählungen im Handel und Gastgewerbe sind für die amtliche Statistik schon seit geraumer Zeit eine Herausforderung, nicht zuletzt aufgrund der hohen Fluktuation der Betriebe sowie der vorwiegend kleibetrieblichen und mittelständischen Struktur in diesem insgesamt sehr bedeutenden Wirtschaftssektor. In Rheinland-Pfalz und im früheren Bundesgebiet wurde bereits der fünfte Handelszensus durchgeführt. In den neuen Bundesländern fand diese Handels- und Gaststättenzählung zum ersten Mal statt.

Handel im Kammerbezirk Koblenz 1985 und 1993 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschafts- abteilung	Arbeitsstätten			Beschäftigte			Umsatz		
	1985 ¹⁾	1993	Veränderung	1985 ¹⁾	1993	Veränderung	1984 ¹⁾	1992	Veränderung
	Anzahl		%	Anzahl		%	1 000 DM		%
Großhandel	2 544	2 718	6,8	20 158	24 728	22,7	9 907 808	13 753 703	38,8
Handelsvermittlung	978	1 224	25,2	1 903	2 157	13,3	133 082	158 926	19,4
Einzelhandel	8 999	9 749	8,3	43 808	51 147	16,8	8 138 600	11 606 995	42,6
Kraftfahrzeughandel	604	1 145	89,6	3 736	8 537	128,5	1 241 257	4 590 084	269,8
Tankstellen	326	262	- 19,6	1 201	1 229	2,3	209 738	199 211	- 5,0
Handel	13 451	15 098	12,2	70 806	87 798	24,0	19 630 485	30 308 919	54,4

1) Wirtschaftssystematische Zuordnung gemäß WZ '93.

Im Gegensatz zur Unternehmensdarstellung, die nur Arbeitsstätten von Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz umfaßt, werden bei den hier vorgelegten Ergebnissen alle rheinland-pfälzischen Arbeitsstätten des Handels und Gastgewerbes, unabhängig vom jeweiligen Unternehmenssitz, nachgewiesen. Nicht berücksichtigt sind Unternehmen mit weniger als 25 000 DM Umsatz im Geschäftsjahr 1992. Von der Zählung ausgenommen sind im Ausland gelegene Arbeitsstätten sowie land- und forstwirtschaftliche Unternehmensteile. Die Zuordnung der Unternehmen und Arbeitsstätten zum Handel oder Gastgewerbe erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt, wobei solche Einheiten nicht berücksichtigt werden, die in geringem Umfang Handel oder Gastgewerbe ausüben, ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt aber in einem anderen Wirtschaftsbereich haben. Arbeitsstätten, die überwiegend unternehmensinterne Dienstleistungen erbringen (Lager, Verwaltung) oder ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt außerhalb des Erhebungsbereichs haben, werden mit ihren Angaben nicht berücksichtigt. Schwerpunktverlagerungen großer Unternehmen innerhalb des Handels, beispielsweise vom Einzelhandel zum Großhandel oder umgekehrt, können bereits auf Landesebene und noch mehr bei stärkerer Regionalisierung zu Veränderungsdaten führen, welche in keiner Weise die allgemeine Entwicklung einer Branche widerspiegeln.

Die wirtschaftssystematische Darstellung der Ergebnisse der HGZ 1993 erfolgt nach der neuen nationalen Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93), die aus der EU-einheitlichen NACE abgeleitet ist. Die Umstellung auf die neue Wirtschaftszweigsystematik erschwert den Vergleich mit früheren Handelszensen.

Vier von zehn Einwohnern des Kammerbezirks Koblenz leben in einer Gemeinde mit weniger als 2 000 Einwohnern

Im Geschäftsbereich der Industrie- und Handelskammer Koblenz – dieser Kammerbezirk ist identisch mit dem Regierungsbezirk Koblenz – leben heute fast 1,5 Mill. Einwohner (Anteil an Rheinland-Pfalz: 37,4 %). Mit 183 Einwohnern je Quadratkilometer Fläche liegt die Bevölkerungsdichte knapp unter dem Landesdurchschnitt von 199 Einwohnern je Quadratkilometer. Der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz hat bei fast 2 Mill.

Einwohnern (Anteil: 49,9 %) eine Dichte von 289. Der Regierungsbezirk Trier hat bei über 500 000 Einwohnern (Anteil: 12,7 %) eine Bevölkerungsdichte von 102.

Von den 1 111 Gemeinden im Regierungsbezirk Koblenz haben drei Viertel (823 Gemeinden) weniger als 1 000 Einwohner. 17 Gemeinden haben 10 000 Einwohner und mehr. Vier von zehn Einwohnern (38 %) leben in einer Gemeinde mit weniger als 2 000 Einwohnern.

15 098 Handelsbetriebe mit 87 798 Beschäftigten

Im Frühjahr 1993 wurden im Kammerbezirk Koblenz 15 098 Handelsbetriebe mit zusammen 87 798 Beschäftigten gezählt. Im Einzel- und Großhandel, im Kfz-Handel und an Tankstellen sowie in der Handelsvermittlung wurde im Geschäftsjahr 1992 ein Umsatz in Höhe von 30,3 Mrd. DM erzielt. Die Zahl der Arbeitsstätten im Handel lag um annähernd 1 650 über dem Stand von 1985, was einer Zunahme von 12 % entspricht. Die Zahl der tätigen Personen konnte von 1985 auf 1993 um fast 17 000 erhöht werden, was einem Zuwachs um 24 % gleichkommt. Die Umsätze expandierten in diesem Zeitraum nominal um 10,7 Mrd. DM (+ 54 %).

Einzelhandel: 95 % der Einwohner mit einem Geschäft am Wohnort

In den 1 111 Gemeinden des Kammerbezirks gibt es 9 749 Einzelhandelsgeschäfte. Von den gut 1,45 Mill. Einwohnern Mitte 1993 wohnen 1,38 Mill. oder 95 % in einer Gemeinde mit mindestens einem Einzelhandelsgeschäft (Arbeitsstätten mit Schwerpunkt im Einzelhandel). 865 Lebensmittelfachgeschäfte und 1 539 Anbieter von Waren verschiedener Art, die ebenfalls Nahrungsmittel in ihrem Sortiment führen, versorgen über 1,2 Mill. Einwohner (84 %) des Kammerbezirks an ihrem Wohnort mit Grundnahrungsmitteln.

Für 904 213 Bürgerinnen und Bürger (62 %) stehen am Ort 707 Apotheken sowie Geschäfte mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln zur Verfügung. Annähernd 5 200 Händler bieten ihren Kunden Textilien, Bekleidung, Schuhe, Elektroartikel und

vieles mehr an. Auf diese vielfältige Produktpalette können beinahe 1,25 Mill. Menschen (86 %) in ihren Heimatorten zurückgreifen.

Mehr als 51 000 Beschäftigte im Einzelhandel

Im Kammerbezirk Koblenz wurden im Frühjahr 1993 insgesamt 9 749 Betriebe des Einzelhandels mit zusammen 51 147 tätigen Personen gezählt. Das ergibt einen Durchschnitt von 5,2 Arbeitskräften je Betrieb. Damit lag die Zahl der Arbeitsstätten im Einzelhandel um 750 über dem Stand von 1985, was einer Zunahme von 8,3 % entspricht. Die Zahl der tätigen Personen konnte von 1985 auf 1993 um mehr als 7 300 erhöht werden, womit ein Zuwachs um 17 % realisiert wurde.

Das meiste Personal je Arbeitsstätte beschäftigt der nicht spezialisierte Einzelhandel mit Waren verschiedener Art. Hierbei sind vor allem die Warenhäuser (Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nicht-Nahrungsmittel – in Verkaufsräumen –) zu nennen, die durchschnittlich 29 Beschäftigte je Arbeitsstätte auf sich vereinigen. Die Warenhäuser des Kammerbezirks erzielen mit fast 7,2 Mill.DM auch den mit Abstand höchsten Umsatz je Arbeitsstätte. Relativ hohe Beschäftigtenzahlen je Arbeitsstätte weisen zudem SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte (Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungsmittel – in Verkaufsräumen –) aus. 6,9 % (Rheinland-Pfalz: 7,7 %) der im Einzelhandel tätigen Personen arbeiten nicht in Verkaufsräumen (ambulanten Handel, Verkaufsstände, Märkte, Versandhandel, Lagerverkauf).

Bei einer Geschäftsfläche von annähernd 3,1 Mill. Quadratmetern, hiervon waren 61 % bzw. 1,9 Mill. Quadratmeter Verkaufsfläche, erwirtschafteten die Einzelhändler im Bereich der IHK Koblenz einen Umsatz von 11,6 Mrd.DM. Je Arbeitsstätte ergibt sich ein Durch-

schnittsbetrag von 1,2 Mill. DM, je Beschäftigten von 227 000 DM. Vom Geschäftsjahr 1984 bis zum Geschäftsjahr 1992 konnten die Umsätze nominal um 3,5 Mrd.DM oder 43 % ausgeweitet werden. Pro Quadratmeter Geschäftsfläche wurde im Einzelhandel ein Umsatz von 3 800 DM erzielt. Diese Verhältnisswerte differieren innerhalb der einzelnen Branchen mitunter sehr deutlich. Die höchsten Umsätze je Quadratmeter Geschäftsfläche erzielen auch im Kammerbezirk Koblenz beispielsweise die 398 Apotheken mit 12 700 DM.

Günstige Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung in den Landkreisen

Während in der kreisfreien Stadt Koblenz die Einzelhandelsumsätze seit Mitte der 80er Jahre um 37 % auf 1,8 Mrd.DM anwachsen, erzielen die zehn Landkreise ein durchschnittliches Umsatzplus von 44 %. Beispielshaft kann hier auf die überdurchschnittliche Umsatzentwicklung in den Landkreisen Cochem-Zell (497,2 Mill.DM; + 70 %), Mayen-Koblenz (1,5 Mrd.DM; + 67 %), Rhein-Hunsrück (721,8 Mill.DM; + 63 %), Neuwied (1,4 Mrd.DM; + 52 %), Rhein-Lahn (885,2 Mill.DM; + 52 %) und Ahrweiler (753,6 Mill.DM; + 50 %) hingewiesen werden. Darüber hinaus weisen die Landkreise auch eine sehr viel günstigere Beschäftigtenentwicklung auf als das Oberzentrum Koblenz. Andererseits behauptet Koblenz im Vergleich mit den vier anderen rheinland-pfälzischen Oberzentren Trier, Kaiserslautern, Ludwigshafen und Mainz das höchste Umsatzwachstum im Einzelhandel. Bei der Beschäftigtenentwicklung liegen alle rheinland-pfälzischen Oberzentren deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

16 661 DM Umsatz je Einwohner in Koblenz

Für den gesamten Kammerbezirk läßt sich ein Einzelhandelsumsatz von 8 093 DM je Einwohner errechnen (Rheinland-Pfalz: 8 258 DM). Die Stadt Koblenz weist

Versorgungsgrad der Bevölkerung an ihrem Wohnort mit Einzelhandelsbetrieben im Kammerbezirk Koblenz und in Rheinland-Pfalz

Einzelhandel mit (in) ...	Kammerbezirk Koblenz			Rheinland-Pfalz		
	Arbeitsstätten	An ihrem Wohnort versorgte Bevölkerung ¹⁾		Arbeitsstätten	An ihrem Wohnort versorgte Bevölkerung ²⁾	
		Anzahl	%		Anzahl	%
Insgesamt (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)	9 749	1 380 932	95,0	25 181	3 754 204	96,2
Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	1 539	1 222 835	84,1	3 733	3 423 838	87,7
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	865	1 001 846	68,9	2 447	3 019 054	77,3
Apotheken; medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)	707	904 213	62,2	1 937	2 805 304	71,9
Sonstigen Waren, Antiquitäten und Gebrauchsgüter (in Verkaufsräumen)	5 193	1 246 965	85,8	13 251	3 463 730	88,7
Sonstigen Waren (nicht in Verkaufsräumen)	1 445	1 177 253	81,0	3 813	3 302 399	84,6

1) Bevölkerung im Kammerbezirk Koblenz insgesamt am 30.6.1993: 1 453 462. – 2) Bevölkerung in Rheinland-Pfalz insgesamt am 30. 6. 1993: 3 903 696.

Eckdaten und Kennziffern im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) des Kammerbezirks Koblenz nach Wirtschaftsklassen

Wirtschaftsklasse Einzelhandel / Facheinzelhandel mit / in ...		Umsatz 1992	Geschäfts- fläche am 30.4. 1993	Umsatz je			
				Beschäf- tigten	m² Geschäfts- fläche	Ein- wohner¹)	Arbeits- stätte
		1 000 DM	m²	1 000 DM	DM		
52 11	Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	4 069 661	735 600	320,5	5 532	2 838	2 999 013
52 12	sonstigen Waren verschiedener Art	664 981	201 100	224,1	3 307	464	3 653 742
52 21	Obst, Gemüse, Kartoffeln	25 149	6 600	100,6	3 810	18	254 030
52 22/23	Fleisch, Fleischwaren, Geflügel, Wild, Fisch, Fischerzeugnissen	78 010	53 800	107,0	1 450	54	586 541
52 24	Back- und Süßwaren	29 929	5 400	101,5	5 542	21	364 988
52 25	Getränken	131 421	58 700	162,2	2 239	92	432 306
52 26	Tabakwaren	99 556	10 700	184,4	9 304	69	541 065
52 27	sonstigen Nahrungsmitteln	23 078	4 600	120,2	5 017	16	366 317
52 31	Apotheken	765 623	60 100	249,6	12 739	534	1 923 676
52 32	medizinischen u. orthopädischen Artikeln	39 274	5 300	188,8	7 410	27	1 033 526
52 33	kosmetischen Artikeln und Körper- pflegemitteln	253 078	54 500	190,7	4 644	176	933 867
52 41	Textilien	31 776	12 600	97,8	2 522	22	262 612
52 42	Bekleidung	1 154 877	288 200	162,6	4 007	805	923 902
52 43	Schuhen, Lederwaren	275 457	73 300	155,7	3 758	192	773 756
52 44	Möbeln, Einrichtungsgegenständen, Hausrat	738 846	466 600	244,2	1 583	515	1 440 246
52 45	elektr. Haushalts-, Rundfunk- und Fernseh- geräten sowie Musikinstrumenten	494 497	98 200	224,0	5 036	345	1 038 859
52 46	Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	855 848	380 800	319,8	2 248	597	2 211 494
52 47	Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreib- waren und Bürobedarf	134 661	23 900	149,3	5 634	94	690 569
52 48/50	sonstigen Waren a.n.g., Antiquitäten und Gebrauchtwaren (in Verkaufsräumen)	961 850	339 000	147,4	2 837	671	507 573
52 61	Versandhandel	157 354	46 300	235,2	3 399	110	1 015 187
52 62	Waren an Verkaufsständen u. auf Märkten	73 599	15 700	82,5	4 688	51	166 514
52 63	sonst. Waren (nicht in Verkaufsräumen)	548 470	124 300	278,7	4 412	382	646 781
52	Einzelhandel insgesamt	11 606 995	3 065 300	226,9	3 787	8 093	1 190 583

1) Bevölkerungszahl am 30. 6. 1992 = 1 434 146 Einwohner.

mit 16 661 DM je Einwohner mehr als das Doppelte aus und wird im Vergleich der rheinland - pfälzischen kreisfreien Städte nur von Landau in der Pfalz (17 385 DM) übertroffen. Unter den Landkreisen zeigt sich für den Verwaltungsbezirk Neuwied mit 8 257 DM je Einwohner die höchste Kennziffer. Im Kammerbezirk Koblenz liegt nur der Landkreis Ahrweiler mit 6 306 DM je Einwohner unter dem rheinland - pfälzischen Landkreisdurchschnitt.

Darüber hinaus bietet eine Untergliederung nach Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden weitergehende Erkenntnisse. So läßt sich etwa in den Verbandsgemeinden Weißenthurm (16 262 DM), Simmern (15 432 DM) und Betzdorf (13 111 DM) ein sehr hoher Umsatz je Einwohner erkennen. Die niedrigsten Umsatzkennziffern wurden hingegen in den Verbandsgemeinden Bad Kreuznach (1 061 DM), Kirn-Land (1 724 DM), Altenahr (1 855 DM), Mayen-Land (2 066 DM), Braubach (2 158 DM) und Herrstein (2 383 DM) ermittelt. Von den verbandsfreien Gemeinden sei auf die Städte Mayen (18 507 DM), Cochem (18 066 DM), Bad Kreuznach (14 629 DM), Idar-Oberstein (13 654 DM) und Lahnstein (13 025 DM) verwiesen, wo hohe Umsätze je Einwohner getätigt wurden. Von den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern sind zudem die hohen

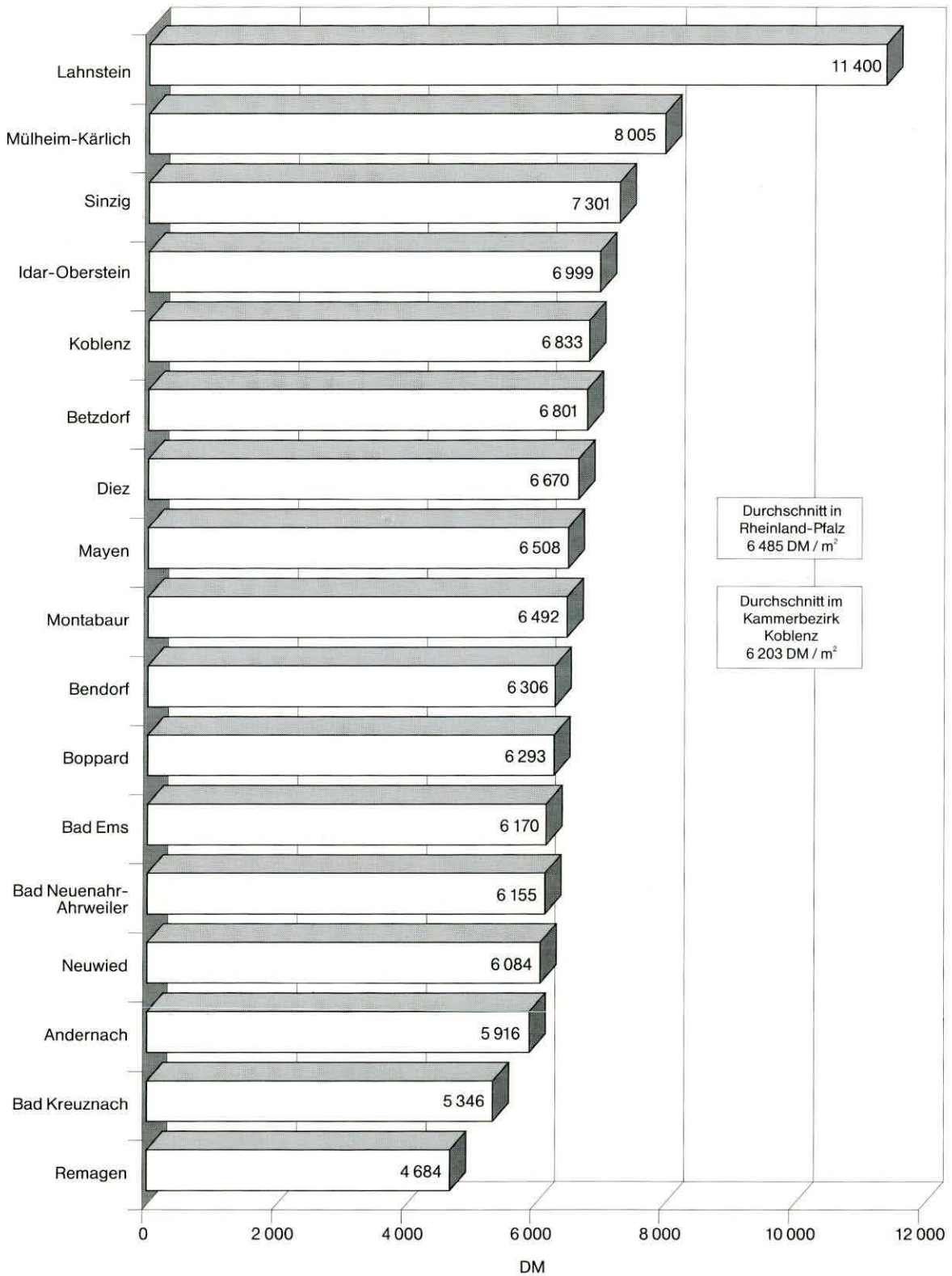
Kennziffern in den verbandsangehörigen Kommunen Mülheim-Kärlich (41 121 DM), Diez (19 232 DM) und Betzdorf (18 995 DM) bemerkenswert.

Bei diesen stärker regionalisierten Daten ist jedoch grundsätzlich immer zu berücksichtigen, daß in den großen Zentren und attraktiven Einkaufsgebieten auch die Bevölkerung der umliegenden Regionen einkauft, die beim Umsatz je Einwohner nicht berücksichtigt werden konnte.

Versorgung mit Verkaufsfläche ist besser als im Landesdurchschnitt

Auch die Versorgung der Verbraucher mit Einzelhandelsverkaufsfläche ist im Kammerbezirk sehr unterschiedlich: Während für 1 000 Einwohner im gesamten Geschäftsbereich der IHK Koblenz durchschnittlich 1 287 Quadratmeter Verkaufsfläche zur Verfügung stehen, sind es im Rhein-Lahn-Kreis nur 919, im Landkreis Neuwied 1 399 und in der Stadt Koblenz 2 432 Quadratmeter. Von allen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern haben Mülheim-Kärlich (5 080), Diez (2 847) und Mayen (2 831) die höchsten Versorgungsgrade. Auf Verbandsgemeindeebene streut diese Versorgungsziffer von lediglich 152 Quadratmetern

Handels- und Gaststättenzählung 1993
Umsatz je Quadratmeter Verkaufsfläche im Einzelhandel in Gemeinden
mit mehr als 10 000 Einwohnern



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verkaufsfläche ¹⁾ je Einwohner 1993 im Einzelhandel
im Kammerbezirk Koblenz nach Verwaltungsbezirken



1) Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung (HGZ) 1993.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einzelhandelsumsatz¹⁾ je Einwohner 1992
im Kammerbezirk Koblenz nach Verwaltungsbezirken



1) Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung (HGZ) 1993.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Kraftfahrzeughandel und Tankstellen im Kammerbezirk Koblenz 1985 und 1993 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Arbeitsstätten			Beschäftigte			Umsatz		
	1985 ¹⁾	1993	Veränderung	1985 ¹⁾	1993	Veränderung	1984 ¹⁾	1992	Veränderung
	Anzahl		%	Anzahl		%	1 000 DM		%
Kfz-Handel									
Kammerbezirk Koblenz	604	1 145	89,6	3 736	8 537	128,5	1 241 257	4 590 084	269,8
Koblenz, kreisfreie Stadt	57	93	63,2	593	1 500	153,0	428 844	1 335 199	211,3
Landkreis Ahrweiler	41	63	53,7	251	441	75,7	55 557	198 955	258,1
Landkreis Altenkirchen (Ww)	61	93	52,5	411	590	43,6	105 973	293 569	177,0
Landkreis Bad Kreuznach	46	107	132,6	195	610	212,8	48 133	255 160	430,1
Landkreis Birkenfeld	50	86	72,0	293	518	76,8	64 137	234 033	264,9
Landkreis Cochem-Zell	16	39	143,8	69	238	244,9	12 562	111 828	790,2
Landkreis Mayen-Koblenz	86	160	86,0	588	1 028	74,8	192 347	475 773	147,4
Landkreis Neuwied	80	167	108,8	343	1 203	250,7	77 165	578 003	649,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	44	94	113,6	224	503	124,6	59 981	194 155	223,7
Rhein-Lahn-Kreis	52	85	63,5	330	682	106,7	75 126	346 833	361,7
Westerwaldkreis	71	158	122,5	439	1 224	178,8	121 432	566 577	366,6
Tankstellen									
Kammerbezirk Koblenz	326	262	- 19,6	1 201	1 229	2,3	209 738	199 211	- 5,0
Koblenz, kreisfreie Stadt	29	16	- 44,8	128	89	- 30,5	10 612	27 135	155,7
Landkreis Ahrweiler	33	30	- 9,1	154	142	- 7,8	40 260	20 839	- 48,2
Landkreis Altenkirchen (Ww)	36	34	- 5,6	108	117	8,3	29 418	20 668	- 29,7
Landkreis Bad Kreuznach	22	16	- 27,3	112	95	- 15,2	18 274	23 915	30,9
Landkreis Birkenfeld	17	7	- 58,8	50	29	- 42,0	8 188	9 166	11,9
Landkreis Cochem-Zell	16	15	- 6,3	45	52	15,6	6 227	5 473	- 12,1
Landkreis Mayen-Koblenz	50	37	- 26,0	169	172	1,8	22 999	15 813	- 31,2
Landkreis Neuwied	25	27	8,0	75	169	125,3	9 009	20 673	129,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	23	19	- 17,4	109	102	- 6,4	29 140	21 660	- 25,7
Rhein-Lahn-Kreis	26	18	- 30,8	94	91	- 3,2	13 143	11 544	- 12,2
Westerwaldkreis	49	43	- 12,2	157	171	8,9	22 470	22 325	- 0,6

1) Wirtschaftssystematische Zuordnung gemäß WZ '93.

Verkaufsfläche auf 1 000 Einwohner in der Verbandsgemeinde Bad Kreuznach und 191 in der Verbandsgemeinde Braubach bis zu überdurchschnittlichen Werten in den Verbandsgemeinden Simmern (2 160), Betzdorf (2 080) und Weißenthurm (1 994). Die im Durchschnitt kleinsten Einzelhandelsgeschäfte, gemessen an der Verkaufsfläche je Arbeitsstätte, sind in den Verbandsgemeinden Braubach (46 Quadratmeter je Arbeitsstätte), Altenahr (51), Bad Kreuznach (57), Brohlthal (73), Vallendar (75) und Gebhardshain (76) zu finden.

Dort, wo ein relativ hoher Umsatz je Einwohner auf eine Unterversorgung mit Verkaufsfläche trifft, sind die Chancen für weitere interessante Standorte im Einzelhandel am besten bzw. dort kann vorhandene Kaufkraft durch die gezielte Expansion des bereits etablierten Einzelhandels am besten genutzt werden.

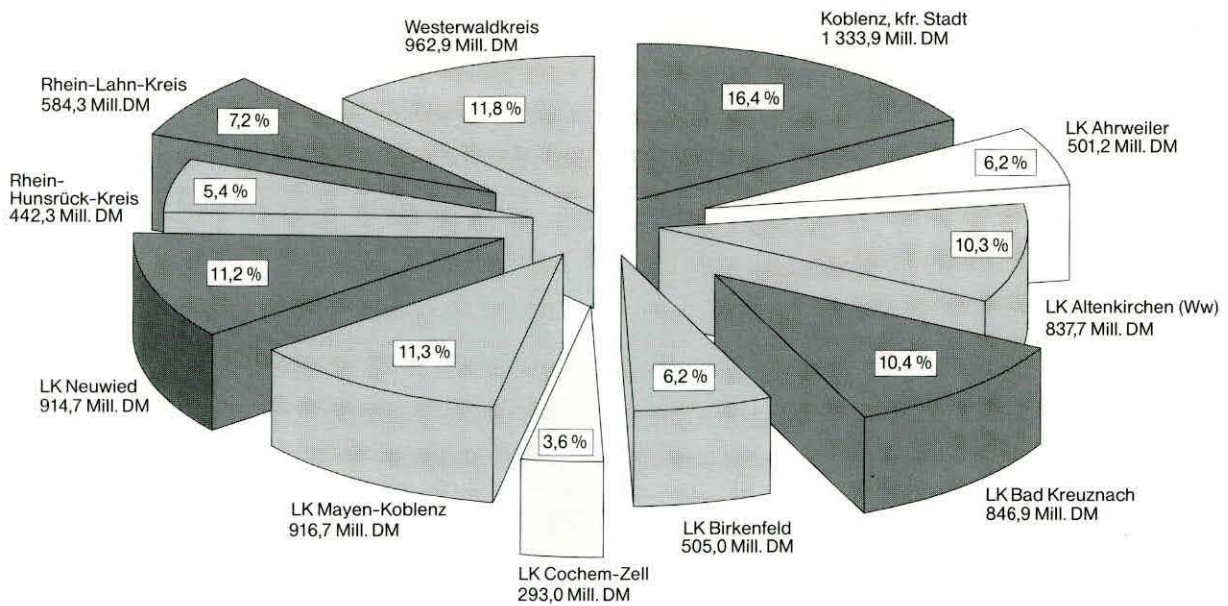
Quadratmeterumsätze als Kennziffer für die Raumleistung

Angesichts hoher und weiter steigender Ladenmieten insbesondere in bevorzugten Lagen muß aus dem vorhandenen Geschäftsraum eine möglichst hohe Rendite erzielt werden, um den Kostenanteil der Miete tragbar zu gestalten. Die Mietkostenlastquote, also das Verhältnis von Quadratmetermiete zu Quadratmeterumsatz, infor-

miert den Kaufmann darüber, wie sich Kosten und Nutzen des Raumes zueinander verhalten und über die Jahre hinweg entwickeln. Als Motiv für einen möglichst hohen Umsatz je Quadratmeter Verkaufsfläche können natürlich auch noch andere relevante Kostenarten (z. B. Raumpflege, Heizung, Strom, Wasser) in die Betrachtung einbezogen werden.

Aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen sollte in einem Einzelhandelsbetrieb die gesamte Geschäftsfläche unter Abwägung der Kunden- und Mitarbeiterbedürfnisse so auf die einzelnen Nutzungsarten des Geschäftsraumes aufgeteilt werden, daß der Umsatz optimiert werden kann. Verkaufs-, Lager-, Versand-, Büro- und Sozialräume sowie Werkstätten sollen rationelle Arbeitsabläufe ermöglichen. Unter Berücksichtigung einer verkaufsaktiven Warenanordnung, die beim Kunden den Kaufanreiz erhöhen soll, finden nur im Verkaufsraum Präsentation, Warenauswahl und kritische Prüfung, Beratung und Verkauf statt. Nebenräume haben dienende und unterstützende Funktion. Dem Verkaufsraum sollte daher ein vergleichsweise großer Anteil an der gesamten Geschäftsfläche zukommen. Während durchschnittlich 61 % der Einzelhandelsge-
schäftsfläche im Kammerbezirk Koblenz als Verkaufsfläche genutzt wird, variiert dieser Anteil im stationären Handel von Wirtschaftsgruppe zu Wirtschaftsgruppe zwischen 37 und 71 % verhältnismäßig stark. Für den einzelnen Händler ist es aus Vergleichsgründen wichtig

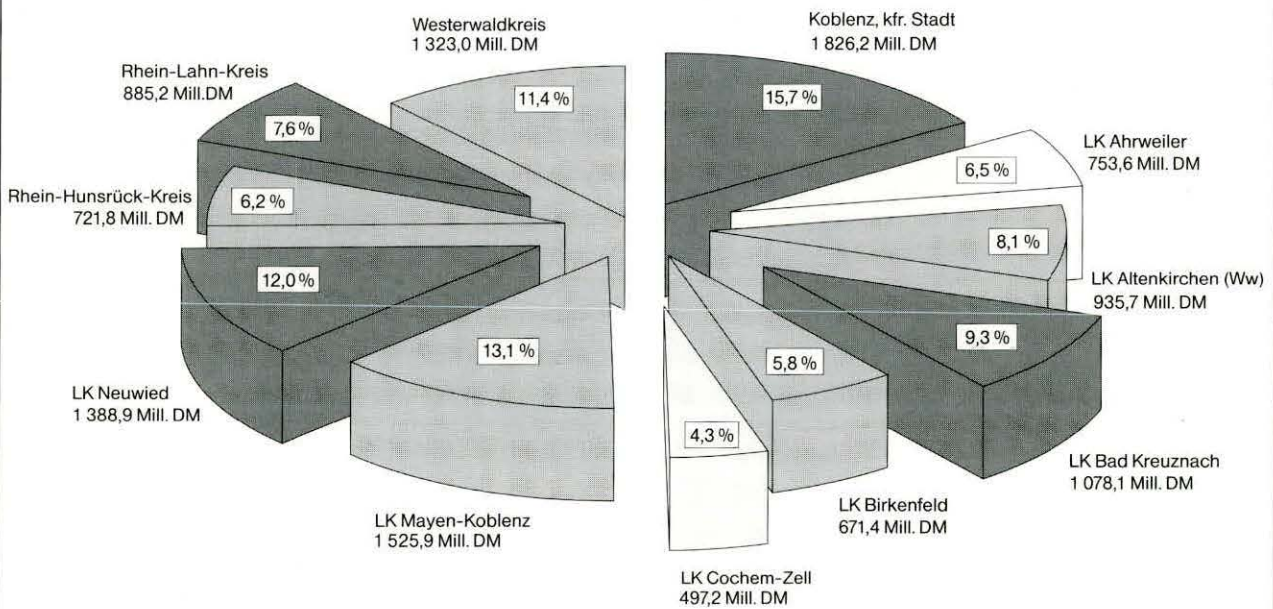
Einzelhandel im Kammerbezirk Koblenz 1984 Umsatzanteile der Verwaltungsbezirke



Kammerbezirk Koblenz insgesamt: 8 138,6 Mill. DM

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einzelhandel im Kammerbezirk Koblenz 1992 Umsatzanteile der Verwaltungsbezirke



Kammerbezirk Koblenz insgesamt: 11 607,0 Mill. DM

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Eckdaten und Kennziffern im Einzelhandel des

Verwaltungsbezirk	Arbeits- stätten	Be- schäftigte	Verkaufs- fläche	Bevölkerung am 30. 6. 1993	Verkaufsfläche je		Einwohner ¹⁾ je	
	am 30. 4. 1993				1 000 Einwohner ¹⁾	Arbeits- stätte	Arbeits- stätte	1 000 m ² Verkaufs- fläche
	Anzahl		m ²	Anzahl	m ²	Anzahl		
Kammerbezirk Koblenz	9 749	51 147	1 871 071	1 453 462	1 287	192	149	777
Koblenz, kreisfreie Stadt	935	7 376	267 253	109 881	2 432	286	118	411
Landkreis Ahrweiler	824	3 841	134 091	121 140	1 107	163	147	903
VG Adenau	94	512	25 441	13 866	1 835	271	148	545
VG Altenahr	59	155	2 989	11 205	267	51	190	3 749
VG Bad Breisig	80	375	14 007	12 220	1 146	175	153	872
VG Brohlthal	93	299	6 794	17 177	396	73	185	2 528
Landkreis Altenkirchen (Ww)	846	4 173	152 463	131 631	1 158	180	156	863
VG Altenkirchen (Ww)	175	859	36 253	20 977	1 728	207	120	579
VG Betzdorf	141	883	33 838	16 268	2 080	240	115	481
VG Daaden	67	286	9 983	11 970	834	149	179	1 199
VG Flammersfeld	55	192	6 146	10 681	575	112	194	1 738
VG Gebhardshain	56	217	4 265	10 553	404	76	188	2 474
VG Hamm (Sieg)	57	242	9 309	12 052	772	163	211	1 295
VG Kirchen (Sieg)	146	689	23 330	25 926	900	160	178	1 111
VG Wissen	101	560	20 889	15 628	1 337	207	155	748
Landkreis Bad Kreuznach	930	5 029	186 432	153 296	1 216	200	165	822
VG Bad Kreuznach	22	64	1 246	8 187	152	57	372	6 571
VG Bad Münster am Stein	54	232	6 024	11 244	536	112	208	1 867
VG Kirn-Land	37	151	4 492	10 379	433	121	281	2 311
VG Langenlonsheim	48	282	7 316	12 525	584	152	261	1 712
VG Meisenheim	58	299	11 799	8 886	1 328	203	153	753
VG Rüdesheim	106	361	8 168	22 982	355	77	217	2 814
VG Sobornheim	102	461	13 205	18 509	713	129	181	1 402
VG Stromberg	46	143	4 719	9 105	518	103	198	1 929
Landkreis Birkenfeld	599	2 987	103 800	89 580	1 159	173	150	863
VG Baumholder	54	217	6 686	10 948	611	124	203	1 637
VG Birkenfeld	106	455	18 862	19 390	973	178	183	1 028
VG Herrstein	82	250	8 644	17 392	497	105	212	2 012
VG Rhauen	40	141	3 301	7 675	430	83	192	2 325
Landkreis Cochem-Zell	427	2 237	100 605	64 580	1 558	236	151	642
VG Cochem-Land	50	186	11 159	10 785	1 035	223	216	966
VG Kaisersesch	50	316	16 104	11 231	1 434	322	225	697
VG Ulmen	71	320	16 733	10 468	1 598	236	147	626
VG Treis-Karden	54	251	11 647	9 314	1 250	216	172	800
VG Zell (Mosel)	106	709	27 423	17 144	1 600	259	162	625
Landkreis Mayen-Koblenz	1 241	6 366	227 716	199 595	1 141	183	161	877
VG Pellenz	78	345	12 230	15 480	790	157	198	1 266
VG Maifeld	97	387	9 564	18 558	515	99	191	1 940
VG Mayen-Land	67	214	6 633	16 311	407	99	243	2 459
VG Mendig	85	309	11 825	12 551	942	139	148	1 061
VG Rhens	47	154	3 691	8 336	443	79	177	2 258
VG Untermosel	92	318	10 051	17 408	577	109	189	1 732
VG Vallendar	92	295	6 927	15 599	444	75	170	2 252
VG Weißenthurm	160	1 225	60 519	30 353	1 994	378	190	502
Landkreis Neuwied	1 211	6 269	239 451	171 205	1 399	198	141	715
VG Asbach	120	550	26 114	18 793	1 390	218	157	720
VG Bad Honningen	67	308	8 781	12 258	716	131	183	1 396
VG Dierdorf	85	354	12 830	9 628	1 333	151	113	750
VG Linz am Rhein	136	554	14 185	16 855	842	104	124	1 188
VG Puderbach	66	276	12 479	12 954	963	189	196	1 038
VG Rengsdorf	84	293	8 630	15 107	571	103	180	1 751
VG Unkel	70	322	16 497	11 939	1 382	236	171	724
VG Waldbreitbach	47	158	4 188	8 623	486	89	183	2 059
Rhein-Hunsrück-Kreis	635	3 243	125 417	100 012	1 254	198	157	797
VG Emmelshausen	85	416	12 626	13 703	921	149	161	1 085
VG Kastellaun	94	412	17 034	13 908	1 225	181	148	816
VG Kirchberg (Hunsrück)	108	470	27 801	19 874	1 399	257	184	715
VG Rheinböllen	32	116	4 300	9 070	474	134	283	2 109
VG St. Goar-Oberwesel	91	391	11 598	9 994	1 160	127	110	862
VG Simmern (Hunsrück)	107	995	37 285	17 261	2 160	348	161	463

1) Bevölkerung am 30. 6. 1993. – 2) Bevölkerung am 30. 6. 1992.

Kammerbezirks Koblenz nach Verwaltungsbezirken

Umsatz 1992	Bevölkerung am 30. 6.		Umsatz je				Verwaltungsbezirk
			Beschäftigten	m² Ver- kaufsfläche	Ein- wohner ²⁾	Arbeits- stätte	
	1992	1995					
1 000 DM	Anzahl		1 000 DM	DM			
11 606 995	1 434 146	1 481 341	226,9	6 203	8 093	1 190 583	Kammerbezirk Koblenz
1 826 190	109 611	109 250	247,6	6 833	16 661	1 953 144	Koblenz, kreisfreie Stadt
753 624	119 505	124 333	196,2	5 620	6 306	914 592	Landkreis Ahrweiler
104 046	13 868	14 170	203,2	4 090	7 503	1 106 872	VG Adenau
20 473	11 038	11 378	132,1	6 849	1 855	347 000	VG Altenahr
58 450	12 002	12 673	155,9	4 173	4 870	730 625	VG Bad Breisig
50 796	17 012	17 504	169,9	7 477	2 986	546 194	VG Brohlthal
935 704	129 780	134 142	224,2	6 137	7 210	1 106 033	Landkreis Altenkirchen (Ww)
203 394	20 617	21 917	236,8	5 610	9 865	1 162 251	VG Altenkirchen (Ww)
212 378	16 199	16 506	240,5	6 276	13 111	1 506 227	VG Betzdorf
58 402	11 881	12 066	204,2	5 850	4 916	871 672	VG Daaden
37 451	10 426	11 124	195,1	6 094	3 592	680 927	VG Flammersfeld
28 865	10 297	10 830	133,0	6 768	2 803	515 446	VG Gebhardshain
50 657	11 779	12 378	209,3	5 442	4 301	888 719	VG Hamm (Sieg)
165 620	25 695	26 100	240,4	7 099	6 446	1 134 384	VG Kirchen (Sieg)
113 239	15 369	15 743	202,2	5 421	7 368	1 121 178	VG Wissen
1 078 131	151 763	154 983	214,4	5 783	7 104	1 159 281	Landkreis Bad Kreuznach
8 468	7 978	8 313	132,3	6 796	1 061	384 909	VG Bad Kreuznach
45 955	11 164	11 250	198,1	7 629	4 116	851 019	VG Bad Münster am Stein
17 862	10 362	10 560	118,3	3 976	1 724	482 757	VG Kirn-Land
36 641	12 279	12 572	129,9	5 008	2 984	763 354	VG Langenlonsheim
65 855	8 816	8 835	220,3	5 581	7 470	1 135 431	VG Meisenheim
65 798	22 819	23 913	182,3	8 056	2 883	620 736	VG Rüdesheim
107 757	18 395	18 413	233,7	8 160	5 858	1 056 441	VG Sobornheim
27 295	9 047	9 114	190,9	5 784	3 017	593 370	VG Stromberg
671 359	88 330	90 222	224,8	6 468	7 601	1 120 800	Landkreis Birkenfeld
35 531	10 858	10 836	163,7	5 314	3 272	657 981	VG Baumholder
104 677	19 146	19 650	230,1	5 550	5 467	987 519	VG Birkenfeld
41 001	17 207	17 376	164,0	4 743	2 383	500 012	VG Herrstein
26 044	7 129	7 899	184,7	7 890	3 653	651 100	VG Rhaunen
497 197	63 744	64 898	222,3	4 942	7 800	1 164 396	Landkreis Cochem-Zell
40 491	10 694	10 938	217,7	3 629	3 786	809 820	VG Cochem-Land
84 504	11 115	11 421	267,4	5 247	7 603	1 690 080	VG Kaisersesch
64 106	10 252	10 589	200,3	3 831	6 253	902 901	VG Ulmen
65 856	9 250	9 255	262,4	5 654	7 120	1 219 556	VG Treis-Karden
139 515	16 747	17 073	196,8	5 088	8 331	1 316 179	VG Zell (Mosel)
1 525 863	197 553	203 446	239,7	6 701	7 724	1 229 543	Landkreis Mayen-Koblenz
63 614	15 334	15 577	184,4	5 201	4 149	815 564	VG Pellenz
73 314	18 134	19 941	189,4	7 666	4 043	755 814	VG Maifeld
33 073	16 010	16 477	154,5	4 986	2 066	493 627	VG Mayen-Land
71 807	12 452	12 875	232,4	6 072	5 767	844 788	VG Mendig
21 365	8 397	8 324	138,7	5 788	2 544	454 574	VG Rhens
49 381	17 369	18 082	155,3	4 913	2 843	536 750	VG Untermosel
59 362	15 667	15 591	201,2	8 570	3 789	645 239	VG Vallendar
487 826	29 998	30 874	398,2	8 061	16 262	3 048 913	VG Weißenthurm
1 388 871	168 203	176 626	221,5	5 800	8 257	1 146 879	Landkreis Neuwied
126 240	18 419	19 746	229,5	4 834	6 854	1 052 000	VG Asbach
54 035	12 139	12 255	175,4	6 154	4 451	806 493	VG Bad Honningen
85 378	9 424	10 229	241,2	6 655	9 060	1 004 447	VG Dierdorf
85 474	16 659	17 327	154,3	6 026	5 131	628 485	VG Linz am Rhein
56 444	12 596	13 574	204,5	4 523	4 481	855 212	VG Puderbach
54 857	14 722	15 618	187,2	6 357	3 726	653 060	VG Rengsdorf
73 049	11 769	12 228	226,9	4 428	6 207	1 043 557	VG Unkel
27 459	8 479	8 766	173,8	6 557	3 238	584 234	VG Waldbreitbach
721 814	97 803	102 654	222,6	5 755	7 380	1 136 715	Rhein-Hunsrück-Kreis
93 308	13 488	13 788	224,3	7 390	6 918	1 097 741	VG Emmelshausen
75 985	13 558	14 518	184,4	4 461	5 604	808 351	VG Kastellaun
106 997	18 876	20 601	227,7	3 849	5 668	990 713	VG Kirchberg (Hunsrück)
28 545	8 906	9 422	246,1	6 638	3 205	892 031	VG Rheinböllen
63 453	9 945	10 044	162,3	5 471	6 380	697 286	VG St. Goar-Oberwesel
260 555	16 884	17 938	261,9	6 988	15 432	2 435 093	VG Simmern (Hunsrück)

Verwaltungsbezirk	Arbeits- stätten	Be- schäftigte	Verkaufs- fläche	Bevölkerung am 30. 6. 1993	Verkaufsfläche je		Einwohner ¹⁾ je			
	am 30. 4. 1993				1 000 Einwohner ¹⁾	Arbeits- stätte	Arbeits- stätte	1 000 m ² Verkaufs- fläche		
					m ²					
Anzahl	m ²	Anzahl	m ²	Anzahl						
Rhein-Lahn-Kreis	798	3 920	114 641	124 689	919	144	156	1 088		
VG Bad Ems	140	490	14 366	18 452	779	103	132	1 284		
VG Braubach	35	93	1 619	8 480	191	46	242	5 238		
VG Diez	158	833	31 029	23 648	1 312	196	150	762		
VG Hahnstätten	59	229	8 149	9 120	894	138	155	1 119		
VG Katzenelnbogen	45	193	4 884	8 466	577	109	188	1 733		
VG Nassau	73	312	8 674	11 777	737	119	161	1 358		
VG Nastätten	104	631	18 085	15 297	1 182	174	147	846		
VG Loreley	57	173	6 512	10 737	607	114	188	1 649		
Westerwaldkreis	1 303	5 706	219 202	187 853	1 167	168	144	857		
VG Bad Marienberg (Ww)	158	564	21 797	18 405	1 184	138	116	844		
VG Hachenburg	180	812	29 776	22 466	1 325	165	125	755		
VG Höhr-Grenzhausen	100	457	17 039	13 538	1 259	170	135	795		
VG Montabaur	227	1 201	53 754	36 287	1 481	237	160	675		
VG Ransbach-Baumbach	95	332	8 696	13 431	647	92	141	1 545		
VG Rennerod	132	416	14 152	15 884	891	107	120	1 122		
VG Selters (Ww)	88	372	13 791	14 555	948	157	165	1 055		
VG Wallmerod	74	287	8 262	13 040	634	112	176	1 578		
VG Westerburg	138	634	22 739	22 313	1 019	165	162	981		
VG Wirges	111	631	29 196	17 934	1 628	263	162	614		
Verbandsfreie Gemeinden										
Bad Neuenahr-Ahrweiler	278	1 485	49 858	25 939	1 922	179	93	520		
Remagen	110	466	15 560	15 821	984	141	144	1 017		
Sinzig	92	463	15 793	15 929	991	172	173	1 009		
Grafenschaft	18	86	3 649	8 983	406	203	499	2 462		
Herdorf	48	245	8 450	7 576	1 115	176	158	897		
Bad Kreuznach	378	2 620	113 845	42 139	2 702	301	111	370		
Kirn	79	416	15 618	9 340	1 672	198	118	598		
Idar-Oberstein	317	1 924	66 307	34 175	1 940	209	108	515		
Cochem	96	455	17 539	5 638	3 111	183	59	321		
Andernach	204	1 205	38 760	29 429	1 317	190	144	759		
Mayen	204	1 438	54 679	19 313	2 831	268	95	353		
Bendorf	115	476	12 837	16 257	790	112	141	1 266		
Neuwied	536	3 454	135 747	65 048	2 087	253	121	479		
Boppard	118	443	14 773	16 202	912	125	137	1 097		
Lahnstein	127	966	21 323	18 712	1 140	168	147	878		

1) Bevölkerung am 30. 6. 1993. – 2) Bevölkerung am 30. 6. 1992.

zu wissen, daß mindestens die branchen- und betriebsformtypischen Anteilsverhältnisse erreicht und gehalten werden.

Der Umsatz je Quadratmeter Geschäfts- oder Verkaufsfläche gilt als Maßstab für die Raumleistung. Quadratmeterumsätze zum einen und der Anteil der Verkaufsfläche an der gesamten Geschäftsfläche zum anderen sind hier im Zusammenhang zu sehen. So kann etwa ein vergleichsweise niedriger Umsatz je Quadratmeter Geschäftsfläche bei normalem bis überdurchschnittlichem Umsatz je Quadratmeter Verkaufsfläche auf eine Überdimensionierung der Nebenräume hindeuten. Liegen beide Kennziffern unter dem Durchschnitt, kann das unter anderem auf einen zu großen Laden zurückzuführen sein. Auf die Verkaufsfläche bezogene sehr hohe Quadratmeterumsätze können auf eine hohe Kapazitätsauslastung hinweisen, die eine Vergrößerung sinnvoll erscheinen läßt. Betriebswirtschaftliche Untersuchungen dieser Art lassen sich bei großflächigen Betrieben noch verfeinern und verbessern, indem nach Geschossen, Warengruppen oder Abteilungen differenziert wird. Die Eckzahlen der Handels- und Gaststättenzählung lassen solche weiterführenden Analysen jedoch nicht zu.

In Rheinland-Pfalz wurden nach dem Handelszensus 1993 für das Geschäftsjahr 1992 im Schnitt 6 485 DM Umsatz je Quadratmeter Verkaufsfläche erwirtschaftet. Im Kammerbezirk Koblenz waren es 6 203 DM. Der Rhein-Lahn-Kreis (7 722 DM) hatte unter dem Strich einen höheren Quadratmeterumsatz als die Stadt Koblenz (6 833 DM). Die Verbandsgemeinden Braubach (11 231 DM), Vallendar (8 570 DM), Nassau (8 164 DM), Sobernheim (8 160 DM), Weißenthurm (8 061 DM) und Rudesheim (8 056 DM) schnitten unterhalb der Landkreisebene am besten ab. Von den Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnern wiesen Lahnstein (11 400 DM), Mülheim-Kärlich (8 005 DM) und Sinzig (7 301 DM) relativ hohe Kennziffern aus.

Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, daß die Einwohnerzahl je Einzelhandelsbetrieb Aufschlüsse über die Arbeitsstättendichte in den einzelnen Regionen gibt. Eine hohe Arbeitsstättendichte bzw. relativ wenig Einwohner je Einzelhändler haben etwa die Stadt Koblenz (118) sowie die Verbandsgemeinden St. Goar-Oberwesel (110), Dierdorf (113), Betzdorf (115) oder Bad Marienberg (116).

Kammerbezirks Koblenz nach Verwaltungsbezirken

Umsatz 1992	Bevölkerung am 30. 6.		Umsatz je				Verwaltungsbezirk
			Beschäftigten	m² Verkaufsfläche	Einwohner ²⁾	Arbeitsstätte	
	1992	1995					
1 000 DM	Anzahl		1 000 DM	DM			
885 237	123 407	126 654	225,8	7 722	7 173	1 109 320	Rhein-Lahn-Kreis
90 733	18 261	18 157	185,2	6 316	4 969	648 093	VG Bad Ems
18 183	8 427	8 375	195,5	11 231	2 158	519 514	VG Braubach
213 535	23 334	24 389	256,3	6 882	9 151	1 351 487	VG Diez
54 053	9 041	9 326	236,0	6 633	5 979	916 153	VG Hahnstätten
33 940	8 318	8 779	175,9	6 949	4 080	754 222	VG Katzenelnbogen
70 813	11 638	11 973	227,0	8 164	6 085	970 041	VG Nassau
133 959	15 015	15 907	212,3	7 407	8 922	1 288 067	VG Nastätten
26 935	10 710	10 867	155,7	4 136	2 515	472 544	VG Loreley
1 323 005	184 447	194 133	231,9	6 036	7 173	1 015 353	Westerwaldkreis
131 947	18 035	19 239	233,9	6 053	7 316	835 108	VG Bad Marienberg (Ww)
213 475	22 060	23 363	262,9	7 169	9 677	1 185 972	VG Hachenburg
100 377	13 265	14 230	219,6	5 891	7 567	1 003 770	VG Höhr-Grenzhausen
304 313	35 668	37 294	253,4	5 661	8 532	1 340 586	VG Montabaur
61 446	13 217	13 730	185,1	7 066	4 649	646 800	VG Ransbach-Baumbach
81 246	15 616	16 300	195,3	5 741	5 203	615 500	VG Rennerod
86 313	14 270	15 148	232,0	6 259	6 049	980 830	VG Selters (Ww)
60 128	12 738	13 500	209,5	7 278	4 720	812 541	VG Wallmerod
146 517	21 866	22 855	231,1	6 443	6 701	1 061 717	VG Westerbürg
137 243	17 712	18 474	217,5	4 701	7 749	1 236 423	VG Wirges
306 897	25 641	26 274	206,7	6 155	11 969	1 103 946	Verbandsfreie Gemeinden
72 886	15 617	16 136	156,4	4 684	4 667	662 600	Bad Neuenahr-Ahrweiler
115 303	15 757	16 316	249,0	7 301	7 318	1 253 293	Remagen
24 773	8 570	9 882	288,1	6 789	2 891	1 376 278	Sinzig
65 698	7 517	7 478	268,2	7 775	8 740	1 368 708	Grafenschaft
608 651	41 607	42 685	232,3	5 346	14 629	1 610 188	Herdorf
93 849	9 296	9 328	225,6	6 009	10 096	1 187 962	Bad Kreuznach
464 106	33 990	34 461	241,2	6 999	13 654	1 464 057	Kirn
102 725	5 686	5 622	225,8	5 857	18 066	1 070 052	Idar-Oberstein
229 292	28 981	29 599	190,3	5 916	7 912	1 123 980	Cochem
355 876	19 229	19 535	247,5	6 508	18 507	1 744 490	Andernach
80 953	15 982	16 571	170,1	6 306	5 065	703 939	Mayen
825 935	63 996	66 883	239,1	6 084	12 906	1 540 924	Bendorf
92 971	16 146	16 343	209,9	6 293	5 758	787 890	Neuwied
243 086	18 663	18 881	251,6	11 400	13 025	1 914 063	Boppard
							Lahnstein

Über 8 500 Beschäftigte im Kraftfahrzeughandel

Im Kraftfahrzeughandel des Kammerbezirks Koblenz wurden insgesamt 1 145 Betriebe mit 8 537 Beschäftigten gezählt. Gegenüber der Handelszählung 1985 sind dies Zuwächse von 90 % bei den Betrieben und 129 % bei den Beschäftigten. Von 1984 auf 1992 stiegen die Umsätze sogar um 270 % auf 4,6 Mrd.DM (1984: 1,24 Mrd.DM). Da sich die nominalen Umsätze alleine schon kosten- und preisbedingt weitaus stärker erhöhten als die Zahl der Arbeitsstätten und Beschäftigten, stieg der Umsatz je Arbeitsstätte um 95 % auf gut 4 Mill.DM und der Umsatz je Beschäftigten um 62 % auf fast 538 000 DM.

Im Kraftfahrzeughandel machen die Landkreise deutlich Boden gut gegenüber der Stadt Koblenz

Während im Kammerbezirk die Stadt Koblenz 1984 noch ca. 35 % des gesamten Umsatzes im Kfz-Handel tätigte, lag dieser Anteil 1992 noch bei 29 %. Die Landkreise haben also auch speziell in der Kraftfahrzeugbranche Umsatzanteile dazugewonnen. Hohe Umsatz-

zuwächse wurden zum Beispiel im Landkreis Cochem-Zell oder im Landkreis Neuwied ermittelt, die demgemäß auch ihre Anteile am Umsatzkuchen nachhaltig erhöhten. Hingegen blieb die Umsatzentwicklung in den Kreisen Mayen-Koblenz und Altenkirchen deutlich hinter dem Kammerdurchschnitt zurück.

Im Vergleich der vier rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern hat der Kammerbezirk Koblenz im übrigen mittlerweile die höchste PKW-Dichte mit 538 Personenkraftwagen auf 1 000 Einwohner (Stand: 1. Januar 1996). Hierin kommt in der heutigen Zeit zum einen der Wunsch und zum anderen die Notwendigkeit zum Ausdruck, räumlich mobil zu sein. Dies wirkt sich positiv auf den Handel aus.

Im Tankstellensektor des Kammerbezirks stehen einem starken Rückgang bei der Arbeitsstättenzahl um 20 % auf 262 Betriebe ein leichter Beschäftigtenanstieg um 2,3 % auf 1 229 tätige Personen sowie ein Umsatzrückgang um 5 % auf 199,2 Mill.DM gegenüber. Pro Arbeitsstätte werden durchschnittlich 760 000 DM (+ 18 %) umgesetzt. Beim Umsatz je Beschäftigten errechnet sich ein Mittelwert von 162 100 DM (– 7,2 %).

Für den Kammerbezirk Koblenz läßt sich hierbei eine ungünstigere Tendenz ableiten als im Land Rheinland-Pfalz insgesamt.

Überdurchschnittliche Entwicklung im Großhandel

Im Kammerbezirk Koblenz hat der Großhandel 2 718 Arbeitsstätten (+ 6,8 % gegenüber 1985) mit 24 728 Beschäftigten. Bei der Beschäftigtenzahl ist ein Zuwachs von 23 % erkennbar, womit der Kammerbezirk deutlich über dem Landesdurchschnitt (+ 11 %) liegt. Annähernd ein Drittel aller Arbeitsstätten (880) handelt mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (z.B. Bekleidung, Haushaltsgeräte, Möbel, pharmazeutische Erzeugnisse). Ein weiteres Viertel der Betriebe (627) handelt mit Rohstoffen, Halbwaren und Altmateriale (z. B. mit Baustoffen, Werkzeugen, Holz). Die meisten Beschäftigten waren im Holz- und Baustoffgroßhandel (3 625), in der Getränkebranche (2 152) sowie im Großhandel mit Büroeinrichtungen (1 804), elektrotechnischen Geräten (1 530) und pharmazeutischen Erzeugnissen (1 520) aktiv.

13,8 Mrd. DM Großhandelsumsatz entsprechen ca. 40 % des Landesergebnisses

Die Großhändler des Kammerbezirks erwirtschafteten 1992 einen Umsatz von 13,8 Mrd. DM. Gegenüber 1984 kommt dies einem Umsatzwachstum von 39 % gleich. Damit liegt die Region insgesamt – und hier bei-

spielsweise die Landkreise Rhein-Lahn, Westerwald, Rhein-Hunsrück oder Ahrweiler – deutlich über der Landesentwicklung. Je Arbeitsstätte errechnet sich im Großhandel insgesamt ein Umsatz von über 5 Mill. DM (+ 30 % gegenüber 1984). Je Beschäftigten ging der durchschnittliche Umsatz um 13 % auf gut 556 000 DM nach oben.

Mehr Beschäftigte und steigende Umsätze in der Handelsvermittlung

Im Vergleich zum Land Rheinland-Pfalz insgesamt zeigt sich für die Handelsvermittlung im Geschäftsbe- reich der IHK Koblenz eine positivere Beschäftigten- und Umsatzentwicklung. Die 1 224 Betriebe der Handelsvermittlung beschäftigten 1993 zusammen 2 157 Personen. Die Erlöse aus Eigen- und Fremdge- schäft lagen bei 158,9 Mill. DM. Bei deutlich erhöhter Arbeits- stättenzahl (+ 25 % gegenüber 1985) ist die Beschäf- tigten- (+ 13%) und Umsatzentwicklung (+ 19 %) ebenfalls sehr günstig. Obwohl der Umsatz je Betrieb von 1984 auf 1992 um 4,4 % auf 130 000 DM zurück- ging, stieg der durchschnittliche Umsatz je Beschäf- tigten um 5,4 % auf 73 700 DM an. Im Kammerbezirk Koblenz kommt der Vermittlung von Möbeln, Einrich- tungs- und Haushaltsgegenständen, Eisen- und Metallwaren (35,7 Mill. DM) sowie von Maschinen, tech- nischem Bedarf, Wasser- und Luftfahrzeugen (34,6 Mill. DM) – gemessen am Umsatz – die größte Bedeutung zu.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995				1996			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 938	...	3 956	3 958	3 959	3 979
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 932	1 910	1 434	1 381	3 083	853 ^p	1 361 ^p	1 322 ^p	3 025 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,9	5,8	4,3	4,2	9,2	2,7 ^p	4,0 ^p	4,0 ^p	9,0 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 378	3 307	3 315	2 968	3 242	3 091 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,3	10,0	9,9	9,1	9,6	9,8 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 571	3 583	4 127	3 687	3 509	4 170 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	12,3	11,3	10,4	13,2 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	19	18	19	14	23	13 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,4	5,5	5,7	4,5	7,0	4,4 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 193	- 276	- 812	- 719	- 267	- 1 079 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,6	- 0,8	- 2,4	- 2,2	- 0,8	- 3,4 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 631	...	9 795	9 737	9 127	8 082
* Fortgezogene	Anzahl	8 298	...	7 468	7 157	6 809	6 949
* Wanderungssaldo	Anzahl	2 333	...	2 327	2 580	2 318	1 133
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 845	...	12 881	13 264	12 143	12 367
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	132 876	134 223	136 759	134 129	128 195	158 762	151 168	146 144	142 332
* Männer	Anzahl	75 533	76 448	79 277	77 232	72 938	96 563	90 032	85 599	82 793
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	6 490	.	7 583	.	.	.	10 651	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	45 626	.	45 555	.	.	.	49 426	.	.
Arbeitslosenquote	%	8,4	8,5	8,6	8,5	8,1	10,0	9,6	9,2	9,0
Offene Stellen	Anzahl	19 749	22 629	24 775	25 940	26 251	23 042	25 022	26 153	26 047
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	808	.	983	.	.	.	867	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	3 713	.	4 494	.	.	.	4 170	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	15 101	6 192	7 707	6 190	5 188	17 406	18 159	16 431	14 796
Männer	Anzahl	12 001	4 677	5 960	4 610	3 703	14 979	14 915	12 785	11 713
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾	t	12 886	12 592	13 642	11 968	13 061	12 268	13 819	12 703 ^r	13 829
* Rinder	t	3 757	3 424	4 082	3 175	3 170	3 225	3 674	2 672	3 461
* Kälber	t	26	29	23	31	23	32	33	28	26
* Schweine	t	8 996	9 045	9 448	8 651	9 731	8 936	10 005	9 840 ^r	10 242
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	61 949	63 341	65 635	64 838	71 211	59 379	66 116	66 780	71 886
Verarbeitendes Gewerbe ^{7) 10)}										
Betriebe	Anzahl	2 488	...	2 237	2 237	2 248	2 210	2 201	2 198	2 197
* Beschäftigte	1000	335	...	323	322	322	315	313	312	311
* Arbeiter ⁸⁾	1000	220	...	212	211	211	204	203	202	201
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	29 009	...	30 425	27 359	29 281	26 791	27 235	27 201	26 725
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 661	...	1 595	1 576	1 607	1 519	1 518	1 543	1 561
* Löhne	Mill. DM	904	...	886	860	896	820	819	832	854
* Gehälter	Mill. DM	757	...	709	716	711	699	699	711	707
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 627	...	10 121	8 604	9 622	8 273	8 806	9 106	8 869
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 163	...	4 047	3 449	3 826	3 425	3 634	3 985	3 690
* Exportquote ⁹⁾	%	36,7	...	40,0	40,1	39,8	41,4	41,3	43,8	41,6

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; aufgrund methodischer Änderungen sind die Angaben bei Schweinen ab Juli 1994 und bei Rindern ab Januar 1995 mit früheren Ergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 10) 1995: Wegen Umstellung auf die europäeinheitliche Wirtschaftszweigsystematik sind die Angaben mit den Vorjahresdaten nur noch eingeschränkt vergleichbar.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995				1996			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000t SKE	254
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m³	775
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	105
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	40
* schweres Heizöl	1 000t	65
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 142	...	1 235	1 157	1 182	1 066	1 111	1 088	1 125
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	245	...	279	266	235	269	265	246	248
Öffentliche Energieversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	458	466	544	506	471	496	503	352	...
Eigenverbrauch	Mill. kWh	32	31	34	30	29	33	36	28	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	427	435	510	476	442	464	467	325	...
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	88	85	119	128	114	92	91	51	...
Wind-, und Solarenergie	Mill. kWh	0,52	0,05	0,04	0,04	0,03	0,09	0,07	0,07	...
Wärmekraft	Mill. kWh	339	350	391	348	328	371	376	274	...
Steinkohle	Mill. kWh	129	119	148	114	93	130	141	96	...
Erdgas	Mill. kWh	197	221	233	226	227	227	228	175	...
Heizöl	Mill. kWh	6	0,69	0,3	0,14	0,13	4	0,24	0,05	...
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	6	9	10	9	8	10	6	3	...
Stromeinspeisung	Mill. kWh	5	8	7	7	6	10	9	8	...
darunter von Betreibern										
regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	.	4	4	4	3	5	5	5	...
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 192	3 259	3 730	2 913	3 097	3 848	3 869	3 145	...
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 520	1 575	1 885	1 365	1 533	2 036	2 047	1 458	...
Stromabgabe an das öffentl. Netz ⁴⁾	Mill. kWh	2 104	2 126	2 362	2 030	2 012	2 284	2 298	2 021	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,53	0,62	0,08	0,31	0,29	2,05	0,35	0,22	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	4 743	5 258	6 711	5 227	4 440	7 285	6 838	4 937	...
Verfügbare Gasmenge ⁵⁾	Mill. kWh	4 730	5 260	6 710	5 189	4 439	7 303	6 811	4 806	...
Handwerk ⁶⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	83	81	81
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	184	187	165
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ⁷⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	60 327	51 178	51 286	51 357	51 448	46 731	47 313	47 301	47 549
Facharbeiter	Anzahl	29 393	24 210	24 169	24 152	24 220	25 206	25 466	25 251	26 433
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 575	13 822	13 935	14 021	14 110	8 724	8 873	9 241	8 364
* Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000	.	5 182	5 409	5 197	5 900	2 935	4 502	5 039	5 008
davon : Hochbau	1 000	.	3 268	3 449	3 275	3 715	2 072	2 872	3 078	3 091
Tiefbau	1 000	.	1 914	1 960	1 922	2 185	863	1 630	1 961	1 917
davon : Gewerblicher Bau	1 000	.	1 407	1 450	1 386	1 582	854	1 173	1 215	1 222
Hochbau incl. lw. Bau	1 000	.	946	962	945	1 080	636	813	809	858
Tiefbau	1 000	.	461	488	441	502	218	360	406	364
Wohnungsbau	1 000	.	2 040	2 199	2 068	2 342	1 250	1 759	1 958	1 901
Öffentlicher u. Straßenbau	1 000	.	1 735	1 760	1 746	1 976	831	1 570	1 866	1 885
Hochbau	1 000	.	282	288	265	293	186	300	311	332
Tiefbau	1 000	.	1 453	1 472	1 481	1 683	645	1 270	1 555	1 553
Straßenbau	1 000	.	782	788	774	918	269	639	803	801
Löhne und Gehälter	Mill. DM	254	215	201	197	221	157	173	196	205
* Löhne	Mill. DM	201	169	159	154	176	116	131	154	163
* Gehälter	Mill. DM	53	46	42	43	45	41	42	42	42
* Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	820	676	570	566	687	346	500	558	600

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Einschließlich Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz. – 5) Einschließlich Meßdifferenzen. – 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 7) 1995: Wegen Umstellung auf die europaeinheitliche Wirtschaftszweigsystematik sind die Angaben mit den Vorjahresdaten nur bedingt vergleichbar. – 8) Die Bauartenmerkmale haben sich wegen der Umstellung geändert.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995				1996			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 277	943	1 195	929	1 244	938	1 141	1 049	1 041
* mit 1 Wohnung	Anzahl	720	541	679	544	722	598	708	659	666
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	297	203	266	201	282	200	253	234	237
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	261	199	250	184	240	140	180	156	138
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 642	1 252	1 555	1 160	1 577	1 103	1 355	1 207	1 163
* Wohnfläche	1000 m ²	295	225	280	207	282	195	234	213	204
* Wohnräume	Anzahl	13 551	10 314	12 839	9 562	12 833	8 768	10 493	9 793	9 158
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	681	535	661	504	663	468	590	513	498
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	3	4	–	1	3	5	11	3
Unternehmen	Anzahl	151	120	111	112	136	70	75	99	106
Private Haushalte	Anzahl	1 123	821	1 080	817	1 107	865	1 061	939	932
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	168	172	210	134	215	141	141	184	167
* Umbauter Raum	1000 m ³	747	812	1 048	493	818	859	513	892	737
* Nutzfläche	1000 m ²	128	132	173	91	139	138	90	150	120
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	193	176	231	108	146	162	117	260	204
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	20	26	18	19	9	7	25	16
Unternehmen	Anzahl	133	144	174	108	184	124	125	154	142
Private Haushalte	Anzahl	9	8	10	8	12	8	9	5	9
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 555	2 731	3 353	2 448	3 306	2 060	2 681	2 377	2 285
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 915	3 255	2 860	3 459	3 513
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 765	2 019	1 581	2 264	2 133
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	217	237	203	248	270
Dänemark	Mill. DM	48	57	44	66	63
Finnland	Mill. DM	22	26	15	29	31
Frankreich	Mill. DM	444	595	331	837	618
Griechenland	Mill. DM	21	23	17	33	23
Großbritannien	Mill. DM	286	298	250	289	327
Irland	Mill. DM	11	11	7	14	13
Italien	Mill. DM	228	246	207	229	252
Niederlande	Mill. DM	178	203	247	202	204
Österreich	Mill. DM	138	127	116	133	124
Schweden	Mill. DM	55	53	41	50	54
Spanien	Mill. DM	96	122	87	113	133
Portugal	Mill. DM	20	22	17	21	22
USA und Kanada	Mill. DM	228	231	257	245	290
Japan	Mill. DM	70	73	65	64	101
Entwicklungsländer	Mill. DM	378	401	415	364	427
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	148	197	179	184	207
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 164	2 351	2 655	2 409	2 428
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 316	1 503	1 704	1 594	1 497
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	199	238	267	263	254
Dänemark	Mill. DM	36	42	48	41	38
Finnland	Mill. DM	15	9	9	9	9
Frankreich	Mill. DM	336	466	430	431	437
Griechenland	Mill. DM	4	3	2	2	4
Großbritannien	Mill. DM	95	110	168	125	96
Irland	Mill. DM	15	18	18	21	18
Italien	Mill. DM	185	188	256	189	201
Niederlande	Mill. DM	180	207	218	272	223
Österreich	Mill. DM	97	60	59	72	61
Schweden	Mill. DM	40	44	75	46	40
Spanien	Mill. DM	93	94	123	106	104
Portugal	Mill. DM	24	22	32	18	12
USA und Kanada	Mill. DM	187	193	225	198	238
Japan	Mill. DM	80	85	100	74	80
Entwicklungsländer	Mill. DM	262	211	237	209	252
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	91	135	146	128	135

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1995.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995				1996			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Einzelhandel²⁾										
Beschäftigte	1994 = 100	100,0	101,3	101,8	99,1	100,5
Teilzeitbeschäftigte	1994 = 100	100,0	105,1	104,4	101,4	104,2
* Umsatz ³⁾ zu jeweiligen Preisen	1994 = 100	100,0	100,4	110,8	102,7	106,0
Großhandel²⁾										
Beschäftigte	1994 = 100	100,0	103,5	102,8	102,9	103,3
Umsatz ³⁾ zu jeweiligen Preisen	1994 = 100	100,0	104,5	115,1	99,4	111,9
Gastgewerbe²⁾										
Beschäftigte	1994 = 100	100,0	104,7	98,5	103,4	106,7
Teilzeitbeschäftigte	1994 = 100	100,0	107,6	101,0	105,7	109,6
* Umsatz ³⁾ zu jeweiligen Preisen	1994 = 100	100,0	102,2	91,3	100,8	112,4
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	489	510	366	450	579	294	342	475	...
* Ausländer	1000	101	103	66	84	113	57	62	93	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 717	1 775	1 165	1 584	1 911	1 027	1 151	1 690	...
* Ausländer	1000	331	330	189	237	329	184	189	283	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 440	1 411	1 642	1 519	1 579 ^r	1 230	1 258
* Güterversand	1000 t	1 018	900	1 001	941	988 ^r	600	814
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 592	14 235	19 766	16 308	17 308	13 339	20 990	19 013	19 329
* Krafträder	Anzahl	940	981	2 197	1 984	1 775	572	2 426	2 752	2 113
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 724	12 291	16 321	13 278	14 312	11 985	17 194	15 091	16 014
* Lastkraftwagen	Anzahl	648	675	826	680	821	531	880	747	748
* Zugmaschinen	Anzahl	148	171	236	201	221	135	269	231	246
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 495	1 496	1 424	1 292	1 727	1 078	1 224	1 391	1 582 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 751	7 777	8 562	6 918	8 112	7 769	7 213	7 275	7 984 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 041	2 025	1 941	1 819	2 298	1 516	1 652	1 824	2 151 ^p
* Getötete	Anzahl	38	36	36	33	40	11	27	27	33 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	24	23	27	23	24	—	19	18	21 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	2	4	10	9	3	6	7 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	3	2	2	2	1	1	1	2 ^p
Fußgänger	Anzahl	4	4	4	3	4	1	4	1	1 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	510	494	454	492	572	358	402	497	537 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	293	282	291	280	267	238	249	251	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	86	84	59	105	136	18	55	134	...
Radfahrer	Anzahl	56	56	33	44	86	20	29	52	...
Fußgänger	Anzahl	55	53	53	35	65	63	53	53	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	84	97	121	91	108	104	107	113	130
* Angemeldete Forderungen	1000 DM	53 368	57 513	50 578	78 068	42 745	49 773	73 698	80 366	64 070
* Vergleichsverfahren	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—
* Wechselsumme	1000 DM	—	—	—	—	—	—	—	—	—

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. — 2) Vorläufige Ergebnisse. — 3) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995				1996			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	119 477	128 532	120 320	·	·	·	131 808	·	·
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	117 459	126 266	118 328	·	·	·	129 482	·	·
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 750	22 607	21 318	·	·	·	23 079	·	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 956	21 468	20 579	·	·	·	21 923	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	794	1 139	739	·	·	·	1 156	·	·
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 450	10 208	9 470	·	·	·	10 190	·	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 431	8 759	8 228	·	·	·	8 785	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 019	1 449	1 242	·	·	·	1 405	·	·
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	87 259	93 451	87 540	·	·	·	96 213	·	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	78 424	82 581	78 130	·	·	·	84 874	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 835	10 870	9 410	·	·	·	11 339	·	·
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	106 975	113 430	105 518	·	·	·	114 636	·	·
* Sichteinlagen	Mill. DM	19 211	20 679	17 178	·	·	·	19 587	·	·
* Termineinlagen	Mill. DM	40 248	40 541	40 755	·	·	·	41 013	·	·
* Spareinlagen	Mill. DM	47 516	52 210	47 585	·	·	·	54 036	·	·
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	·	·
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern ⁴⁾	Mill. DM	3 370	3 243	3 299	2 393	...	3 563	2 990	2 526	3 180
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 369	1 383	1 542	685	...	1 503	1 270	808	1 344
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 071	1 123	774	792	...	1 460	574	944	1 294
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	188	183	–	– 16	...	673	–	–	508
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	79	46	386	– 158	...	– 121	316	– 185	– 147
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	55	56	31	15	...	12	21	16	20
* Zinsabschlag	Mill. DM	49	49	13	12	...	101	12	13	90
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	22	25	–	–	...	85	–	–	78
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	115	110	338	24	...	50	347	21	87
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	9	12	–	–	...	71	–	–	32
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 001	1 859	1 757	1 708	...	2 060	1 721	1 719	1 836
* Umsatzsteuer	Mill. DM	687	685	521	601	...	746	548	580	675
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 314	1 174	1 236	1 107	...	1 314	1 172	1 138	1 161
* Zölle	Mill. DM	214	219	198	242	...	97	309	266	123
* Bundessteuern	Mill. DM	507	587	799	469	...	115	1 288	458	505
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	496	493	672	402	...	46	1 169	405	446
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	5	87	120	61	...	56	111	45	51
* Landessteuern	Mill. DM	121	122	128	91	...	163	111	116	283
* Vermögensteuer	Mill. DM	23	27	3	4	...	76	11	11	78
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	61	60	79	63	...	58	66	71	71
* Biersteuer	Mill. DM	8	8	13	2	...	7	7	6	9

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einführen aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt. – 4) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche Kindergeld.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995				1996			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai		Februar	März	April	Mai
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	696	688	605*	·	·	·	719	·	·
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	9	·	·	·	7	·	·
* Grundsteuer B	Mill. DM	131	140	128	·	·	·	134	·	·
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	469	462	384	·	·	·	489	·	·
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	69	58	67	·	·	·	72	·	·
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 434	2 323	2 493	1 838	...	1 304	2 873	2 757	2 089
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	626	649	683	361	...	707	642	350	643
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 293	1 078	1 011	988	...	481	943	1 924	941
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	997	1 070	1 112	717	...	1 127	1 099	723	1 209
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	587	592	680	288	...	598	602	228	535
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	275	331	303	274	...	362	386	303	388
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 166	1 112	715	·	·	·	899	·	·
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	397	366	354	·	·	·	445	·	·
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	542	520	140	·	·	·	224	·	·
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1991 = 100	110,6	112,5	112,1	112,4	112,4	113,7	113,7	113,8	114,1
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	107,1	108,6	108,7	108,9	109,2	109,4	109,7	109,9	110,0
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1991 = 100	112,8	115,4	·	·	115,7	115,4	·	·	115,5
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
im produzierenden Gewerbe										
Bruttostundenverdienste	DM	24,41	25,33	·	25,38	·	·	·	...	·
Männliche Arbeiter	DM	25,27	26,21	·	26,25	·	·	·	...	·
Facharbeiter	DM	26,81	27,80	·	27,82	·	·	·	...	·
Angelernte Arbeiter	DM	24,26	25,13	·	25,19	·	·	·	...	·
Hilfsarbeiter	DM	21,33	22,44	·	22,55	·	·	·	...	·
Weibliche Arbeiter	DM	18,41	19,06	·	19,09	·	·	·	...	·
Hilfsarbeiter	DM	17,93	18,62	·	18,67	·	·	·	...	·
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,8	39,0	·	39,4	·	·	·	...	·
Männliche Arbeiter	Std.	39,0	39,2	·	39,6	·	·	·	...	·
Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	37,5	·	37,7	·	·	·	...	·
Angestellte										
im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 757	5 957	·	5 930	·	·	·	...	·
Kaufmännische Angestellte	DM	5 210	5 390	·	5 369	·	·	·	...	·
männlich	DM	6 159	6 327	·	6 306	·	·	·	...	·
weiblich	DM	4 166	4 351	·	4 330	·	·	·	...	·
Technische Angestellte	DM	6 193	6 399	·	6 368	·	·	·	...	·
männlich	DM	6 335	6 549	·	6 515	·	·	·	...	·
weiblich	DM	4 689	4 854	·	4 851	·	·	·	...	·
im Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz. u. Gebrauchsg.; Kredit- u. Vers.-Gewerbe										
Kaufmännische Angestellte	DM	4 207	4 373	·	4 318	·	·	·	...	·
männlich	DM	4 193	4 347	·	4 295	·	·	·	...	·
weiblich	DM	4 978	5 147	·	5 095	·	·	·	...	·
	DM	3 529	3 667	·	3 621	·	·	·	...	·

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. Lohnsteuereinnahmen ab 1996 nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995				1996			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	65 859	...	66 032	66 047	66 098
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	36 687	35 804 ^{p3)}	15 677 ^{p3)}	27 719 ^{p3)}	27 719 ^{p3)}	11 663 ^{p3)}	16 286 ^{p3)}	25 143 ^{p3)}	26 737 ^{p3)}
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	64 134	63 294 ^{p3)}	57 500 ^{p3)}	56 587 ^{p3)}	56 587 ^{p3)}	62 151 ^{p3)}	62 047 ^{p3)}	62 627 ^{p3)}	63 078 ^{p3)}
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 722	72 923 ^{p3)}	68 008 ^{p3)}	74 128 ^{p3)}	74 128 ^{p3)}	96 184 ^{p3)}	81 331 ^{p3)}	75 956 ^{p3)}	75 440 ^{p3)}
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 9 588	– 9 629 ^{p3)}	– 18 508 ^{p3)}	– 17 541 ^{p3)}	– 17 541 ^{p3)}	– 34 033 ^{p3)}	– 19 284 ^{p3)}	– 13 329 ^{p3)}	– 12 362 ^{p3)}
Arbeitslose	1000	2 556	2 565	2 720	2 610	2 564	2 901	2 961	2 869	2 769
Männer	1000	1 462	1 464	1 600	1 517	1 475	1 722	1 786	1 709	1 613
Arbeitslosenquote	%	9,2	9,3	9,8	9,4	9,3	10,5	10,7	10,4	10,1
Offene Stellen	1000	234	267	273	299	304	251	277	305	311
Kurzarbeiter	1000	275	128	160	157	139	213	286	294	286
Männer	1000	219	101	132	126	110	184	249	252	244
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1000	6 368
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	534
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	156 137
Auslandsumsatz	Mill. DM	44 276
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	115
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	117
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	112
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	112
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	128
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 767	33 212	33 773	36 347	32 045	39 835
Gaserzeugung	Mill. kWh	26 975	28 610	29 943	33 831	29 015
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1000	1 088	1 066	1 025	1 068	1 077
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	113	107	89	113	108
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	15 266	14 967	10 275	13 679	12 996
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	16 452	12 679	12 772	15 407	13 296	10 398	11 736	14 637	14 440
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	13 191	10 152	10 319	12 452	10 789	8 486	9 878	12 434	12 286
Wohnfläche	1000 m ²	3 786	2 953	2 915	3 524	2 961	2 396	2 567	3 047	2 989
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 713	2 665	2 218	2 756	2 492	2 117	2 219	2 541	2 627
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	48 878	38 230	37 617	44 548	37 888	30 265	31 186	36 211	34 766
Handel und Gastgewerbe ^{3) 8)}										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1991 = 100	99,7	98,8	88,3	103,8	97,2	89,2	89,2	101,7	100,1
Großhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1991 = 100	97,1	99,5	91,4	113,4	98,1	88,1	92,5	102,5	103,7
Gastgewerbe ⁷⁾										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1991 = 100	123,9

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Wegen der Berichts-kreisneuabgrenzung ist derzeit noch kein Nachweis möglich. – 8) Vorläufige Ergebnisse.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1994	1995				1996			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	57 106 ^p	60 644	57 066	65 015	56 584	59 538	61 129
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	32 955 ^p	34 593	33 156	37 336	33 169	35 825	34 730
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 822 ^p	3 916	3 856	4 573	3 880	3 861	3 798
Frankreich	Mill. DM	6 844 ^p	7 041	6 911	7 579	6 899	7 223	6 681
Großbritannien	Mill. DM	4 563 ^p	4 845	4 559	5 186	4 571	4 955	4 919
Italien	Mill. DM	4 324 ^p	4 553	4 650	4 772	4 249	4 867	4 929
Niederlande	Mill. DM	4 287 ^p	4 488	4 059	4 859	4 351	4 764	4 305
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	50 928 ^p	52 856	51 093	58 962	49 386	54 326	52 320
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	28 227 ^p	28 893	27 901	32 570	27 770	30 944	27 981
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 122 ^p	3 421	3 432	4 142	3 384	3 479	3 132
Frankreich	Mill. DM	5 638 ^p	5 673	5 594	6 576	5 321	6 262	5 313
Großbritannien	Mill. DM	3 178 ^p	3 367	3 178	3 871	3 266	3 637	3 426
Italien	Mill. DM	4 299 ^p	4 404	4 308	4 712	4 131	4 570	4 304
Niederlande	Mill. DM	4 174 ^p	4 452	3 838	4 880	4 486	4 809	4 129
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 065	4 358	4 091	4 106	4 122	4 380	4 407	4 441	4 474 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 143	3 299	3 114	3 124	3 139	3 300	3 315	3 344	3 368 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	922	1 059	978	982	983	1 080	1 092	1 097	1 106 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 591	2 713	2 546	2 535	2 541	2 700	2 725	2 724	2 729 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	941	1 046	948	951	956	1 061	1 074	1 091	1 086 ^p
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern ⁵⁾	Mill. DM	48 752	48 919	40 841	52 234	...	47 440	39 565	51 245	35 914
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 588	28 713	17 571	36 364	...	26 699	17 315	34 952	16 467
Lohnsteuer	Mill. DM	22 210	23 558	19 305	19 973	...	23 135	17 698	17 912	17 960
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 126	1 166	- 1 766	8 520	...	- 1 193	- 2 283	7 790	- 2 964
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	19 642	19 552	23 160	15 862	...	20 608	22 220	16 285	17 855
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 272	16 541	20 069	12 651	...	18 068	18 918	13 421	14 362
Zölle	Mill. DM	598	593	555	599	...	199	723	703	596
Bundessteuern	Mill. DM	8 791	11 172	13 080	12 005	...	3 576	12 528	12 459	9 505
Versicherungssteuer	Mill. DM	950	1 175	4 342	1 371	...	842	4 677	1 080	664
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 702	7 803	7 460	7 696	...	419	6 261	8 539	7 391
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁶⁾	1985 = 100	100,9	102,2	103,6	103,7	103,4	103,2	104,2	104,8	105,1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	1985 = 100	86,5	87,1	92,1	92,3	91,6	85,9	86,1	87,6 ^p	87,2 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	1991 = 100	102,0	103,7	103,4	103,5	103,8	103,1	103,1	103,0	103,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	112,4	114,9	113,8	.	.	.	114,8	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁷⁾	1991 = 100	112,8	115,4	114,3	.	.	.	115,4	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	107,9	108,9	108,3	.	.	.	108,3	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	110,6	112,5	112,1	112,1	112,4	113,1	113,7	113,7	113,8
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	107,1	108,6	108,6	108,7	108,9	108,9	109,4	109,7	109,9
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	107,4	108,4	108,1	108,1	108,2	108,9	109,0	109,1	109,1
Wohnungsmieten	1991 = 100	116,7	121,3	119,7	120,1	120,7	123,4	123,8	124,0	124,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	102,2	101,4	101,8	101,4	101,6	98,2	98,8	98,7	99,4
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	108,2	109,9	109,3	109,5	109,7	110,6	110,7	110,8	110,9
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	108,9	110,6	110,1	110,3	110,4	111,6	112,0	112,3	112,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	111,8	113,0	112,5	112,5	112,9	114,4	114,7	114,9	115,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	108,4	109,8	109,7	109,6	109,5	110,5	110,7	110,7	110,6
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	118,5	121,7	121,4	120,7	120,6	118,9	122,4	121,1	118,7

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche sowie das von der Familienkasse gezahlte Kindergeld. – 6) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 7) Ohne Baunebenleistungen.

**Preisindex für die Lebenshaltung
im Bundesgebiet im Juni**

Indexbezeichnung	1991=100	Veränderung zu Juni 1995 in %
Früheres Bundesgebiet ¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	114,2	1,2
davon		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	110,2	0,6
Bekleidung, Schuhe	109,2	0,8
Wohnungsmieten	124,8	2,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	98,0	-3,4
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	110,9	0,9
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	113,1	2,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	115,1	1,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	110,5	1,0
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	122,9	0,7
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	114,5	1,1
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	114,5	1,3
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	115,2	1,1
Deutschland ²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	116,6	1,4

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

**Entwicklung der Hektarerträge bei Getreide folgt
nahezu linearem Trend**

Aufgrund der über Jahrzehnte hinweg abgestimmten Methodik zur Ertragsfeststellung im Rahmen der Besonderen Ernteermittlung für Getreide stehen langjährige vergleichbare Daten zur Verfügung, die eine zuverlässige Grundlage für eine Analyse der Entwicklung der Hektarerträge bieten. Aufgrund von linearen Trendschätzungen wurde im Betrachtungszeitraum 1971 - 1995 bei Getreide in Rheinland - Pfalz eine jährli-

che Ertragssteigerung von 0,75 dt/ha realisiert. Würde man die Differenz zwischen 1971 und 1995 als Ergebnis eines Entwicklungsprozesses mit konstanter Zuwachsrate interpretieren, so entspräche dies einer jährlichen Zunahme von 1,7 %. Die mittlere Zuwachsrate bei Weizen beläuft sich auf 2 %, während sich die jährliche Ertragssteigerung bei Sommergerste in einer Wachstumsrate von nur 1,2 % niederschlägt.

In Rheinland - Pfalz erfolgt die Ertragsfeststellung seit 1995 ausschließlich durch Volldrusche. Gleichzeitig wurde die Ertragsfeststellung weitgehend in die Verantwortung der auskunftspflichtigen Betriebsinhaber gelegt. Das bis dahin kombinierte Verfahren aus Probefeldern und Volldruschen wurde nicht zuletzt aus organisatorischen Gründen aufgegeben. Die Umstellung des Verfahrens bindet nach wie vor begleitende Untersuchungen des Brotgetreides auf seine Beschaffenheit ein. hü

Mehr über dieses Thema auf Seite 182.

**Die Hälfte des baureifen Landes in kleinen Gemein-
den verkauft**

Im Jahre 1995 wurden in Rheinland - Pfalz 14 006 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 19,4 Mill. m² und einer Kaufsumme von fast 1,2 Mrd. DM veräußert.

Fast 54 % der Verkäufe von baureifem Land erfolgten in den ländlich strukturierten Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern. Dort wurden durchschnittlich 59 DM für einen Quadratmeter bezahlt. Gut 18 % der Kauffälle entfielen auf Kommunen mit 2 000 bis 5 000 Einwohnern. Hier ergab sich ein Mittelwert je Quadratmeter von 129 DM. Gut ein Achtel der baureifen Grundstücke wurde mit einem durchschnittlichen Quadratmeterwert von 153 DM in Orten mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern verkauft. Nur 2 % der Veräußerungen von baureifem Land entfielen auf die rheinland - pfälzischen Großstädte. Für einen Quadratmeter mußten dort im Schnitt 450 DM bezahlt werden. br

**Kaufwert für landwirtschaftliche Grundstücke bei
18 800 DM je ha**

Im Jahre 1995 wurden in Rheinland - Pfalz 4 656 landwirtschaftliche Grundstücke mit einer Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von 3 087 ha verkauft. Der durchschnittliche Kaufwert je Hektar lag bei 18 800 DM und damit fast 550 DM über dem Wert von 1994. Für Ackerland errechnete sich ein Kaufwert von 22 300 DM pro ha, während für Grünland mit 13 400 DM deutlich weniger bezahlt wurde.

Der Kaufwert für landwirtschaftliche Grundstücke wird in hohem Maße durch die Bodengüte bestimmt. So wurden für einen Hektar Ackerland mit einer Ertragsmeßzahl von 60 und mehr pro Ar im Schnitt 38 800 DM bezahlt, während es in der Güteklasse 50 bis 60 nur noch 28 400 DM waren. Für Ertragsmeßzahlen von 40

bis 50 ergab sich ein Hektarwert von 16 200 DM. Für ertragreiches Grünland (Ertragsmeßzahl 60 und mehr pro Ar) wurden 19 300 DM bezahlt, bei Ertragsmeßzahlen zwischen 50 und 60 waren es durchschnittlich 19 100 DM.

Die Kaufwerte variieren zwischen den Landkreisen nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen natürlichen Ertragsbedingungen sehr stark. Sie reichten von 63 500 DM je ha in Ludwigshafen über 47 500 DM in Bad Dürkheim und 38 000 DM in Mainz-Bingen bis 8 600 DM für Kusel, 8 300 DM im Rhein-Hunsrück-Kreis und 7 000 DM in Birkenfeld. br

4 060 Sozialwohnungen öffentlich gefördert, Bund und Land beteiligten sich mit knapp 180 Mill. DM

Im Jahre 1995 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 4 060 Sozialwohnungen öffentlich gefördert. Die Wohnungen befinden sich zu einem Viertel in Einfamilienhäusern (1 034). Auf Wohngebäude mit zwei Wohnungen entfielen 379 subventionierte Wohneinheiten, in Geschosßbauten liegen 2 435 bzw. 60 % aller mit öffentlichen Mitteln bezuschußten Wohnungen. Weitere 212 Einheiten waren Eigentumswohnungen.

Von den geförderten Sozialwohnungen waren 2 564 (63 %) Mietwohnungen, auf Eigentümer- bzw. Eigentumswohnungen entfielen 1 496 Bewilligungen (37 %). An Finanzierungsmitteln setzten die Bauherren 1995 Kapitalmarktmittel von rund 536 Mill. DM ein. Sonstige Mittel in Höhe von gut 440 Mill. DM – darunter 365 Mill. DM Eigenleistungen – waren zusätzlich für die Finanzierung der Wohnungen bereitzustellen. Die öffentliche Hand (Bundes- und Landesmittel) beteiligte sich mit 179 Mill. DM an den Sozialwohnungen, die zusammen rund 1,2 Mrd. DM kosten sollen.

Die geförderte Wohnfläche beziffert sich auf 392 000 m², das sind fast 100 m² je geförderter Sozialwohnung. Öffentlich geförderte Einfamilienhäuser waren im Schnitt 136 m² groß, in Mietwohnungen war das durchschnittliche Raumangebot geringer (77 m²). hes

Pro-Kopf-Verschuldung der öffentlichen Hand bei 10 800 DM

Ende 1995 belief sich die Verschuldung des Landes auf 28,5 Mrd. DM. Die Gemeinden (Gv.) hatten 8 Mrd. DM, die Eigenbetriebe 6,1 Mrd. DM und die öffentlichen Krankenanstalten 0,2 Mrd. DM Schulden. Insgesamt waren dies 10 800 DM je Einwohner. Damit ist der Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr um 3,9 % gestiegen.

In den kreisfreien Städten und in den verbandsfreien Gemeinden war die Pro-Kopf-Verschuldung am höchsten. Deutlich niedriger fiel sie in den Ortsgemeinden aus, und zwar insbesondere in den kleineren. Nahezu ein Drittel von ihnen war völlig schuldenfrei.

Unter den kreisfreien Städten hat Trier mit 4 245 DM je Einwohner den relativ höchsten Schuldenstand, gefolgt von Koblenz mit 3 965 DM je Einwohner. Pirmasens (2 132 DM je Einwohner) und Speyer (2 087 DM je Einwohner) waren am wenigsten verschuldet. Die Landkreise einschließlich der Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden und Ortsgemeinden im Regierungsbezirk Trier hatten Schulden in Höhe von 2 113 DM je Einwohner. Im Regierungsbezirk Koblenz lag die Verschuldung des Landkreises bei 1 695 DM je Einwohner und im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz bei 1 504 DM je Einwohner. la

Mehr Jugendliche fanden eine Ausbildungsstelle

Im Jahre 1995 wurden in Rheinland-Pfalz 27 160 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Das sind 790 Abschlüsse oder 3 % mehr als 1994. Erstmals seit 1985 ist damit die Anzahl der Neuverträge wieder angestiegen.

Ende 1995 befanden sich 71 034 Jugendliche in einer betrieblichen Berufsausbildung; 277 Auszubildende oder 0,4 % weniger als vor einem Jahr. Der seit 1985 zu beobachtende Rückgang der Auszubildendenzahlen hat sich somit deutlich abgeschwächt. Vor einem Jahr noch hatte der Rückgang 3,1 %, im Jahr zuvor 4,7 % betragen. Seit dem Höchststand im Jahre 1984 ist die Zahl der Auszubildenden um gut 40 000 oder ein Drittel zurückgegangen.

Mit 29 538 (42 %) Ausbildungsverhältnissen war das Handwerk erstmals seit 1982 wieder größter Ausbildungsbereich. Es steigerte sein Ausbildungsvolumen gegenüber dem Vorjahr um rund 1 000 Ausbildungsverhältnisse oder 3,5 %. Im zweitgrößten Bereich Industrie und Handel sank die Zahl der Auszubildenden gegenüber 1994 um 3,9 % (- 1 200) auf 29 350. Auch im öffentlichen Dienst (ohne Beamtenanwärter) wurde mit knapp 2 200 Ausbildungsverhältnissen (- 314) ein Rückgang von 12,5 % registriert. Dies dürfte unter anderem auch auf die Privatisierung der Deutschen Bundespost zurückzuführen sein. Die hier 1995 neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse werden statt im öffentlichen Dienst im Bereich Industrie und Handel nachgewiesen. Die übrigen Ausbildungsbereiche konnten wie das Handwerk Zuwächse verzeichnen. In der städtischen Hauswirtschaft betrug die Zunahme der Ausbildungsverhältnisse 8 % (+ 60), in der Landwirtschaft 5,5 % (+ 63) und bei den freien Berufen 1,3 % (+ 104). we

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.